Darf man noch alles sagen? S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 49 – 7. Dezember 2018 · Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland · Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro · ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Unter Merkels Schatten: Die drei CDU-Vorsitzkandidaten Merz, Kramp-Karrenbauer und Spahn

Bilder/Montage: Imago, action press

Ein explosives Erbe

Den künftigen CDU-Chef erwartet ein ganzes Arsenal aufgestauter Probleme

Merkel erkaufte die politische Stabilität ihrer Kanzlerschaft auf Kosten einer Zukunft, die nun langsam anbricht.

Wer einer Person von solcher historischen Wirkmacht wie Angela Merkel nachfolgt, muss sich auf harte Zeiten gefasst machen. Die Art, wie Merkel mit den Problemen ihrer Zeit umging, macht es für die künftige Führungskraft der CDU besonders schwer.

Es war und ist das Markenzeichen der scheidenden Parteichefin und vorerst weiter amtierenden Kanzlerin, keine Probleme wirklich zu lösen. Stets ging es ihr vor allem darum, negative Außenwirkung einer Krise auf ihre eigene Machtposition zu mindern. Nicht aber darum, eine auftretende Gefahr im Kern zu bekämpfen und nachhaltig zu entschärfen. So hinterlässt Merkel ihrem Nachfolger ein Arsenal von Zeitbomben, die nach und nach hochgehen werden.

Ob die „Energiewende“, die „Euro-Rettung“, die Aussetzung der Wehrpflicht und der Verfall der Bundeswehr, die ausufernde Einwanderung und deren Folgen wie die bröckelnde innere Sicherheit und eine auseinander stiebende Gesellschaft, ein aufgeblähter Sozialstaat (er wuchs trotz strotzender Konjunktur allein 2017 doppelt so schnell wie die Wirtschaftskraft) oder das erodierende Parteiensystem nach dem Linksschwenk der Union: Alles, womit die langjährige CDU-Chefin dem Land ihren Stempel aufgedrückt hat, wird seine volle explosive Wirkung erst nach der Ära Merkel, als CDU-Chefin und vermutlich auch als Kanzlerin, entfalten. Dann erst wird sich das Charakteristikum von Merkels Regierungsstil vollständig offenbaren.

> Nicht nur mit ihrer Asylpolitik wirft Merkel einen langen Schatten

Die Frau, die nun mehr als 13 Jahre die Regierung führt, hat die Probleme aber nicht bloß aufgeschoben. Sie hat sie auf diese Weise auch jeweils massiv vergrößert, ohne dass die Zeitgenossen dies spürten, weshalb sie sich überwiegend ruhig und sicher fühlten in der Hand der Kanzlerin.

Zum Ausklang der Ära Merkel beginnt die Illusion der „guten Zukunft“, welche die scheidende CDU-Chefin den Deutschen ein ums andere mal versprochen hat, allerdings zu bröckeln. Und dies längst nicht allein in der Frage von Asyl und Einwanderung, wo das falsche gute Gefühl schon erheblich eingetrübt wurde von der täglichen Realität. Eigentlich bankrotte „Zombie“-Unternehmen und -Banken, die eine Spätfolge der Euro-„Rettung“ und der dafür erzwungenen Nullzinspolitik darstellen, könnten schon sehr bald ein Beben in Gang setzen, welches das wirtschaftliche Gefüge Deutschlands und Europas in beträchtliche Turbulenzen stürzt.

Damit würden die (derzeit paradiesischen) finanziellen Spielräume des Staates abrupt einbrechen. Wie und womit dann all die aufgestauten Probleme aus der Zeit Merkels gelöst werden sollen, steht in den Sternen. Wer die Parteichefin auch beerbt, er wird die CDU in genau jene Zukunft führen müssen, auf deren Kosten die Kanzlerin die politische Stabilität ihrer Regentschaft erkauft hat.

Hans Heckel

JAN HEITMANN:

In Scherben

Jetzt schäumen sie vor Wut, die Zuwanderungs-Apologeten, ist ihre Rechnung, den UN-Migrationspakt von den unter dessen Folgen Leidenden möglichst unbemerkt unter Dach und Fach zu bringen, doch nicht aufgegangen. Schlimmer noch: Nachdem gleich mehrere Regierungen erklärt haben, das Dokument nicht zu unterzeichnen, regt sich heftige Kritik an dem Plan sogar im eigenen Land. Für linke Politiker und Kommentatoren ist klar, dass dies das destruktive Werk von Rechtsextremisten und Fremdenhassern ist. Sie hätten es mit ihren Lügen geschafft, den Pakt international zu diskreditieren.

Zu diesen rechten Demagogen zählt dann wohl auch der angesehene Völkerrechtler Frank Schorkopf. Im Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Spiegel“ beklagt er die „Schlagseite“ des Pakts: „Ständig werden, zu recht, die Menschenrechte der Migranten betont. Daraus werden Handlungsverpflichtungen für die Staaten abgeleitet, ohne zu sehen, dass hinter diesen auch deren Bürger stehen, mit eigenen Menschenrechten. Wer in Duisburg wohnt oder in Berlin-Neukölln, hat auch Rechte.“ Und Heinz Buschkowsky (SPD), der zumindest die Menschen in Neukölln und deren Nöte kennt wie kaum ein anderer, prophezeit in der „Bild“, dass es sich diese Menschen, die alles andere als auf der Sonnenseite des Lebens stehen, womöglich nicht gefallen lassen könnten, dass man ihnen noch mehr nimmt, um es Zuwanderern zu geben. Er beklagt: „Unsere Regierenden haben aus dem Untergang der DDR nichts gelernt.“ Das stimmt nicht ganz: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat daraus sehr wohl gelernt. Und genau deshalb will sie, dass der UN-Migrationspakt umgesetzt wird. Bis – oder besser: damit – alles in Scherben fällt.

Fabritius bleibt BdV-Chef

Neues Präsidium macht »Vielfalt des Gesamtverbandes« deutlich

Der Bund der Vertriebenen hat auf seiner Bundesversammlung seinen Präsidenten Bernd Fabritius mit 96,6 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Zu Vizepräsidenten wurden Stephan Grigat, Renate Holznagel, Christian Knauer, Stephan Mayer, Siegbert Ortmann und Albrecht Schläger gewählt. Zu weiteren Präsidialmitgliedern wurden Raimund Haser, Milan Horácek, Egon Primas, Stephan Rauhut, Brunhilde Reitmeier-Zwick und Johann Thießen gewählt. Die Präsidentin des Frauenverbandes im BdV, Maria Werthan, und der Präsident des Bauernverbandes der Vertriebenen, Christian Walter, gehören kraft Amtes dem Präsidium an. Aus der Zusammensetzung des Präsidiums werde die Vielfalt des Gesamtverbandes sowie dessen breites Aufgabenspektrum deutlich, teilte die BdV-Spitze mit. Erinnerungs- und Verantwortungstransfer seien innerverbandlich bereits gelungen.

Fabritius, der auch Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ist, ging in seinem Arbeitsbericht auf aktuelle vertriebenen- und aussiedlerpolitische Themen ein. Er betonte, dass er die in diesem Jahr angestoßene Zukunftsdiskussion konstruktiv und unter Einbeziehung sämtlicher Mitgliedsverbände weiter führen wolle. Die hohe Altersarmut bei Spätaussiedlern bezeichnete Fabritius als „soziale Ungerechtigkeit“ und mahnte Lösungen an. Außerdem ging er auf den Stellenwert des partizipativen Ansatzes in der Kulturarbeit nach Paragraf 96 des Bundesvertriebenengesetzes ein.

Vor der Veranstaltung fand die Verleihung der Ehrenplakette des BdV an den ehemaligen Beauftragten der evangelischen Kirche für Fragen der Spätaussiedler und Heimatvertriebenen, Helge Klassohn, statt. Er habe durch die Vermittlung zwischen den Perspektiven, durch das Hochhalten des Versöhnungsgedankens und durch seinen Glauben an die Freundschaft benachbarter Völker „erheblich dazu beigetragen, dass Heimatvertriebene und Spätaussiedler ihren Frieden mit sich selbst machen konnten“, würdigte Fabritius den Geehrten. *PAZ*

Organisierte Gewaltorgie

Paris schürt Ausschreitungen, um Notstand rechtfertigen zu können

Die Demonstrationen der Gelben Westen am 1. Dezember waren nicht nur in Paris, sondern landesweit von schwersten Ausschreitungen vor allem linksextremer Autonomer und Vorstadtbanden überschattet. Nach Aussagen von Polizisten, friedlichen Gelbwesten und einigen unabhängigen Journalisten waren die Sicherheitskräfte von oben dazu angehalten, die mit gelben Neonwesten verkleideten Autonomen und die Banden der Banlieues weitestgehend gewähren zu lassen.

Es sollen sogar als Chaoten verkleidete Polizisten an den Ausschreitungen beteiligt gewesen sein. Zeugen erklärten, dass sie gesehen hätten, wie sich „Chaoten“ das rote Polizeiabzeichen an den Arm steckten und dann hinter die Polizeibarrikaden gingen. Friedliche Demonstranten passierten dagegen die Polizeikontrollen kaum, wurden umzingelt und von den Sicherheitskräften mit Tränengas und Wasserwerfern angegriffen, sodass sich ein Teil von ihnen körperlich zur Wehr setzte und auch randalierte.

Schon im Vorfeld hatte die Vertreterin der Polizeigewerkschaft SGP Police FO, Linda Kebbab, gegenüber Innenminister Christophe Castaner auf BFM TV darauf hingewiesen, dass linksextremistische Ausschreitungen zu befürchten seien und dass die Regierung sich weigere, gegen die Chaoten vorzugehen, obwohl den Polizeidiensten sowohl Personen als auch Aufenthaltsorte bekannt seien.

Doch Präsident Emmanuel Macron und seine Regierung versuchen offensichtlich, zusätzlich Chaos zu verbreiten, um die legitimen Bürgerproteste niederschlagen und den nationalen Notstand ausrufen zu können. Diese Strategie ist jedoch ein Spiel mit dem Feuer, denn der Hass in der Bevölkerung wird immer größer. Mittlerweile blockieren die Krankenwagenfahrer die Zufahrt zum Parlament, und die Taxifahrer rücken zur Verstärkung an.

Eva-Maria Michels

(siehe Seite 6)

MELDUNGEN

Eiszeit über dem Atlantik

Hamburg – Die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind auf einen Tiefpunkt angelangt. 73 Prozent der Deutschen bezeichnen das Verhältnis zu den USA als „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Die US-Amerikaner bewerten die Beziehungen zu Deutschland hingegen mehrheitlich (70 Prozent) als „eher gut“ oder sogar als „sehr gut“. Das zeigt die repräsentative Umfrage „Einmischen oder zurückhalten?“ der Körber-Stiftung. Fast die Hälfte der Deutschen (47 Prozent) ist zudem der Ansicht, dass Deutschland weniger mit den USA zusammenarbeiten sollte und drei Viertel (72 Prozent) fordern sogar, dass Deutschland seine Außenpolitik in Zukunft unabhängiger von den USA gestalten soll. *J.H.*

SPSG sucht nach Kulturgut

Potsdam – In einem Depot der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) hat man marmorne Bodenplatten identifiziert, die aus der 1964 abgerissenen und 2007 mit Spendenmitteln wiedererrichteten Eremitage im Potsdamer Neuen Garten stammen. Ursprünglich rahmten sie ein heute verschollenes Mittelbild mit einer Weltkarte ein. Die SPSG nimmt den Fund der Bodenplatten zum Anlass, nach dem Mittelbild zu fahnden. Dazu sucht sie historische Aufnahmen, Dokumente und Aussagen von Zeitzeugen, die in Zusammenhang mit dem Mittelbild stehen. Die Eremitage im Neuen Garten in Potsdam wurde 1796 im Auftrag König Friedrich Wilhelms II. errichtet. Das weit abseits auf der in den Jungfernsee ragenden Landzunge Quapphorn gelegene und gegen den Garten mit einer dichten Nadelholzpflanzung abgeschirmte Bauwerk war Teil eines Gestaltungsprogramms, das durch die mystischen Vorstellungen des Ordens der Rosenkreuzer angeregt war, dem sich der König verbunden fühlte. *J.H.*

PAZ: *Neue Preise ab 2019*

Drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin leider zur Anpassung der Bezugspreise. Zudem wird die *PAZ* im Abonnement im sogenannten Schnellläufernetz der Post befördert und befindet sich bereits ab Donnerstag in der Zustellung. Das ist zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden, gewährleistet aber, dass die Abonnenten ihre Zeitung stets pünktlich erhalten.

Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2019 von elf auf zwölf Euro im Monat, also 144 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 14,50 Euro monatlich (18,50 Euro bei Versand per Luftpost). Am Kiosk kostet die *Preußische Allgemeine Zeitung* künftig 2,90 Euro.

Der Preis für das Online-Abo beträgt künftig 8,25 Euro, als E-Paper kostet die *PAZ* dann 1,20 Euro im Monat.

Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir unsere Abonnenten um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

Auch nach dieser moderaten Preisanpassung bleibt die *Preußische Allgemeine Zeitung* die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot.

Darf man alles sagen?

Eine kritische Antwort auf die Schönredner

Auf die Frage, ob man alles sagen darf, antworten die Schönredner in Politik und den Mainstream-Medien mit „ja“. Hier einige Beispiele von vielen: „Man darf alles sagen, niemand klingelt am nächsten Morgen um vier Uhr an der Haustür“ (Ole von Beust in der „Welt“). „Hierzulande kommt keiner wegen unbotmäßiger Äußerungen hinter Gitter“ (Claus Kleber, ZDF). „Davon, dass man in diesem Land nicht frei eine Meinung sagen könne, kann, wie nicht nur jeder Blick ins Internet zeigt, wahrlich nicht die Rede sein“ (Berthold Kohler in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“). „Man darf alles sagen. Auch wenn man dafür schief angeschaut wird“ (Frank Plasberg, ARD, im „Spiegel“).

Ein Blick in Leserbriefe in denselben Medien zeigt jedoch eine andere Einschätzung, etwa: „Wer heute auf seiner freien Meinung beharrt, muss damit rechnen, dass er wirtschaftlich oder sozial vernichtet wird, wenn seine Meinung nicht politisch korrekt ist.“ Eine Untersuchung des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld kam schon 2016 zu dem Ergebnis, dass mehr als ein Viertel der Menschen in Deutschland der Aussage zustimmt: „In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen.“ Spricht daraus übertriebene Ängstlichkeit? Wohl kaum, denn selbst der prominente Publizist Michel Friedman urteilt: „Du kannst in Deutschland alles sagen, was du willst – du musst nur bereit sein, die Konsequenzen zu tragen.“

Geht es wirklich nur um „Ärger“? Was sind die von Friedman erwähnten „Konsequenzen“? Zwar nicht existenzgefährdend, aber doch mehr als ärgerlich für die davon Betroffenen sind faktische Redeverbote, wie sie heute leider nicht selten an Universitäten vorkommen, die ja eigentlich gerade Stätten der Wissenschaftsfreiheit und damit des freien Austausches von Meinungen sein sollten. Schon im Jahr 1999 wurde der damalige Vorsitzende der CDU, Wolfgang Schäuble, von Linken daran gehindert, in der Universität Göttingen einen Vortrag zu halten. Mittlerweile, so kürzlich eine Notiz in der FAZ, „werden auch in Frankfurt, Köln oder Bremen Platzverweise an Redner mit ungefälligen Ansichten verteilt“. Diese Angabe ließe sich noch um Berlin und Siegen ergänzen. Die Liste der politisch unerwünschten und deshalb erst gar nicht Einzuladenden oder nach Einladung wieder Auszuladenden umfasst neben dem Hauptfeind Thilo Sarrazin beispielsweise die Autoren Martin Walser, Jörg Friedrich, Norman Finkelstein und Götz Kubitschek. Urheber von Boykottaktionen können kleine studentische Gruppen sein, wie im Fall der Kampagne gegen den Historiker Jörg Baberowski eine trotzkistische Gruppe, oder eine mächtige gesellschaftliche Organisation. So musste der Historiker Stefan Scheil, der von der Landsmannschaft Ostpreußen/Landesgruppe Nordrhein-Westfalen im Herbst 2016 als Hauptredner eingeladen worden war, auf Druck der Gewerkschaft Verdi wegen angeblichen „Geschichtsrevisionismus“' des Eingeladenen wieder ausgeladen werden.

In allen diesen Fällen stellt sich die Frage: Handelt es sich bei der Verhinderung von Einladungen um eine subtile Form von Selbstjustiz? Von „selbsternannten Wächtern des Sagbaren“ spricht der Politikwissenschaftler Herfried Münkler. Er gibt den Rat: „Auf keinen Fall darf man zurückweichen und, zum Beispiel, eingeladene Referenten wieder ausladen oder Thesen aus nichtwissenschaftlichen Gründen zurücknehmen. Denn das ist für die Überwacher nur eine Ermunterung zu größerer Dreistigkeit.“ Dieser Rat des bedrängten Berliner Hochschullehrers ist gut gemeint, aber in der Praxis wenig hilfreich, wenn eine Veranstaltung bestenfalls unter Polizeischutz stattfinden könnte oder wenn eine Hochschulverwaltung die Verwendung universitärer Finanzmittel für die Einladung unerwünschter Vortragender untersagt.



Traurige Realität: Faktisch gibt es in Deutschland Redeverbote — Bild: Colourbox

Die Frage, ob man alles sagen darf, zielt zunächst juristisch betrachtet auf die Schranken des Grundrechts der Meinungsfreiheit. Das Grundgesetz (Artikel 5) nennt als diese Schranken „die Vorschriften der allgemeinen Gesetze, die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend“ und „das Recht der persönlichen Ehre“. Konkret geht es in der Praxis häufig um die Strafbarkeit der Volksverhetzung und der Holocaustleugnung oder um Entschädigungsansprüche wegen Verletzung des sogenannten Allgemeinen Persönlichkeitsrechtes. Das Bundesverfassungsgericht hat sich bisher erfreulicherweise dezidiert für den Schutz der Meinungsfreiheit ausgesprochen. In seiner Entscheidung vom 4. November 2009 hat das Gericht festgestellt: „Die mögliche Konfrontation mit beunruhigenden Meinungen, auch wenn sie in ihrer gedanklichen Konsequenz gefährlich und selbst wenn sie auf eine prinzipielle Umwälzung der geltenden Ordnung gerichtet sind, gehört zum freiheitlichen Staat. Der Schutz vor einer Beeinträchtigung des ‚allgemeinen Friedensgefühls‘ oder der ‚Vergiftung des geistigen Klimas‘ sind ebenso wenig ein Eingriffsgrund wie der Schutz der Bevölkerung vor einer Kränkung ihres Rechtsbewusstseins durch totalitäre Ideologien oder eine offenkundig falsche Interpretation der Geschichte.“

> Man darf alles sagen, aber wenn man etwas sagt, das nicht politisch korrekt ist, kann dies ziemlich riskant sein

Bedeutet diese Rechtsprechung Entwarnung im Kampf um die Meinungsfreiheit? Mitnichten – denn im alltäglichen Leben ist die Meinungsfreiheit weniger vom schweren Geschütz der Kriminalisierung, also der strafrechtlichen Verfolgung, bedroht, als durch gesellschaftliche Ächtung, politische Ausgrenzung, publizistischen Pranger, bis hin zur Verweigerung eines Zutrittes, zur Blockade von nicht verbotenen Versammlungen, zur Nichtwählbarkeit in ein öffentliches Amt oder zu beruflicher Kündigung. Wehe dem, auf den eine der drei harten Keulen (Faschismuskeule, Rassismuskeule, Nazikeule) niedersaust. Ein Bezirksschornsteinfeger darf seinen Beruf nicht mehr ausüben; eine Grundschullehrerin wird beurlaubt; ein Karikaturist wird gefeuert; Erzieherinnen in Kindertagesstätten eines Landes müssen „auf dem Boden der Verfassung stehen“; ein Lehrbeauftragter an einer Polizeischule wird entlassen, weil er „für rechte Zeitungen schrieb“; ein Bundesbankvorstandsmitglied muss zurücktreten; der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Darf man alles sagen?

Die Schublade, die zu nicht unerheblichem Ärger führt, wenn jemand in sie einsortiert wird, ist klar: im schlimmsten Fall „rechtsextrem“, aber für Ächtung reicht schon „rechtsradikal“, „rechtspopulistisch“, „rechter Rand“ oder einfach „rechts.“ Absurd wird die Angelegenheit, wenn die von einer Sanktion Betroffenen gar nicht selbst „rechts“ sind, sondern nur Kinder einer Mutter „mit gefährlichen Ansichten“: Weil die Mutter von zwei Schulkindern (acht und zwölf Jahre alt) sich als Philosophin im Umfeld der „Neuen Rechten“ betätigt, wurden die Kinder von einer Wiener Waldorfschule verwiesen. Sippenhaft wäre für diesen Vorgang kein übertriebener Ausdruck. In Erinnerung ist auch das Schicksal der Ruderin Nadja Drygalla, deren Liaison mit einem früheren NPD-Landtagskandidaten Grund genug war, sie aus der deutschen Mannschaft bei den Olympischen Spielen 2012 auszuschließen. Die jämmerliche Begründung: Ein Verbleib der Ruderin im Olympiateam hätte dem Ansehen der deutschen Equipe schaden können.

Von dem Staatsrechtsprofessor Horst Dreier, der wegen einer durchaus diskutablen, aber vom Mainstream in Politik und Publizistik missbilligten Äußerung zur sogenannten Rettungsfolter nicht Bundesverfassungsrichter werden durfte, stammt ein kluger Aufsatz zum Thema „Der freiheitliche Staat als riskante Ordnung“. Die Formulierung des Themas gibt eine Antwort auf die Frage „Darf man alles sagen?“, nämlich: Man darf, aber wenn man etwas sagt, was nicht politisch korrekt ist, kann dies ziemlich riskant sein.

Ingo von Münch

Placebo für die Glühweintrinker

Aller Orten werden die Weihnachtsmärkte gegen Terroristen verbarrikadiert – Wirklichen Schutz bietet das nicht

Die Poller werden wieder mehr. Ich muss euch sagen, es weihnachtet sehr.“ So ließe sich ein bekannter Reim von Heimatdichter Theodor Storm zeitgemäß abwandeln. Rund 1500 Städte und Gemeinden zwischen Flensburg und Konstanz bestücken ihre Weihnachtsmärkte mit Bollwerken und Barrikaden, meist klobigen Betonklötzen, volkstümlich Merkelpoller genannt. Fußgängerzonen werden zu Trutzburgen gegen terroristische Anschläge.

Am 19. Dezember 2016 war der islamistische Attentäter Anis Amri mit einem Lastwagen in die festlich gestimmten Besucher auf dem Breitscheidplatz in Berlin gerast. Er tötete zwölf Menschen, 70 weitere wurden verletzt. Das Entsetzen darüber dauert an. Wie tief das Grauen immer noch sitzt, zeigt der erdrückende Aufwand, mit dem die Hauptstadt den Ort des Geschehens im diesem Jahr zu einer militärischen Hochsicherheitszone ausbaut.

Hundert mannshohe Gitterkörbe voller Sandsäcke, sogenannte „mobile Schwerlast-Metallpoller“ auf Sockeln aus Stahl und Beton sollen die mörderischen Begleiterscheinungen unkontrollierter Zuwanderung eindämmen.

Der stellvertretende Leiter des zuständigen Berliner Polizei-Abschnitts, Oberrat Sascha Eisengräber, sprach von einem „Überfahrschutzkonzept eines Ausrüsters temporärer Sperrmittel“. Das werde hier erstmals getestet. Sicherheitsbeauftragte der Stadt hatten das „Pilotprojekt“ speziell für den Breitscheidplatz entwickelt. Andere Veranstalter müssen die Sicherung ihrer Weihnachtsmärkte selber besorgen und bezahlen. Sie werden auf handelsübliche Poller zurückgreifen müssen.

> Beim Test schob ein Lkw die aufgestellten Poller mühelos wie Billardkugeln zur Seite

Die aber bieten mehr psychologische Stütze als tatsächlichen Schutz, wie die Probe aufs Exempel der Prüfgesellschaft DEKRA zeigte. Tester ließen einen Lastkraftwagen mit zehn Tonnen Gewicht mit einer Geschwindigkeit von 50 Kilometern pro Stunde gegen gängige Betonquader von 2,4 Tonnen fahren, einmal frontal, einmal schräg. Beide Male brach der Laster nahezu ungehindert meterweit durch. Wie die „Stuttgarter Zeitung“ berichtete, rutschten die Poller bei schrägen Aufprall wie Billardkugeln bis zu 25 Meter weit. „Das hätte große Schäden verursacht“, erklärte Versuchsleiter Marcus Gärtner. „Mobile Systeme bringen nichts. Sie gaukeln Sicherheit vor, wo keine ist.“

Bei 770 polizeibekannten Gefährdern im Land ist das beunruhigend. Die Betreiber der Weihnachtsmärkte erwarten 85 Millionen Besucher. Politiker der AfD haben mehrfach gefordert, Gefährder abzuschieben. Die Bundesregierung unter der migrationsbegeisterten Kanzlerin bleibt stur. Folglich muss für die höchsten Feiertage im Jahr weiter aufgerüstet werden.

In Gießen haben Polizei und Ordnungsamt schon „im Vorfeld verstärkte Sicherheitsmaßnahmen nochmals erhöht und zusätzliche Streifen eingesetzt“. Braunschweig lässt sich einen möglichst unblutigen Advent mehr als 50 000 Euro kosten. Goslar hat seine Vorkehrungen „erneut auf den Prüfstand gestellt und angepasst“. Bremerhaven stellt Terroristen wuchtige Wassertanks in den Weg.

Volker Wittmann

(siehe Kommentar S. 8)

Showdown in der CDU

Die Wahl des Bundesvorsitzenden an diesem Wochenende entscheidet auch über die Zukunft der Partei

Angela Merkel tritt nach 18 Jahren an der Spitze der CDU ab. Auch ihre Amtszeit als Bundeskanzlerin neigt sich dem Ende zu. Wer ihre Nachfolge antritt, könnte die Republik verändern.

In Hamburg wird auf dem Bundesparteitag an diesem Wochenende der Bundesvorstand der CDU neu gewählt. Ende Oktober hatte die CDU-Chefin bekannt gegeben, nicht mehr für den Parteivorsitz kandidieren zu wollen. Seit Wochen touren die Bewerber Annegret Kramp-Karrenbauer, Jens Spahn und Friedrich Merz durchs Land, treten bei Regionalkonferenzen der Partei auf.

Insgesamt haben sich zwölf Kandidaten gemeldet, aber nur diese drei Spitzenpolitiker haben Chancen. Die 56 Jahre alte Saarländerin Kramp-Karrenbauer, in der Partei nur „AKK“ genannt, liegt nach den offiziellen Meinungsumfragen vorne. Doch der 62-jährige Ex-Politiker und Wirtschaftsanwalt Merz genießt an der Basis große Sympathien. Gesundheitsminister Spahn ist mit 38 Jahren der Jüngste. Er gilt innerhalb des Trios als Außenseiter, aber auch als talentierter Öffentlichkeitsarbeiter und Taktierer. Der bekennende Homosexuelle ist schwer greifbar, gibt sich als Konservativer und Querkopf. „Er kann warten“, heißt es in der Partei. Von dort ist zu hören, dass es für Spahn lediglich ein Testlauf sei, um die eigenen Chancen auszuloten und den eigenen Bekanntheitsgrad zu erhöhen. In vielen Dingen steht er seinem Mitbewerber Merz nahe. Es wird nicht ausgeschlossen, dass er auf den letzten Drücker seine Kandidatur zurückziehen und zur Wahl des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden aufrufen könnte.

Die Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei sind schwer einzuschätzen. „AKK“ gilt als Vertraute Merkels, die alten Seilschaften haben nichts unversucht gelassen, vor allem Merz zu diskreditieren. In Berlin erzählen Journalisten, aus dem Umfeld der Saarländerin sei permanent durchgestochen worden, dass Merz per Helikopter zu Auftritten anreise, ein Millionär an der Spitze der größten Regierungspartei sei kaum vermittelbar. Kramp-Karrenbauer, die seit ihrer Wahl zur Generalsekretärin im vergangenen Februar die Parteibasis intensiv bereist und bearbeitet hat, ist eine Berufspolitikerin. Außerhalb der Parteikarriere hat sie nie gearbeitet, sie kennt das Politikgeschäft und weiß, wie Strippen zu ziehen sind. Dennoch herrscht auch in ihrem Umfeld Verunsicherung. Seit Ralph Brinkhaus den Merkel-Vertrauten Volker Kauder in einer Kampfkandidatur vollkommen überraschend vom Fraktionsvorsitz verdrängt hat, gilt eine Empfehlung der Kanzlerin nicht mehr unbedingt als Freifahrtschein – ganz im Gegenteil.

Keine Reihenfolge: Friedrich Merz, Jens Spahn und Annegret Kramp-Karrenbauer (v. l.) Bild: pa

Und so haben sich Merkel und ihre Entourage mit auffälligem Wahlkampf sehr zurückgehalten. Am deutlichsten ist dies in Nordrhein-Westfalen zu sehen. 296 der 1001 Delegierten, die über den Bundesvorsitz abstimmen, gehören dem größten Landesverband an. Mit Merz und Spahn kommen zudem zwei der drei prominenten Kandidaten aus dieser Region.

> Kramp-Karrenbauer liegt nach Umfragen vorn

Der Landesvorstand um dem Merkel-Anhänger Armin Laschet hatte keine Empfehlung für einen der Bewerber abgegeben. Die drei Top-Kandidaten präsentierten sich auf insgesamt acht Regionalkonferenzen, auf denen vor allem die gut organisierten „AKK“-Anhänger lautstark Stimmung machen. Doch unter den Delegierten soll es anders aussehen. In Nordrhein-Westfalen gebe es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Merz und „AKK“, wobei der 62-Jährige leichte Vorteile habe. Aus Baden-Württemberg heißt es, drei Viertel der Delegierten aus dem Südwesten hätten sich bereits für Merz entschieden, es gibt dazu WhatsApp-Gruppen und eine parteiinterne Initiative. Unentschieden sei die Stimmung in Hessen und in Rheinland-Pfalz. Die Nordländer, von denen Niedersachsen aufgrund der hohen Zahl an Delegierten eine besondere Rolle einnimmt, tendieren eher zu Kramp-Karrenbauer. In Mitteldeutschland, wo die Landesverbände 2019 in schwere Wahlkämpfe gehen, ist die Stimmung gespalten. Die bodenständige Kramp-Karrenbauer kommt gut an. Merz wird allerdings eher zugetraut, potenzielle AfD-Wähler einzufangen.

Merz zeigte sich zuletzt gegenüber den Zeitungen der Funke Mediengruppe optimistisch, das Rennen um den Parteivorsitz für sich zu entscheiden. „Ich habe nicht nur die Absicht, sondern auch die feste Überzeugung, dass ich zum CDU-Vorsitzenden gewählt werde“, sagte er. Nach seiner Wahl werde er als allererstes „ein Gespräch mit Angela Merkel führen, und zwar ausführlich und vertraulich“. Und er werde all diejenigen anschreiben, die in den vergangenen Jahren aus der CDU ausgetreten seien – „und sie bitten, wieder einzutreten“. Der frühere Fraktionsvorsitzende versuchte während des internen Wahlkampfes einen Spagat. Einerseits sendete er mit Kritik am geltenden Asylrecht eindeutige Signale an das rechte Wählerspektrum, andererseits verunglimpfte er die AfD als Nationalsozialisten.

Die Zuwanderungspolitik war das entscheidende Thema in den vergangenen Wochen. Die Furcht des Parteiestablishments vor einer Abrechnung mit Merkel ist so groß, dass selbst „AKK“ kürzlich auf Distanz ging. Die Bürger und auch Mitglieder hätten das Gefühl gehabt, dass die Partei Sorgen und „berechtigte Ängste“ nicht genug aufgegriffen habe. „Dann dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn sich genau diese Menschen Parteien suchen, von denen sie zumindest den Eindruck haben, dass sie sich darum kümmern“, sagte sie mit Blick auf die AfD. In Hamburg wird es am Wochenende darauf ankommen, wer den Ton der Delegierten am besten trifft. Obwohl Kramp-Karrenbauer als Favoritin ins Rennen geht, wächst bei ihren Anhängern die Furcht, Merz könne während der Versammlung einen Stimmungsumschwung herbeiführen. Denn „AKK“ gilt im Gegensatz ihm nicht gerade als begeisternde Rednerin. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

»Soli« bleibt uns noch erhalten

Berlin – Der Bundestagsfinanzausschuss hat die Anträge der Oppositionsfraktionen AfD und FDP zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags abgelehnt. Die AfD hatte argumentiert, der Zweck der Sicherung des einigungsbedingten Mehrbedarfs des Bundes sei inzwischen weggefallen. Die FDP begründete ihren Vorstoß damit, dass auch die Legitimation des Solidaritätszuschlagsgesetzes 1995 spätestens im kommenden Jahr mit dem Auslaufen des Solidarpaktes II wegfalle. Ein Fortbestand des Solidaritätszuschlags sei verfassungswidrig. Die anderen Parteien wollen den Zuschlag erst später und nur mit Gegenfinanzierung abschaffen. *J.H.*

Gericht stützt Kopftuchträgerin

Berlin – Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg hat einer muslimischen Informatikerin eine Entschädigung wegen einer Benachteiligung aufgrund der Religion zugesprochen. Die Klägerin war mit ihrer Bewerbung für den Schuldienst gescheitert und machte anschließend geltend, sie sei nicht erfolgreich gewesen, weil sie ein muslimisches Kopftuch trage. Hierin liege eine nicht erlaubte Diskriminierung im Sinne des Paragrafen 7 des Allgemeinen Gleichheitsgrundsatzes. Das Gericht schloss sich dem an und führte aus, das Land Berlin könne sich hier nicht mit Erfolg auf das Neutralitätsgesetz berufen. Bei dessen Auslegung sei das Gericht an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gebunden. Hiernach sei für ein gesetzliches allgemeines Verbot religiöser Symbole eine konkrete Gefahr für den Schulfrieden oder die staatliche Neutralität erforderlich, die im vorliegenden Fall nicht festgestellt werden könne. Als Entschädigung erhält die Klägerin eineinhalb Monatsgehälter. Das entspricht 5195 Euro. Der Senat will in Revision gehen. *J.H.*

Umweltschützer im Zwielicht

Droht der Deutschen Umwelthilfe Aberkennung der Gemeinnützigkeit?

Die Fahrverbote für Dieselfahrzeuge versetzen die Republik in Aufruhr. Ein Mann gerät dabei in den Fokus der Kritiker: Jürgen Resch, der Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, kurz DUH (siehe *PAZ* 48/2018). Die DUH gilt als eine der effektivsten Lobbyorganisationen des Landes. Sie hat vor Jahren erfolgreich für die Einführung des Dieselrußfilters gestritten und sie konnte die Umweltzonen ebenso durchsetzen wie das Dosenpfand und schwefelfreien Kraftstoff. Und das nächste und wohl größte Projekt steht kurz vor dem Durchbruch. Es könnte Millionen Autofahrer betreffen und Konzerne Milliarden kosten. Es geht um das Dieselfahrverbot in Innenstädten. Die DUH hatte zuletzt Dieselfahrverbote in mehreren Städten erstritten.

Weil viele Klagen erfolgreich sind, sei Resch für seine Kritiker in der Politik und in den Führungsetagen der Autohersteller ein „Kreuzzügler“, ein „Vollbremser“ oder einfach nur ein „Fundi“, beschreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ den Mann, dem ein Boulevardblatt unlängst bescheinigte, er habe das Zeug, „zum meistgehassten Mann der Republik“ zu werden. Er perfektioniere das System aus Klagen, PR-Kampagnen und bewusster Einbindung bestimmter Medien. Resch, so schreibt das Magazin „Capital“, sei „ein Veteran der Umweltbewegung und ein begnadeter Populist“. Im jüngsten Jahresbericht der DUH warnt er davor, dass „die Innenstädte auf viele Jahre nicht bewohnbar“ wären, falls es nicht gelänge, die Stickstoffdioxidbelastung zu reduzieren.

Die DUH, die sich dem Umwelt- und dem Verbraucherschutz verschrieben hat, existiert seit 1975.

> Mit Krombacher springt der erste Sponsor ab

Ursprünglich war sie dazu gedacht, Spenden für die Naturschutzorganisation BUND zu sammeln, mittlerweile arbeiten 100 hauptamtliche Mitarbeiter für sie. „Echte Durchschlagskraft entwickelte sie erst 16 Jahre später mit der Anerkennung als klageberechtigter Verbraucherschutzverband. Seit 2008 darf die DUH auch in Umweltfragen vor Gerichte ziehen“, schreibt der „Spiegel“. Und sie macht damit ein Riesengeschäft. Per Abmahnverfahren stellt sie jeder noch so unbedeutenden Verfehlung in Sachen Umweltschutz nach und streicht dabei ganz nebenbei viel Geld ein, das dann zur Finanzierung der Klagen gegen die Städte dient.

Lange Zeit stieß das Engagement der DUH ausschließlich auf positive Reaktionen. Viele Unternehmen haben an sie gespendet, um sich ein ökologisches Antlitz zu geben. Nun scheint sich der Wind zu drehen. In der vergangenen Woche hat das erste Unternehmen die Reißleine gezogen: Der Bierproduzent Krombacher hat die Zusammenarbeit mit der DUH gestoppt. Der CDU-Bezirksverband Nordwürttemberg hat für den Bundesparteitag in Hamburg beantragt, die Partei möge sich dafür einsetzen, der DUH die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Die Klagen der Umwelthilfe zeigten, dass sie „scheinbar auch andere Ziele“ verfolgt. Auch die FDP plädiert dafür, die Finanzierung des Vereins in den Blick zu nehmen. Die DUH habe eine Agenda und ein Geschäftsmodell. Für beide Zwecke bediene sie sich unseres Rechtssystems, sagte der FDP-Fraktionsvize Frank Sitta dem „Handelsblatt“. „Das ist durchaus legitim, hat aber mit Gemeinnutz wenig zu tun und sollte deshalb auch nicht vom Staat steuerlich belohnt werden.“ *P.E.*

Zeitzeugen



Rüdiger Safranski – Der Literaturwissenschaftler und Fernsehphilosoph wurde 1976 über Arbeiterliteratur promoviert. Zu dieser Zeit war er ebenfalls Mitglied der Aufbauorganisation der KPD. Kritik aus dem Establishment zog er sich zu, als er 2015 in der Flüchtlingskrise die deutsche „Willkommenskultur“ scharf kritisierte.

Torsten Schöwitz – Der Erfurter leitet als Vorsitzender die 1990 noch in der damaligen DDR gegründete KPD und damit die einzige heute noch unter diesem Namen firmierende Organisation. Obwohl Schöwitz seine nicht einmal 200 Mitglieder zählende Partei als Arm der Arbeiterklasse begreift, ist sein Verein tatsächlich nur noch ein Traditionsclub für alte DDR-Kader.



Winfried Kretschmann – Der derzeitige Ministerpräsident von Baden-Württemberg startete seine politische Karriere bei der Kommunistischen Hochschulgruppe an der Universität Hohenheim. Wie viele Linksradikale fand er schließlich den Weg zu den Grünen. Heute hält es der ehemalige Maoist lieber mit der katholischen Kirche.

Klaus Methfessel – Der Journalist und Medienberater kämpfte noch in den 70er Jahren gemeinsam mit der KPD-Aufbauorganisation für die Rechte der Arbeiterklasse. Danach schrieb er lange Zeit für namhafte Zeitungen, wie „Capital“ oder das „Manager Magazin“. Schließlich wurde er stellvertretender Redakteur der „Wirtschaftswoche“. Noch heute gilt er in Wirtschaft und Medienwelt als gut vernetzt.



Alan Posener – Auch der 1949 in London geborene Journalist war Mitglied der KPD-Aufbauorganisation und wechselte schließlich zum Klassenfeind. Heute schreibt er für die „Welt am Sonntag“. Bekannt wurde er, als er sich gegen die Umbenennung eines Teiles der Berliner Kochstraße zu Ehren von Rudi Dutschke wandte.

Frieden mit dem Klassenfeind

Unter deutschen Linken finden sich kaum noch wirkliche Kommunisten

Als die KPD vor 100 Jahren gegründet wurde, traf sie den Nerv ihrer Zeit. Überall in Europa brodelte es. Schnell gewannen kommunistische Organisationen an Einfluss und errangen vereinzelt sogar Regierungsgewalt. Mit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges konnten sie im Osten des Kontinents ihre Macht zementieren. Im westdeutschen Teilstaat verlor die KPD nach einzelnen und zunächst ganz ansehnlichen Wahlergebnissen bereits vor ihrem Verbot an Bedeutung. Mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Staatenblocks in den osteuropäischen Nationen war der orthodoxe Marxismus weltweit und endgültig diskreditiert. Was bleibt also heute vom Erbe der KPD?

Organisatorisch kann lediglich die Linkspartei noch auf gemeinsame Wurzeln mit der alten KPD zurückblicken. Ihre zentrale Beteiligung an der DDR-Diktatur und ihre spätere Vereinigung mit anderen sozialistischen Gruppierungen hat sie jedoch zunehmend auf Distanz zu ihrer Vergangenheit gehen lassen. Eine Bezugnahme auf die KPD als Ganzes findet daher kaum noch statt. Vielmehr greifen Politiker der Linkspartei nurmehr ganz selektiv auf einzelne Versatzstücke des Traditionsbestandes der alten Kommunisten zurück. So werden auch im Januar des kommenden Jahres wieder führende Politiker der Linken in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Kränze niederlegen. Waren diese Feierlichkeiten noch unmittelbar nach dem Untergang der DDR regelrechte Massenveranstaltungen, so finden sich heute neben der offiziellen Parteiprominenz der Linken nur noch wenige hundert Teilnehmer unter den Klängen eines kleinen Schalmeienorchesters ein.

Sieht man sich die Schar der Versammelten näher an, so beschleicht einen rasch das Gefühl, dass sich hier Menschen treffen, die genau das sind, was sie selbst ansonsten gerne ihren politischen Gegnern vorwerfen, nämlich Ewiggestrige. Die kommunistische Folklore und DDR-Nostalgie reduziert sich meist erst bei der sich an das Gedenken anschließenden Demonstration auf ein erträgliches Maß. Dafür mischen sich dann die Genossen der Türkischen Kommunistischen Partei und andere Politsekten in den Aufzug, um unter den Bildern von Stalin und Mao den Klassenkampf zu beschwören.

Unter ihnen in jüngster Zeit auch einige vermummte Anhänger des Berliner „Jugendwiderstandes“, die immer wieder durch gewalttätige Aktionen auf sich aufmerksam machen und unter anderen linken Gruppen wegen ihrer dezidiert antiisraelischen Haltung umstritten sind. Obwohl der militante „Jugendwiderstand“ und seine noch in einigen anderen deutschen Städten aktiven Partnerorganisationen die einzigen kommunistischen Vereinigungen sind, die einen nennenswerten Zulauf von Anhängern unter 30 Lebensjahren verzeichnen können, zeigt sich gerade an seinem Beispiel besonders deutlich, zu welch tektonischen Verschiebungen es nach 1989 im linken Lager in Deutschland gekommen ist. Nicht nur der Rekurs auf den orthodoxen Marxismus gilt heute allgemein als verpönt, sondern ebenso zentrale realpolitische Positionen des einstigen sozialistischen Staatenblocks wie etwa die Solidarität mit der palästinensischen Befreiungsbewegung.

Deutschlands Linke begeistert sich heute vor allem für die Abschaffung des Nationalstaates, die Möglichkeit zur weltweiten Migration, für Genderneutralität, für Homosexuellenrechte und für Israel. Die Kapitalismuskritik früherer Kommunisten ist nurmehr eine substanzlose rhetorische Pflichtübung geworden. Längst schon hat man Frieden mit dem Klassenfeind geschlossen. Besonders deutlich zeigt sich dies an einzelnen führenden bundesdeutschen Politikern. Nicht wenige von ihnen starteten ihre politische Karriere einst als überzeugte Kommunisten in den maoistischen K-Gruppen der 70er und 80er Jahre. Viele Mitglieder dieser Organisationen fanden am Ende ihren Weg zu den Grünen und damit schließlich in Regierungsämter.

Im Verlauf der 90er Jahre fand dann ein Prozess statt, den der Politikwissenschaftler Robert Michels schon 1911 in seinem Buch zur Soziologie des Parteiwesens treffend als Amalgamierung, also als Verschmelzung des bestehenden Establishments mit seinen von unten an die Macht drängenden Opponenten, bezeichnet hatte. Dies ist der Grund dafür, dass sich unter deutschen Linken heute kaum noch wirkliche Kommunisten finden lassen. *Dirk Pelster*

Kommunistische Wiedergänger

Nachdem die KPD im April 1956 auf Antrag der Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht zwangsaufgelöst wurde, tat sich auf der linken Seite des politischen Spektrums eine Lücke auf, denn immerhin waren die Kommunisten damals noch in mehreren westdeutschen Landtagen vertreten. Wegen des starken staatlichen Verfolgungsdrucks war ein unmittelbares Anknüpfen an die Tradition der einst mächtigen Partei zunächst nicht möglich. Erst Ende der 60er Jahre gründeten sich neben der aus Ost-Berlin gelenkten DKP zahlreiche kommunistische Splittergruppen. Während letztere den klassisch orthodoxen Marxismus Moskauer Prägung vertrat, fühlten sich die meisten anderen Organisationen der aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Neuen Linken zugehörig. Für sie waren eher maoistische Positionen leitend.

Dennoch führten einige Gruppen die Bezeichnung KPD fort, den sie dann noch mit einem Zusatz, wie etwa „Aufbauorganisation“, versahen, um sich nicht

Neue K-Gruppen blieben erfolglos

dem Risiko der Strafverfolgung wegen des Fortführens einer verfassungswidrigen Organisation auszusetzen. Viele dieser K-Gruppen waren straff organisiert und verfügten trotz ihrer geringen Größe über erstaunlich hohe Finanzmittel. Die meisten Politsekten verschwanden wieder, doch es gründeten sich auch immer wieder neue Vereinigungen. Sieht man von der im Mainstream angekommenen Partei „Die Linke“ einmal ab, so gibt es neben der DKP heute nur noch die maostische MLPD, die trotzkistische SGP sowie eine noch in der DDR gegründete und daher nicht unter das Parteiverbot von 1956 fallende KPD. Obwohl die derzeit wachsende soziale Ungleichheit und das Auseinanderdriften der Gesellschaft theoretisch einen idealen Nährboden für kommunistisch inspirierte Protestbewegungen böte, bleiben diese Gruppen allesamt erfolglos. Verwundern kann dies nicht, wirken ihre Rhetorik und ihre politischen Patentrezepte doch wie ein Anachronismus. *D.P.*



Pflichttermin für ewiggestrige Linke: Jährliches Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin-Friedrichsfelde Bild: Imago

Sowjetische Marionette

Mit den Sozialdemokraten hatte die KPD einen entschlossenen Gegner

Zur Jahreswende 1918/19 kamen Anhänger des Spartakusbundes sowie der Organisation Internationale Kommunisten Deutschlands im Reichstag zusammen, um die Kommunistische Partei Deutschlands aus der Taufe zu heben. Von Anfang an suchten die Delegierten des Gründungskongresses den engen Schulterschluss mit der Sowjetunion. Dort hatte ihre Schwesterpartei KPdSU ein Jahr zuvor erfolgreich die Macht übernommen. Der Widerstand der alten Eliten im Zarenreich und der ihnen folgenden provisorischen Regierung war nach drei Jahren Krieg rasch gebrochen.

In Deutschland sollte die junge Partei auf einen entschlosseneren Gegner treffen. Den von ihr maßgeblich mitinitiierten Spartakusaufstand im Januar 1919 ließ der von Sozialdemokraten bestimmte Rat der Volksbeauftragten, eine Art kommissarische Reichsregierung, von rechten Freikorps und Militärs niederschlagen. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die entscheidenden Köpfe hinter dem bolschewistischen Umsturzversuch, wurden ohne Prozess erschossen. Dieser Umstand führte zu einem erbitterten Zerwürfnis zwischen den beiden Arbeiterparteien SPD und KPD.

Auch in den unmittelbaren Nachkriegsjahren beteiligte sich die kommunistische Partei in der Weimarer Republik an zahlreichen regionalen Aufstandsversuchen. Diese führten zu staatlichen Repressionen sowie zum zeitweiligen Verbot der Organisation. Als Ernst Thälmann die Partei 1925 übernahm, lehnte er sich noch enger an die KP in Moskau an und kopierte auch den Personenkult Josef Stalins. Bei ihrer Zerschlagung durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 war die KPD zwar gut organisiert und bis an die Zähne bewaffnet, jedoch de facto nurmehr eine sowjetische Marionette. Viele Funktionäre flüchteten daher ins Moskauer Exil.

Von dort aus schickte Stalin nach dem Krieg eine Gruppe deutscher Kommunisten unter Führung von Walter Ulbricht zurück nach Deutschland, um dort mit der DDR einen Vasallenstaat sowjetischer Prägung aufzubauen. 1946 wurden in Mitteldeutschland SPD und KPD von den Besatzern zur SED zwangsweise zusammengeschlossen. In Westdeutschland ließ die Bundesregierung die von Ost-Berlin ferngesteuerte KPD 1956 verbieten. Zwölf Jahre später rief die DDR-Führung mit der bis heute existierenden Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) eine Ersatzorganisation ins Leben, die jedoch bedeutungslos blieb. *D.P.*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Justiz am Limit

Warum einer der größten Subventionsmissbräuche erst jetzt zu einem Gerichtsurteil führte



Einst Sitz derer von Arnim: Schloss Boitzenburg in der Uckermark

Bild: Imago

Vor dem Potsdamer Landgericht wurde endlich ein Fall um Subventionsbetrug abgeschlossen, der Jahre zurückliegt. Obwohl es sich um einen der größten Wirtschaftsprozesse des Landes handelte, zog sich das Verfahren 14 Jahre lang hin. Das Geschehen wirft so nicht nur ein Licht auf den Subventionsmissbrauch in der Zeit nach der deutschen Vereinigung. Er zeigt auch auf, wie überlastet die deutsche Justiz ist.

Einigermaßen überraschend schnell ging einer der größten Wirtschaftsprozesse in der jüngeren Geschichte des Landes Brandenburg zu Ende. Bereits nach acht Verhandlungstagen verkündete das Potsdamer Landgericht am 23. November ein Urteil im Betrugsskandal mit Fördergeldern bei der Sanierung und dem Umbau des Schlosses Boitzenburg.

In dem Prozess waren ursprünglich Verhandlungstermine bis in das Jahr 2019 angesetzt gewesen. Grundlage für die relativ schnelle Beendigung des Verfahrens war eine Verständigung der Prozessbeteiligten: Die Angeklagten bestätigen in einer geständigen Einlassung einen Teil der Vorwürfe, dafür wurde die Aufklärung weitergehender Tatvorwürfe fallengelassen. Einem Angeklagten war beispielsweise auch Steuerbetrug vorgeworfen worden. Dieser Handel machte den Weg für eine verblüffend rasante Endphase des Verfahrens frei.

Die zwei Angeklagten erhielten wegen banden- und gewerbsmäßigen Betruges eine Haftstrafen von je fünfeinhalb Jahren, wobei 24 Monate als bereits vollstreckt angesehen werden. Das Landgericht sprach in seinem Urteile die „großzügige und laxe Förderpraxis des Landes Brandenburg in den 90er Jahren“ an. Tatsächlich förderten die Richter zutage, dass zumindest in der damaligen Zeit offenbar nur sehr lasche Kontrollen erfolgten.

> Fördergelder wurden in großem Stil abgezweigt

Im konkreten Fall blieb der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) verborgen, dass öffentliche Fördergelder über Zahlungskreisläufe letztendlich auf dem Eigenmittelkonto der Subventionsnehmer landeten und dann als Eigenkapital dargestellt wurden. Unerkannt blieb für die ILB seinerzeit ebenso, dass Baukosten überhöht abgerechnet wurden und einige geförderte Projekte auf der Schlossanlage nur auf dem Papier existierten.

Nicht nur die offengelegte nachlässige Kontrolle bei der Vergabe von Fördermitteln kann als Denkzettel an die Politik aufgefasst werden. Das Potsdamer Landgericht wies in seinem Urteil auch darauf hin, dass das Verfahren „rechtsstaatswidrig“ lang gedauert habe. Nach umfangreichen Ermittlungen sei „acht Jahre nicht viel passiert“. Tatsächlich beschäftigte sich das Gericht mit Vorgängen aus dem Zeitraum 1997 bis 2004. Die Staatsanwaltschaft hatte bereits im Jahr 2005 die Ermittlungen aufgenommen und im Jahr 2010 Anklage erhoben. Der Prozess begann allerdings erst im Herbst 2018. Laut eigenen Angaben war das Potsdamer Landgericht überlastet.

Zwar ging das Gericht davon aus, dass erst in einigen Jahren eine Verjährung eingetreten wäre, dennoch spielte die extrem lange Verfahrensdauer im Prozess immer wieder eine Rolle. Die Verteidigung eines Angeklagten unternahm beispielsweise einen Anlauf, die Einstellung des Verfahrens zu erreichen. Der Versuch blieb erfolglos.

Allerdings mussten auch die Richter in ihrem Urteil anerkennen, dass der Bundesgerichtshof schon vor Jahren deutlich gemacht hat, dass ein großer Zeitabstand zwischen Tat und Aburteilung eine strafmildernde Bedeutung haben kann. Tatsächlich wies das Landgericht in seinem Urteil darauf hin, dass die Angeklagten bei einer zeitnahen Verurteilung möglicherweise mit einer zweistelligen Haftstrafe zu rechnen gehabt hätten.

Den jahrelangen Stillstand griff nicht nur die Berichterstattung der Medien auf. Danny Eichelbaum, der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Potsdamer Landtag, sagte gegenüber dem RBB, es sei nicht akzeptabel, dass ein Strafverfahren erst 14 Jahre nach Bekanntwerden des Vorfalls stattfinde. Ähnlich die Kritik von Thomas Jung, dem rechtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. Jung kritisierte zudem, dass erst im Juli bei den Haushaltsberatungen des Landtags ein Vorschlag der AfD zur Schaffung von neuen Stellen für Richter und Staatsanwälte abgeschmettert worden sei.

Der Potsdamer Fall steht für eine generelle Entwicklung an vielen deutschen Gerichten. Noch im September wies der Deutsche Richterbund auf die hohe Belastung für Staatsanwälte und Richter und auf (zu) lange Verfahren hin. Sven Rebehn, Bundesgeschäftsführer des Richterbundes, beklagte gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, dass insbesondere Strafverfahren vor den Landgerichten immer länger dauerten. *Norman Hanert*

Ordnungshaft für den Kultursenator?

Von Vera Lengsfeld

Drei Monate nach seinem Rausschmiss hat der suspendierte Leiter der Gedenkstätte im ehemaligen Stasigefängnis Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, einen überraschenden Erfolg gegen seine unmittelbaren Vorgesetzten, Kultursenator Klaus Lederer (Linkspartei), und Bundes-Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) erzielt. Überraschend deshalb, weil eine Klage Knabes gegen seine fristgerechte Entlassung zuvor vom zuständigen Gericht nicht angenommen worden war.

Nun hat das Gericht entschieden, dass er seine Tätigkeit als Direktor bis zum Tag seiner Entlassung fortsetzen können muss. Sollte Senator Lederer sich nicht an diese Auflage halten, wird ihm Ordnungsgeld in Höhe von 25 000 Euro, ersatzweise Ordnungshaft angedroht.

Was sich danach abspielte, dürfte in der Geschichte der Politik ziemlich einmalig sein. Knabe, dem vorgeworfen worden war, Mitarbeiterinnen nicht vor sexuellen Belästigungen durch seinen Stellvertreter geschützt zu haben, erschien am Montagmorgen vergangener Woche in Begleitung des FDP-Bundestagsabgeordneten Stefan Förster in der Gedenkstätte, legte die gerichtliche Bescheinigung vor und verlangte den Schlüssel zu seinem Büro.

Der Schlüssel wurde ihm vom kommissarisch als Leiter der Gedenkstätte eingesetzten Vorsitzenden des Stiftungsrats schließlich ausgehändigt. Eine Einbestellung in das Büro des Kultursenators hatte Knabe einfach ignoriert. So eine offene Herausforderung hat die Berliner Politik schon lange nicht mehr erlebt, wenn überhaupt.

Am Tor der Gedenkstätte war Knabe von einem halben Dutzend ehemaligen politischen Gefangenen mit Blumen und Konfekt begrüßt worden. Die Besucherreferenten schlossen sich dieser Demonstration nicht an.

Den Medien gegenüber äußerte Knabe, dass er glücklich wäre, sein Lebenswerk, die Aufarbeitung der DDR-Diktatur, fortsetzen zu können. Über die notwendigen Korrekturen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die Referenten sagte er nichts. Ein Neustart sieht anders aus.

Seit Knabes Suspendierung waren die Gerüchte nicht verstummt, dass er seinen Posten aus politischen Gründen verloren habe. Senator Lederer war immer wieder vorgeworfen worden, er wolle die erfolgreiche Arbeit der Gedenkstätte blockieren. Schließlich ist seine Partei die umbenannte SED. Den Beweis, dass dies nicht seine Absicht war, ist Senator Lederer bisher schuldig geblieben.

Das Ziel ist die Weltspitze

Bund und Land wollen Berlins Naturkundemuseum runderneuern

Der Bund und das Land Berlin wollen insgesamt 660 Millionen Euro für den Um- und Ausbau des Berliner Naturkundemuseums zahlen. Bereits Anfang November hatte der Haushaltsausschuss des Bundestages 330 Millionen Eueo bewilligt, Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) sagte eine Kofinanzierung Berlins in gleicher Höhe zu.

Mit den Mitteln will das Museum zu den großen Häusern der Welt aufschließen. Unter anderem soll die komplette Sammlung digitalisiert werden. Forscher und interessierte Laien können dadurch die umfangreiche Museumssammlung weltweit nutzen.

Gut 430 Millionen Euro sollen in die Sanierung des alten Gebäudes und in Neubauten fließen. Viele Säle und Magazine befinden sich noch immer im technischen und baulichen Zustand der Vorkriegsoder der DDR-Zeit. Dem Museum fehlen moderne Heiz- und Kühlsysteme. Direktor Johannes Vogel sieht auch beim Brandschutz einen hohen Nachholbedarf.

Das Naturkundemuseum befindet sich seit dem Jahr 1889 in der Berliner Invalidenstraße. Noch in der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs bekam der Bau schwere Bombentreffer ab. Der zerstörte Ostflügel wurde erst vor einigen Jahren wieder aufgebaut. Derzeit kann das Haus 6600 Quadratmeter Ausstellungsfläche nutzen, bis 2030 soll sich die Fläche verfünffachen. Nach Angaben von Vogel sind für die neuen Ausstellungsflächen keine Neubauten notwendig, genutzt werden sollen Reserven im bereits bestehenden Gebäude. Ein Zukunftsplan sieht aber auch Neubauten für Sammlungen, Labore und Büros vor.

> 660 Millionen Euro gibt die Politik für das ehrgeizige Projekt

Das Haus ist unter den Berliner Museen ein Besuchermagnet und sogar eines der bedeutendsten Museen in Deutschland. International ist es vor allem wegen seines Exemplars eines Urvogels und seiner Sammlung von Dinosaurier-Skeletten bekannt. Im zentralen Lichthof ist unter anderem das weltweit größte aufgebaute Saurier-Skelett zu sehen. Dieser Teil der Sammlung beruht vor allem auf Funden einer deutschen Expedition, die zwischen 1909 und 1913 in Deutsch-Ostafrika (heute Tansania) stattfand.

Neben diesen spektakulären Saurier-Skeletten umfasst die Sammlung fast 30 Millionen Objekte der Paläontologie, Mineralogie und Zoologie. Ein Teil des Bestandes geht sogar noch auf die naturwissenschaftlichen und medizinischen Sammlungen der 1810 gegründeten Berliner Universität zurück. *N.H.*

AfD wird nicht beobachtet

Grüne fordert: Brandenburgs Verfassungsschutz soll aktiv werden

Der brandenburgische Verfassungsschutz beobachtet die AfD nicht. Dies erklärte Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) auf Anfrage der Grünen. Der Landtagsabgeordneten Ursula Nonnemacher (Grüne) missfällt das: „Während der Verfassungsschutz in Thüringen die AfD bereits zum Verdachtsfall erklärt hat und in Baden-Württemberg und Niedersachsen die Jugendorganisation der AfD sowie in Bayern einzelne Landtagsabgeordnete unter Beobachtung stehen, traut sich die Behörde in Brandenburg nicht zu, eigene Beobachtungsmaßnahmen beziehungsweise -vorbereitungen zu treffen.“

Nonnemacher forderte, die AfD in Brandenburg wenigstens zum Verdachtsfall zu erklären. Deren Spitzenpersonal stehe „eindeutig“ dem völkisch-nationalistischen Flügel um den Thüringer AfD-Chef Björn Höcke nahe. Sie wollte wissen, wie viele AfD-Landesvorständler, Landtagsabgeordnete und Mitglieder dem Höcke-Flügel zuzurechnen seien oder wie viele Parteimitglieder bei der Identitären Bewegung und anderen rechten Gruppierungen mitwirkten. Dazu gab der Innenminister keine Erklärung ab.

> »Alternative« ist neben der SPD stärkste Partei in der Mark

Der gerade aus der AfD ausgetretene Landtagsabgeordnete Steffen Königer hatte in seiner Austrittserklärung ähnliche Vorwürfe erhoben wie Nonnemacher: „Die Bürgerlichen in der AfD haben den Kampf gegen die Destruktiven der Partei in vielen Landesverbänden endgültig verloren.“ Allerdings war Königer in den vergangenen Wochen mit mehreren Kandidaturen innerparteilich gescheitert. Seine Kritiker werfen ihm vor, nur aus diesem Grund aus der Partei ausgetreten zu sein. Die Grünen in Brandenburg hoffen künftig auf eine Regierungsbeteiligung. Nach der jüngsten, am 1. September 2018 erhobenen Umfrage könnten sie aber lediglich mit sieben Prozent rechnen und würden möglicherweise mangels Masse für eine Regierungsbildung gar nicht benötigt.

Die AfD liegt in Brandenburg gleichauf mit der SPD bei 23 Prozent an der Spitze der Wählergunst. Entscheidend dürfte sein, wie viele Parteien bei den kommenden Landtagswahlen im September 2019 in den Landtag einziehen. Die „großen vier“ SPD, AfD, CDU (21 Prozent) und Linkspartei (17 Prozent) werden den Einzug wohl sicher schaffen. Grüne, FDP (fünf Prozent) und Freie Wähler (unter fünf Prozent) machen sich Hoffnungen, müssen aber bangen. *Frank Bücker*

MELDUNGEN

Wien beschließt Kopftuchverbot

Wien – Der österreichische Nationalrat hat eine von der Regierung ausgearbeitete Bund-Länder-Vereinbarung zum Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung beschlossen. Bis zum Kindergartenjahr 2021/22 sollen über 700 Millionen Euro investiert werden, um die Betreuungsangebote deutlich auszuweiten und ein kostenloses Pflichtkindergartenjahr vor dem Schulbeginn zu ermöglichen. Zugleich wurde ein Kopftuchverbot für Kindergärten und Schulen verabschiedet. Die Regierung beantwortete Kritik der Opposition an diesem Zusatzpunkt damit, dass dies einem Schutz der Mädchen vor religiöser Indoktrinierung, Sexualisierung und Stigmatisierung diene. *T.W.W.*

Interpol ohne Kosovo

Dubai – Die Interpol-Generalversammlung hat einen Antrag auf Mitgliedschaft des Kosovo abgelehnt. Nachdem der Vorschlag in einer ersten Runde nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit fand, wurde die Sitzung außerplanmäßig für persönliche Gespräche mit den Delegierten unterbrochen. In einer zweiten Runde, bei der nur noch eine absolute Mehrheit erforderlich gewesen wäre, fehlten sowohl mehrere Befürworter als auch einige Gegner einer Mitgliedschaft, sodass 51 gegen 51 Stimmen neben 16 Enthaltungen standen. Abgesehen von generellen Gegnern staatlicher Abspaltungen und besonders engen Freunden Serbiens fanden sich auch Stimmen, die ihre Ablehnung wegen der hochgradigen kriminellen Durchsetzung des neuen Kleinstaates aussprachen. Das Kosovo wird damit bis auf Weiteres keinen direkten Zugang zur internationalen Polizeiorganisation erhalten. Erwartungsgemäß hatte vor allem Serbien vehement gegen eine Aufnahme seiner abtrünnigen Südprovinz protestiert. *T.W.W.*

Der Revolution entgegen

Die strukturlose Graswurzelbewegung der Gelben Westen wird dem französischen Staat gefährlich

Geht Frankreich einer Revolution entgegen? Seit Anfang November mehren sich die Anzeichen dafür, denn seit eine Internetpetition gegen die Erhöhung der Benzinsteuern, die von fast einer Million Franzosen unterzeichnet wurde, online ging und ein Lkw-Fahrer auf YouTube zur Blockade des Landes aufrief, organisiert sich eine neue Art von Bürgerprotest. Die Gilets Jaunes (GJ), benannt nach der neongelben Rettungsweste, die jeder Autofahrer mit sich führen muss und die nun in Millionen Fahrzeugen als Zeichen des Protests auf dem Armaturenbrett liegt, stellen für die staatlichen Autoritäten ein großes Problem dar.



Gehen auf Konfrontation zum Staat: Gelbe Westen, hier bei einer Demonstration in Paris Bild: Imago

Die Gelben Westen sind eine Graswurzelbewegung ohne Struktur und zentrale Organisation. Keiner weiß genau, wie viele es sind, noch wer aktiv ist, noch wo, wie, wann sich ihr Protest organisiert. Der Staat ist deshalb in der Defensive und kann keine Strategien planen wie bei klassischen Demonstrationen. Die Kraftstoffsteuererhöhung ist nicht die Ursache ihres Protests, sondern nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.

Ursächlich ist die gesamte Unzufriedenheit mit der Lage in Staat und Gesellschaft: Masseneinwanderung, Unsicherheit, Kriminalität, Bildungsmisere, Rückbau staatlicher Infrastruktur, Deindustrialisierung und staatliche Überschuldung, zu der sich nun eine immer größer werdende Steuerlast gesellt. Gerade die schwer arbeitende aber häufig schlecht bezahlte untere Mittelschicht in der Provinz leidet unter einer Verarmung aufgrund staatlicher Steuern und Zwangsabgaben. Diese Menschen können es sich finanziell nicht erlauben, in der Nähe der wirtschaftlich dynamischen Großstädte zu leben und müssen für alles lange Wege zurücklegen. Das Dieselauto, aufgrund seines geringen Verbrauchs und seines geringen CO2-Ausstoßes lange vom Staat steuerlich gefördert, ist das Fortbewegungsmittel dieser Menschen.

Auf der Suche nach neuen Einnahmequellen machte die Regierung Macron den Fehler, seit Anfang des Jahres mehrere äußerst unpopuläre Maßnahmen gegen Autos im Allgemeinen und den Dieselmotor im Besonderen zu erlassen und dies mit Klimaschutz und Sicherheit zu begründen: Die Herabsetzung der maximalen Geschwindigkeit von 90 auf 80 Kilometer pro Stunde auf Landstraßen, immer mehr Geschwindigkeitskontrollen durch Radar und Gendarmerie, ein neues, wesentlich strengeres TÜV-Gesetz, ein schrittweises Dieselverbot ab 2019 in Paris, das Verbot aller konventionellen Fahrzeuge im Großraum Paris bis 2030 und schließlich die progressive Erhöhung der Kraftstoffsteuer: Bis 2022 soll sie pro Liter Dieselkraftstoff um insgesamt 23 Cent ansteigen und dem Preis für Ottomotoren-Kraftstoff angeglichen werden.

In diesen Maßnahmen sehen die Gelben Westen nicht nur eine faktische Enteignung, sondern auch die Zementierung der territorialen Apartheit, da sie ohne teures Elektroauto auf die Dauer in der Provinz gefangen sind. Besonders erbost sind sie jedoch darüber, dass sie den Eindruck haben müssen, von der Regierung für dumm gehalten zu werden. Der 51-jährige Lkw-Fahrer Alain bringt es auf den Punkt: „Bis jetzt wollten sie, dass wir unbedingt Diesel kaufen, weil Diesel weniger CO2 ausstoßen. Doch jetzt sind die Diesel plötzlich für die Klimakatastrophe verantwortlich, und wir sollen nur noch Elektroautos kaufen, während sie die Kernkraftwerke stilllegen und wir über immer weniger Elektrizität verfügen. Die spinnen doch!“

Während anfangs Straßenblockaden das Herz der Aktionen der GJ waren, richtet sich ihr Protest inzwischen immer mehr gegen Finanzämter und Präfekturen. 20 bis 30 Prozent der Radargeräte zur Geschwindigkeitskontrolle sind mittlerweile zerstört. Laut Umfragen unterstützen bereits 84 Prozent der Franzosen die Forderungen der Gelben Westen.

Die Ausschreitungen der Autonomen und der Banlieue-Kriminellen auf den Champs-Elysées am 24. November, für welche die Regierung trotz gegenteiliger visueller, polizeilicher und geheimdienstlicher Beweise die politische Rechte und Marine Le Pen verantwortlich macht, tun der Mobilisierung bisher keinen Abbruch. Im Gegenteil, die Antwort der Regierung auf den Protest der GJ, die darin besteht, noch mehr Kommissionen zu gründen, die „Energiewende“ noch besser zu erklären und für die Ärmsten noch mehr Finanzhilfen anzubieten, fordert die Wut der Bürger geradezu heraus: „Wir wollen nicht zu Sozialfällen der Regierung werden, wir wollen würdig von unserer Hände Arbeit leben können!“, entrüstet sich der Lkw-Fahrer Jacques. Und somit bleibt die Motivation groß, weiterhin zu protestieren und zu blockieren.

Eva-Maria Michels

Ende der Nachsicht

Österreich weitet Verbot politischer Symbole und Gesten aus

In Österreich wurde erstmals das Zeigen des Ustascha-Grußes nach dem in der Alpenrepublik geltenden „Verbotsgesetz 1947“, einem Strafgesetz gegen „Wiederbetätigung“ im Sinne des Nationalsozialismus, gerichtlich geahndet. Die verurteilten jungen Kroaten sind Anhänger des Agramer Fußballvereins Dinamo Zagreb und hatten 2015 bei einer Feier ihres „Ultra“-Fanclubs in Hallein Ustascha-Symbole gezeigt und auf einem Gruppenfoto den rechten Arm zeremoniell gehoben. Über die Form des inkriminierten Grußes herrschte vor Gericht erhebliche Unklarheit, die Staatsanwaltschaft war aber der Ansicht, dass allein schon der Anschein, den sogenannten Hitler-Gruß zu zeigen, nach österreichischem Gesetz strafbewehrt ist.

Das Salzburger Gericht verurteilte schließlich sieben Angeklagte zu teils im unteren Ansatzbereich des Verbotsgesetzes liegenden Bewährungsstrafen zwischen sechs und 15 Monaten, vier weiteren wurde eine Haft unter Auflagen, darunter der Besuch eines Konzentrationslagers, erlassen, und drei Beschuldigte erhielten einen Freispruch, da sie auf dem fraglichen Foto nicht zu erkennen waren.

Die Verurteilung von Anhängern ausländischer Ideologien anhand des Verbotsgesetzes ist ein juristisches Novum. Bisher hatte unter roten wie schwarzen Wiener Regierungen sogar die Empfehlung an die Polizei gegolten, bei Feiern von Anhängern des kroatischen Faschismus' in Österreich von einer Strafverfolgung abzusehen, was vor allem von linker Seite mit scharfer Kritik bedacht worden war.

Noch vor der Verkündung des Urteils hatte das österreichische Innenministerium unter Herbert Kickl (FPÖ) für Mitte Dezember

> Muslimbruderschaft, Graue Wölfe und PKK neu auf der Liste

den Beschluss einer bereits ausgearbeiteten neuen Fassung des sogenannten Symbole-Gesetzes angekündigt, das bisher auf eine Ahndung islamistischer Propaganda abzielt. Durch die alte Fassung dieses Gesetzes von 2015 waren „Symbole“ sowie „Abzeichen und Embleme“ des Islamischen Staates und Al-Kaidas sowie ihres Umfeldes strafbewehrt. Die Neufassung schließt nun auch solche der Muslimbruderschaft, der türkisch-nationalistischen Grauen Wölfe, der kurdisch-linksseparatistischen PKK, der palästinensisch-islamistischen Hamas, des militärischen Arms der libanesisch-schiitischen Hisbollah und der Ustascha ein. Laut Kickl ist eine Ausweitung der Bestimmungen um die Insignien weiterer islamistischer sowie links- und rechtsextremer Bewegungen vorgesehen.

Zudem sollen jetzt erstmals auch die typischen Gesten dieser Gruppen explizit unter das Verbot fallen – und damit genau jene Symbole, aus denen sich in der mitteleuropäischen Diaspora regelmäßig tätliche Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Ausländerbünden und damit oft schwere Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit ergeben. Das Strafmaß wird wie bisher bei bis zu 4000 Euro oder einer Haft von bis zu einem Monat liegen, was sich im Wiederholungsfall auf bis zu 10 000 Euro beziehungsweise sechs Wochen Haft erhöht.

Eine genaue Festlegung der verbotenen Gruppen sowie der inkriminierten Symbole und Gesten soll bis März 2019 im Rahmen einer Verordnung erfolgen. Die ungleich härteren Strafen bei „nationalsozialistischer Wiederbetätigung“, die das im Verfassungsrang stehende Verbotsgesetz vorsieht, bleiben unverändert bestehen.

Thomas W. Wyrwoll

Soldaten gegen den Ansturm

USA sichern ihre Südgrenze gegen illegale Zuwanderer

Rund 8000 Menschen haben sich Mitte Oktober in Mittelamerika zusammengeschlossen und marschieren zu Fuß in Richtung der US-amerikanischen Grenze. Die meisten von ihnen stammen aus Honduras, einige auch aus Guatemala und El Salvador. Während der Zug über 3000 Kilometer durch Mexiko sehr friedlich verlief, von zahllosen Kameras und Hilfskonvois medienwirksam begleitet, ist in der mexikanischen Grenzstadt Tijuana die Stimmung gekippt. Hier schwenkten die Einwohner mexikanische Flaggen und zeigten Transparente mit der Aufschrift „Nicht noch mehr Karawanen“ oder „Raus mit den Invasoren“.

Nur noch der Grenzzaun trennt die Zuwanderungswilligen von den USA. Als Reaktion darauf hat US-Präsident Donald Trump weitere 5200 Soldaten an die Grenze zu Mexiko geschickt. Sie sollen die Grenzschutzbehörde und die bereits seit April an der Grenze stationierten 2100 Angehörigen der Nationalgarde bei der Sicherung der Grenze unterstützen. Trump versteht die Karawane als Angriff auf die USA und fordert die Menschen auf, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren. Dazu schrieb er bei Twitter: „Illegale Immigranten, die versuchen, in die USA zu kommen und oft stolz ihre Nationalfahnen schwenken, während sie in den Vereinigten Staaten um Asyl bitten, werden festgesetzt oder zurückgeschickt.“

Zusätzlich verschärfte Trump das US-Asylrecht, das per Präsidentenerlass ab jetzt nur noch an



Am Zaun ist Schluss Bild: Imago

offiziellen Grenzübergängen in Anspruch genommen werden darf. Die Zahl der pro Tag an jeder Grenzstelle möglichen Anträge wurde noch weiter auf 30 reduziert. Bis zur Entscheidung müssen die Antragsteller vor der Grenze kampieren. Haben sie irgendwelche Dokumente vergessen, ist der Antrag aussichtslos.

Auf Druck der USA, hatte Mexikos Präsident Enrique Pena Nieto den Menschen bereits ein Bleiberecht und Zugang zur Gesundheitsversorgung in Mexiko angeboten. Die meisten lehnen dieses Angebot jedoch ab. Das Bleiberecht setzt voraus, dass sich die Menschen registrieren lassen und entweder einen Antrag auf legale Einwanderung oder ein Asylgesuch stellen. Die meisten Asylgesuche von Menschen aus anderen mittelamerikanischen Staaten wurden bislang in Mexiko jedoch abgelehnt und die Betroffenen abgeschoben. Mexiko hat 2015 und 2016 mehr Menschen aus anderen zentralamerikanischen Staaten abgeschoben als sein nördlicher Nachbar.

Mit 8000 Menschen warten derzeit so viele auf Einreise in die USA wie im Jahre 2015 pro Tag nach Deutschland kamen – ohne Papiere, ohne Kontrolle und ohne jeglichen Versuch, die Grenze zu schützen, wie es jetzt die USA tun. Alle wurden reingelassen und sind heute noch da. Im Gegensatz zu den Menschen an der US-Grenze, bei denen es sich um Christen handelt, die oft schon Verwandte in den USA haben, hatten die Asylsucher, die 2015 nach Deutschland kamen, keinen Bezug zu ihrem Zielland. Trotzdem hat die Bundesregierung damals nichts getan, um den Strom zu stoppen. *Bodo Bost*

Kein großer Wurf

Mobilfunkstandard 5G: Bund wittert das große Geld und treibt Projektkosten in die Höhe

Die Bundesnetzagentur hat die Bedingungen bekannt gemacht, zu denen die Lizenzen für die fünfte Mobilfunkgeneration (5G) versteigert werden. Der neue Mobilfunkstandard soll die Grundlage für autonom fahrende Autos, das sogenannte Internet der Dinge und die Industrie 4.0 bilden. An den Vergabebedingungen kommt von verschiedenen Seiten Kritik.



Hoher Mobilfunkstandard „nicht an jeder Milchkanne notwendig“: Auch bei 5G bleibt der ländliche Raum abgehängt Bild: Imago

Einen ersten Entwurf hatte die Regulierungsbehörde bereits im September vorgelegt, die nun vorliegende nachgebesserte Fassung der Vergabebedingungen ist zum Teil drastisch verschärft worden. Bis Ende 2022 sollen die Telekom-Anbieter 98 Prozent aller Haushalte in einem Bundesland mit einer Internetgeschwindigkeit von mindestens 100 Megabit pro Sekunde versorgen. Alle Autobahnen, Bundes- und Landstraßen sowie wichtige Zugstrecken und Wasserwege sollen zudem bis Ende 2024 abgedeckt werden.

Mit diesen Rahmenbedingungen kommen auf die großen Netzbetreiber höhere Investitionskosten zu. Schätzungen für ganz Europa gehen von einer halben Billion Euro für den Aufbau von 5G aus. Der neue Standard erlaubt zwar nahezu in Echtzeit die Übertragung großer Datenmengen, allerdings ist die Reichweite geringer als etwa beim 4G-Netz (LTE). Im künftigen 5G-Netz müssen daher die Abstände zwischen den Basisstationen geringer sein. Für eine flächendeckende Versorgung werden die Netzbetreiber in Deutschland tausende neue Sendemasten aufstellen müssen. Entsprechend hoch war bei den Telekom-Unternehmen der Wunsch, die Mobilfunklizenzen günstiger als bei den bisherigen Vergaben zu erhalten, um im Gegenzug stärker in den Ausbau zu investieren. Dem steht die Erwartungshaltung beim Bund gegenüber, über die Versteigerung der Lizenzen möglichst viel einzunehmen. Speziell die gezahlten Lizenzkosten für den 4G-Mobilfunkstandard (LTE) gelten im Rückblick als überzogen und als Grund für die anhaltend hohen Verbraucherpreise.

Wegen der absehbar hohen Investitionskosten für 5G hatten Deutsche Telekom, Vodafone und Telefónica bis zuletzt versucht, die Auflagen zu lockern. Der Versuch war nur bedingt erfolgreich. Erfolgreich gewehrt haben sich die großen Mobilfunknetzbetreiber gegen Forderungen nach einer Diensteanbieterverpflichtung. Mit dieser würden Unternehmen ohne eigenes Netz einen Zugriff auf die 5G-Netze von Deutscher Telekom, Vodafone und Telefónica erhalten. Die Öffnung würde zu mehr Wettbewerb und zu günstigeren Preisen für die Verbraucher führen. Auf der anderen Seite müssen die großen Netzbetreiber fürchten, dass sich ihre hohen Investitionskosten für 5G weniger schnell amortisieren. Die Bundesnetzagentur hat auf eine Diensteanbieterverpflichtung verzichtet, stattdessen wurde den Netzbetreibern ein Verhandlungsgebot auferlegt, bei dem die Agentur als Schiedsrichter agieren will.

Aus Sicht des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) sind die Vergabebedingungen enttäuschend: „Der jetzt schon stagnierende Wettbewerb im Mobilfunkmarkt wird dadurch weiter zementiert“, so der vzbv-Chef Klaus Müller. Der Verbraucherschützer warnt zudem, dass das Problem von Funklöchern im ländlichen Raum noch eine Weile andauern werde.

Diskutiert wurde auch die Verpflichtung zu einem nationalen Roaming. Damit könnten Mobilgerätenutzer in einem Funkloch das Netz eines anderen Anbieters nutzen. Die Bundesnetzagentur hat Verpflichtung zum nationalen Roaming nicht in die Auktionsbedingungen aufgenommen, enthalten ist aber eine Empfehlung an die Netzbetreiber, über eine Kooperation zu verhandeln. In der Politik laufen nun Diskussionen, das Thema nationales Roaming in eine Novelle des Telekommunikationsgesetzes aufzunehmen.

Eine Roaming-Pflicht könnte vor allem den Ausbau außerhalb der Ballungszentren preiswerter machen und die Abdeckung auf dem Land erleichtern. Tatsächlich gibt es gerade für den ländlichen Raum hohe Erwartungen an den neuen Mobilfunkstandard. Abseits der großen Städte gibt es oft genug noch Probleme mit Funklöchern. Auch ist in vielen Dörfern und Kleinstädten der Nachholbedarf bei schnellen Internetverbindungen noch immer hoch.

Der hohe Datendurchsatz von 5G soll zudem die Digitalisierung der Landwirtschaft, etwa bei der automatischen Steuerung von Landmaschinen, voranbringen. Entsprechend scharf fielen einige Reaktionen auf eine Äußerung von Bundesforschungsministerin Anja Karliczek aus. Diese hatte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters gesagt, dass 5G „nicht an jeder Milchkanne“ notwendig sei. Aus Sicht der CDU-Politikerin sei man auch mit einem flächendeckenden 4G-Netz gut ausgestattet.

Karliczek wurde für diese Aussage auch aus dem Unionslager sehr deutlich kritisiert. Der niedersächsische Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) konterte etwa mit der Forderung „schnelles Internet bis an jede Milchkanne“. Digitalstaatsministerin Dorothee Bär (CSU) gab die Vernetzung jeder „Ackerfurche“ als Ziel aus. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

7,6 Millionen mit Minijob

Berlin – In Deutschland gibt es rund 7,6 Millionen sogenannte geringfügig entlohnte Beschäftigte. Darunter waren 4,7 Millionen ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte und 2,8 Millionen im Nebenberuf tätige Minijobber. Auf 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte kommen demnach 14 Minijobber. 260000 Menschen mit Minijob üben mindestens noch eine weitere geringfügig entlohnte Beschäftigung aus. 22 Prozent der ausschließlichen Minijobber verfügen über keinen Berufsabschluss, 42 Prozent über einen anerkannten nichtakademischen Berufsabschluss und sechs Prozent über einen akademischen Berufsabschluss. *J.H*

»Perspektivisch gigabitfähig«

Berlin – Deutschlandweit verfügen 8,5 Prozent der Haushalte über einen direkten Glasfaseranschluss (FTTB/H-Anschluss). Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion hervor. Wie die Regierung weiter schreibt, würden zugleich schrittweise die HFC-Kabelnetze (Kabelfernsehen) über die Ertüchtigung mit dem Standard DOCSIS 3.1 „perspektivisch gigabitfähig“. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.932.975.488.883 €
Vorwoche: 1.933.028.433.477 €

Verschuldung pro Kopf:
23.348 €
Vorwoche: 23.349 €

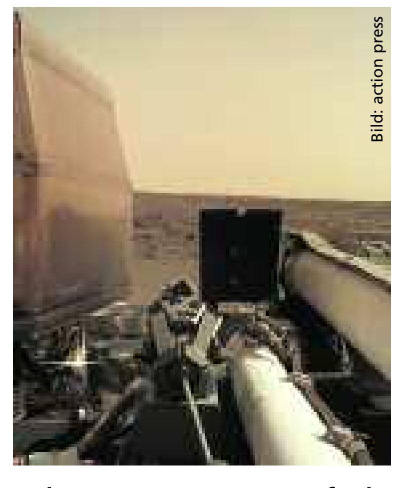
(Dienstag, 4. Dezember 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Mission Mars

Die achte Landesonde hat auf dem Roten Planten aufgesetzt

Die Worte „Touchdown confirmed“ (Landung bestätigt) um 20.52 Uhr und 59 Sekunden deutscher Zeit gingen am 26. November um die Welt. Die NASA-Raumsonde InSight startete am 5. Mai ihre fast 500 Millionen Kilometer lange Reise auf den roten Planeten, benannt nach dem römischen Kriegsgott Mars, und landete auf die Minute genau auf unserem Nachbarplaneten, der etwa halb so groß ist wie die Erde und nur rund ein Drittel ihrer Masse besitzt. Ziel der fast 650 Millionen Euro teuren Marsmission ist die Erkundung des Mars-Inneren. InSight steht für „Interior Exploration using Seismic Investigations, Geodesy and Heat Transport“, was mit Erkundung des Inneren durch seismische Untersuchungen, Geodäsie und Wärmetransport übersetzt werden könnte. Und damit sind auch die drei Experimente der mit zwei Kameras ausgestatteten Sonde benannt.

Das vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) entwickelte HP3, kurz für „Heat Flow and Physical Properties Package“, ist ein Bohrhammer, der sich bis zu fünf Meter in die Marsoberfläche hämmert, um aus den Messdaten der Wärmeleitfähigkeit und Temperaturunterschiede Rückschlüsse auf den thermischen Zustand des Marskerns und die chemische Zusammensetzung sowie den Aufbau des Planeten zu ziehen. Außerdem können so Modelle der Planetenentwicklung – auch der Erde – ermöglicht werden. Ein Roboterarm wird dieses Experiment Anfang Januar 2019 auf die Marsoberfläche setzen.



Roboterarm-Kamera: Aufnahme der Marsumgebung Bild: action press

Doch bereits im Dezember soll das Experiment SEIS, „Seismic Experiment for Interior Structure“, federführend entwickelt von der französischen Weltraumagentur CNES unter Beteiligung des Max-Planck-Instituts für Sonnensystemforschung in Göttingen, aufgesetzt werden. SEIS misst Beben und Asteroidenaufschläge mit verschiedenen Frequenzen, um grundlegende Einblicke in den inneren Aufbau des Mars zu liefern, wie es auf der DLR-Internetseite heißt. Diese helfen wiederum bei der Eingrenzung der möglichen Entstehungsszenarien terrestrischer Planeten.

Schließlich wird das dritte Experiment der 360 Kilogramm schweren Sonde, RISE (Rotation and Interior Structure Experiment), Schwankungen der Neigung der Rotationsachse des Mars messen, woraus eine ungleiche Massenverteilung im Inneren des roten Planeten abgeleitet werden kann. Die NASA, deren Fernziel die bemannte Marsmission ist, erhofft sich daraus Hinweise auf den Zustand des Kerns.

Novum war der Einsatz zweier Kleinsatelliten an einem anderen Himmelskörper. Diese haben die InSight begleitet und bei der kritischen Landephase die Kommunikation zwischen der Sonde und dem Mars Reconnaissance Orbiter der NASA aufrechterhalten.

Eine weitere Marsmission ist für 2020 angesetzt. Die ESA-Mission „ExoMars“ soll die Ergebnisse der Curiosity von 2012, die zwar Bausteine des Lebens, aber keine Lebensspuren entdeckt hat, weiterführen, und zwar mithilfe eines Rovers, der bis zu zwei Meter tief in die Oberfläche bohren kann. *CRS*

Perle in chinesischer Hand

Beim Roboterhersteller Kuka herrscht schlechte Stimmung

Till Reuter, der Chef des von chinesischen Investoren übernommenen Augsburger Roboterherstellers Kuka, hat überraschend seinen Vertrag frühzeitig aufgelöst und verlässt das Unternehmen. Kuka war vor zwei Jahren von dem chinesischen Hausgerätehersteller Midea übernommen worden. Er stand bei Kuka knapp zehn Jahre lang an der Spitze und führte den Roboterbauer auch aus einer wirtschaftlichen Krise. Sein Vertrag war erst vor einem Jahr bis Ende März 2022 verlängert worden. Der ehemalige Investmentbanker Reuter hatte die Übernahme des deutschen Technologieführers im Robotikbereich durch Midea befürwortet und mitgetragen. Der Einstieg des Konzerns aus dem südchinesischen Foshan war von einer heftig geführten Diskussion begleitet. In der deutschen Öffentlichkeit wurden Befürchtungen laut, es könnte zu einem Ausverkauf deutscher Technologieperlen an China kommen.

Tatsächlich zählt Kuka weltweit zu den technologisch führenden Herstellern von Industrierobotern. Vor der Übernahme hatten Kuka und der chinesische Investor im Jahr 2016 eine Vereinbarung unterzeichnet, in der Midea sehr weitgehende Zusagen machte, die bis 2023 gelten sollen. Die Vereinbarung umfasste eine Standort- und Beschäftigungsgarantie sowie eine zur Unabhängigkeit des Kuka-Vorstands. Trotz dieser Vereinbarung gilt der Verkauf des führenden deutschen Roboterbauers an einen chinesischen Investor als Auslöser für die Verschärfung der Außenwirtschaftsverordnung. Die Bundesregierung verschärfte im Juli 2017 die Kontrollen beim Erwerb von deutschen Unternehmen durch ausländische Investoren. Unter anderem erhielt das Bundeswirtschaftsministerium erweiterte Befugnisse.

> Verkauf wird heute als Fehler angesehen

Vor dieser Neuregelung hatten EU-Kommissar Günther Oettinger und der damalige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) erfolglos versucht, europäische Unternehmen zu einem Gegenangebot zu bewegen, um den Verkauf nach China zu verhindern. Inzwischen hat sich Gabriel auch zum Führungswechsel bei Kuka geäußert. Gegenüber dem „Handelsblatt“ sagte er: „Mit Till Reuter geht nicht irgendjemand, sondern die Person, die für viele als Garant für Standortsicherheit und eine angemessene unternehmerische Unabhängigkeit stand.“ Gabriel sagte auch, er habe als Bundeswirtschaftsminister die Übernahme von Kuka durch chinesische Investoren kritisch gesehen, „aber verhindern konnten wir sie gegen den Willen der alten Eigentümer letztlich nicht“.

Zum Hintergrund der Ablösung von Till Reuter berichtete die „Augsburger Allgemeine Zeitung“, dass es zwischen dem bisherigen Kuka-Chef und dem chinesischen Mehrheitseigner zu Unstimmigkeiten gekommen sei, weil dieser mehr Einfluss auf das Tagesgeschäft hatte nehmen wollen. Laut „Handelsblatt“ ist Midea enttäuscht von den Umsatzzahlen, die Kuka auf dem chinesischen Markt erzielt. Wie weiter berichtet wird, erwartet Midea von dem Augsburger Roboterhersteller eine neue ökonomische Ausrichtung und auch ein stärkeres Engagement in China. Midea soll sich zudem wünschen, dass Kuka mehr Forschung und Entwicklung nach China verlagert. Der Mehrheitsaktionär Midea erklärte nach der Trennung von Reuter, dass die Investorenvereinbarung mit Kuka unverändert weiter gelte. *N.H.*

Bloß nicht grübeln

Von Volker Wittmann

Die Weihnachtszeit war in Deutschland von jeher eine besinnliche Angelegenheit. Doch wer im Advent des Jahres 2018 ins Grübeln gerät, dem wird bald alles andere als feierlich zumute. Klobige Betonklötze und Verhaue allerorten schmälern das Behagen an Glühwein und Lichterglanz. Auch patrouillierende Polizisten mit Maschinenpistolen heben die Festtagsstimmung eher nicht. Immerhin dürften Frauen unter den Augen des Gesetzes weniger begrapscht werden als in dunkler Silvesternacht zu Köln.

Doch Zuwanderer-Misere hin, Terrorismus her! Schließlich will man sich die Feiertage nicht verderben lassen. In den meisten Medien kommen ohnehin nur Leute zu Wort, denen es angeblich gleichgültig ist, ob Mitmenschen vergewaltigt, erschossen, zerquetscht, erstochen oder in die Luft gesprengt werden. Doch dazu gehört ein ausnehmend dickes Fell, wenn es denn wahr wäre, was sie sagen.

Mancherorts müssen sich Besucher der Weihnachtsmärkte durch enge Kontrollstellen zwängen, während die Außengrenzen der kunterbunten Republik sperrangelweit offen stehen. Wieder wird man daran erinnert, dass der unkontrollierte Zustrom wildfremder Menschen seit der verhängnisvollen Fehlentscheidung von 2015 andauert.

Beim Stöbern nach Geschenken für Kinder oder Enkel fragt sich mancher unwillkürlich, wie das enden soll. Schon jetzt krankt die Förderung des eigenen Nachwuchses in Schulen, Ausbildung und Beruf an allen Ecken und Enden. Dafür fehlen die Mittel. Angela Merkel hat keine Kinder. Darum kennt die Kanzlerin solche Sorgen nicht.

Marktbesucher werden kontrolliert, Grenzen stehen offen

Politik und Medien kümmern sich anscheinend vor allem um den Unterhalt von derzeit 1,7 Millionen Asylsuchern im Land. Den Deutschen gedenken sie, ein Danaergeschenk in den Adventskranz zu winden. Es sollen nämlich noch mehr kommen. Jedenfalls will die Bundesregierung den Globalen Migrationspakt der UNO unterzeichnen.

Mit den Vereinten Nationen und der Europäischen Union hat die Frau an der Spitze des Staates viel im Sinn. Wir sind ja so ganz schrecklich international! Haben ihr doch beflissene Schmeichler bescheinigt, die mächtigste Frau der Welt zu sein. Entsprechend großzügig reiste sie unlängst mit der Gießkanne durch Afrika, um brennende „Fluchtursachen“ mit Milliarden von Euros zu löschen.

Eher gering achtet sie das kleine Deutschland, wo die braven Michel das Geld verdienen, mit dem die Chefin weltweite Lokalrunden schmeißt. Mancher Rentner rätselt unterdessen, ob es dieses Jahr noch für einen kleinen Weihnachtsbaum reicht, während er die Mülleimer am Rand eines Weihnachtsmarkts durchsucht.

Die EU will alles – weltweit

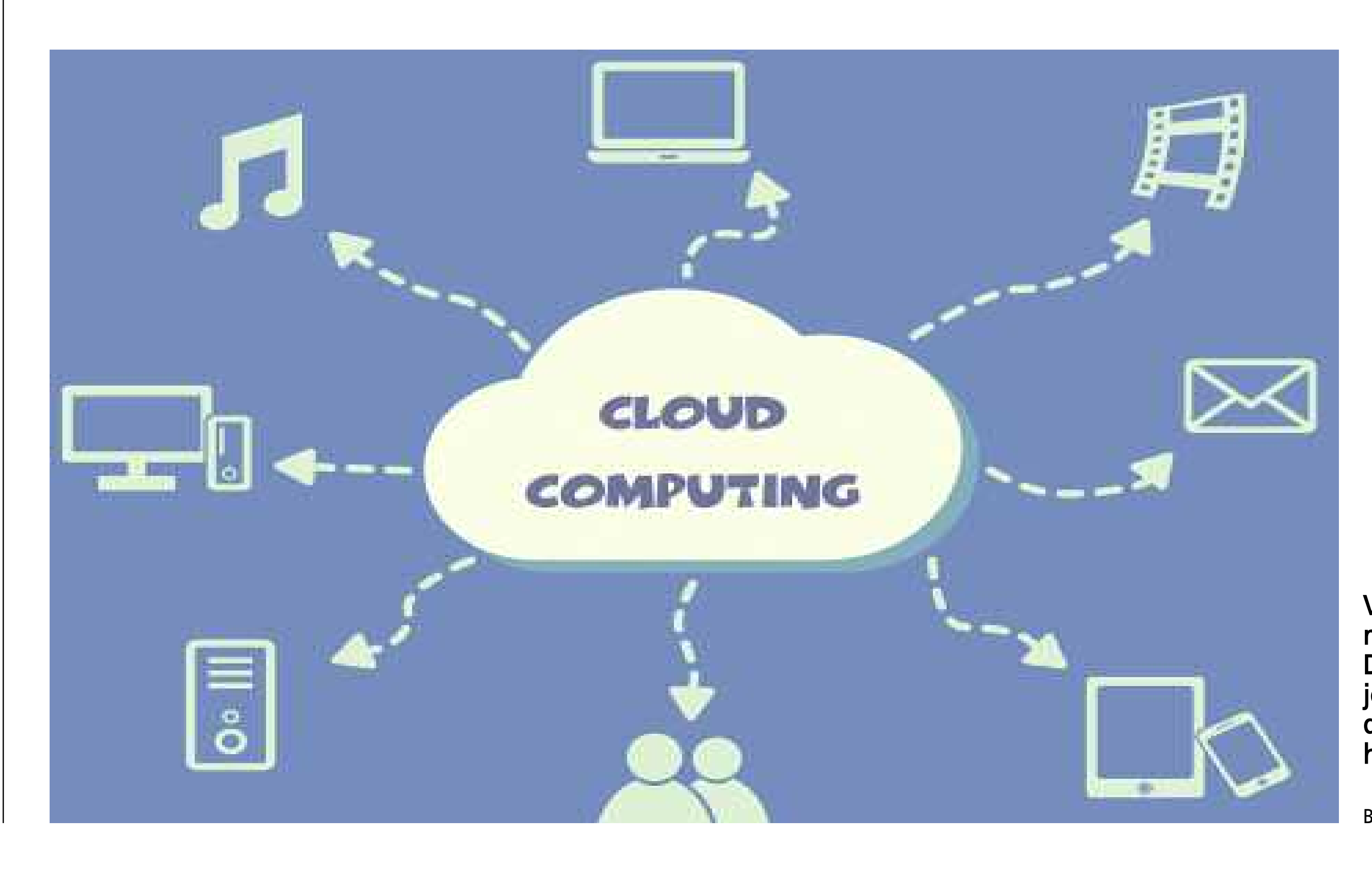
Von Rolf Stolz

Seit Längerem wird in den Brüsseler Hinterzimmern intensiv an einer „E-evidence-Verordnung“ gearbeitet, um direkt über Polizei und Justiz auf elektronische Daten in aller Welt zugreifen zu können. Begründet wird das nicht etwa mit dem allgemeinen Menschenrecht auf Allwissenheit und grenzenloses Schnüffeln, sondern – wen wundert das? – mit der Terrorgefahr. Statt wie bisher per Rechtshilfeverfahren vorzugehen, sollen jetzt alle Strafverfolger der EU-Länder notfalls binnen weniger Stunden und auch in Drittstaaten außerhalb Kleineuropas an E-Beweismittel gelangen: an Dokumente, E-Briefe und was noch so alles in der ominösen „Cloud“, dieser angeblich so sicheren Datenwolke, herumfliegt. Ohnehin haben die Dienstleister hierzulande die Pflicht, alle Verkehrsdaten zehn Wochen lang aufzubewahren, was lediglich momentan nach verschiedenen Gerichtsentscheidungen ausgesetzt ist. Zusätzlich fragwürdig: Erst wenn sich eine Firma weigert, Daten herauszugeben, erfährt der Staat, in dem sie ihren Sitz hat, von der Anfrage.

Würden Ehrenleute, also etwa Monsieur Maigret junior oder Miss Marples uneheliche Tochter, nach organisierten Kriminellen, Päderasten und Terroristen (und nur nach ihnen!) fahnden, wäre kein Grund zur Sorge. Allerdings machen sich hier Ministeriale eine Verordnung, deren Chefs mit chirurgischen Militäreingriffen im Nahen Osten die Geburtshelfer lokaler Terrorbanden waren und 2015 Islamisten mit zwei Dutzend Identitäten als Neusiedler willkommen hießen. Aus guten Gründen protestierte daher die Konferenz der unabhängigen Datenschützer von Bund und Ländern (DSK) in Münster gegen die vorliegenden Entwürfe und verwarf sie als Eingriff in Grundrechte. Denn alle Bestands-, Zugangs-, Transaktions- und Inhaltsdaten sollen von den Anbietern an die Ermittler ausgeliefert werden. Dies gilt selbst dann, wenn die fragliche Tat nur in einem der beteiligten Staaten strafbar ist. Ohnehin gelten die deutschen Schutzvorschriften des Richtervorbehalts im Ausland nicht. Ein Betroffener müsste seine Klage im Ausland, in einer ihm völlig fremden Rechtsordnung, einreichen. Welcher deutsche Rechtsanwalt kennt sich zum Beispiel aus mit dem „US-Cloud-Act“ – ganz abgesehen von der Frage: Wer soll das bezahlen?

Es handelt sich also um eine Vorratsdatenspeicherung zum Quadrat – mit der Möglichkeit, Schlüsse auf das Privatleben, auf Kontaktverhalten und Interessenprofil zu ziehen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Drittstaaten den EU-Entwurf als Blaupause für eigene Machenschaften nehmen. Dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan beispielsweise könnte hier ein Einfallstor geboten werden, um in Deutschland Gegner seiner Diktatur auszuforschen und den langen Arm seines Geheimdienstes MIT noch zu verlängern. Jeder, der gegen ihn ist, gilt ihm bekanntlich als Putschist und Terrorist.

Fazit: Statt immer neue Papiertiger zu reiten, sollten die Brüsseler Bürokraten sich darauf konzentrieren, die Menschen in der EU vor Verbrechen und Verbrechern zu bewahren.



Vor der EU nicht mehr sicher: Daten, die fast jeder von uns in der „Cloud“ hinterlässt

Bild: Colourbox

Gegenwind



Rohstoff Geist?

Von Florian Stumfall

Dieser Tage wurde das Grundgesetz wieder einmal geändert, es dürfte bald das 60. Mal sein seit dem Inkrafttreten im Jahre 1949. In fast allen Fällen geschah dies zum Nachteil der Bundesländer, das heißt, der Bund zieht unentwegt Zuständigkeiten von den Ländern ab, verschärft auf diese Weise den Zentralismus und stellt das föderale System in Deutschland mehr und mehr in Frage. Der Gründe, warum sich die Länder das gefallen lassen, sind viele: unter anderen Angst vor dem Vorwurf der Kleinstaaterei, Sympathien für eine zentralistische Ordnung und nicht zuletzt die Frage nach den Finanzen.

So, wie es jetzt bei dem jüngsten Beispiel wieder geschehen ist, hat es Tradition: Der Bund kauft sich mit finanziellen Beteiligungen in Zuständigkeiten ein, die den Ländern eigen sind, und diese haben nicht Mut noch Lust, Gelder auszuschlagen, die ihnen vom Bund scheinbar geschenkt werden. Diesmal handelt es sich um die Bildungspolitik – eine reine Ländersache, weswegen das Dreinregieren des Bundes bislang unzulässig war. Jetzt ist es erlaubt, ganz nach der früher geübten Methode der Mischfinanzierung zwischen Bund und Ländern.

Bildung ist natürlich ein sensibles Thema, da will niemand den Eindruck erwecken, er lege einer gedeihlichen Entwicklung Steine in den Weg. Also verkaufen die Länder ein ureigenes Recht um einiger Computer und anderer technischer Hilfsmittel willen und tragen so dazu bei, die verfassungsmäßige Grundstruktur dieses Landes ein weiteres Mal in Richtung Zentralismus zu verschieben. Das fällt umso leichter, als man sich an das Kommandosystem durch das Brüsseler Beispiel längst gewöhnt hat.

Nun könnte man sagen, wir lebten vom Rohstoff Geist, wie uns die Politiker ein ums andere Mal versichern, da heißt es, nicht kleinlich sein und auch einmal ein Opfer bringen. Ja, wenn es denn daran läge! Was als Bildungsmisere beklagt wird, hat mit fehlender Ausrüstung und zu wenig Lehrkräften nichts zu tun. Das Problem ist selbstgemacht, herbeigeführt durch zahllose sogenannte Reformen, die aus einem geordneten Lehrbetrieb – von der Grundschule bis zur Universität – auf weiten Strecken ein absurdes Theater gemacht haben.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Was die Schüler angeht, so sorgt man sich weniger darum, dass sie lernen sollten, sondern um die Frage, ob sie denn nicht unter Stress leiden könnten. Der klassische Frontalunterricht ist meist abgeschafft, obwohl er die besten Erfolge zeitigt, denn er gilt als Ausdruck von Autorität. Lehrer und Schüler kumpeln und duzen einander. Noten sind repressiv und werden abgeschafft, ebenso wie die Notwendigkeit, bei unzureichenden Leistungen ein Jahr zu wiederholen.

Was an Autorität der Lehrkräfte verloren geht, wird ersetzt durch Faustrecht. Eine Untersuchung aus Nordrhein-Westfalen ergab, dass jeder fünfte Hauptschüler schon einmal einen anderen behandlungsreif geschlagen hat. Auch Lehrer sind gefährdet. Nach einer Umfrage unter 1200 Schulleitern allgemeinbildender Schulen in Berlin gab es in den vergangenen fünf Jahren an der Hälfte der Institute direkte psychische Gewalt und an jedem vierten körperliche Gewalt gegen Lehrer. In vielen Schulen sieht man sich genötigt, den Schülern das Tragen von Waffen zu untersagen.

Bei den allfälligen Schlägereien bis hin zur schweren Körperverletzung geht es meist um „verletztes Ehrgefühl“. Es fällt schwer, in diesem Beweggrund den Ausdruck eines mitteleuropäischen Kulturempfindens zu sehen. So stellt es denn wahrscheinlich auch keine bloße Korrelation, sondern eine Kausalität dar, dass diese Entwicklung an den Schulen synchron geht mit der steigenden Zuwanderung. Dazu passt eine Zahl aus den deutschen Landeskriminalämtern von zehn Bundesländern. Danach hat die Gewalt an Schulen in den vergangenen Jahren um 114 Prozent zugenommen. Die meisten Delikte waren schwere Körperverletzungen.

Es kann natürlich nicht verwundern, dass die einschlägigen Studien keine Gründe für die Gewalt oder gar ihre Zunahme nennen. Da steht wieder die politische Korrektheit im Wege. Nur sehr zurückhaltend räumte die Lehrergewerkschaft „Verband Bildung und Erziehung“ ein, dass es Konflikte geben könnte, „wenn etwa Grundschüler aus anderen Kulturen in ihrem Elternhaus nicht gelernt haben, mit der Rolle der Frau klarzukommen und Lehrerinnen weniger Respekt entgegenbringen“. Wieso sollen, um es deutsch zu sagen, Mohammedaner nicht mit der Rolle der Frau zurechtkommen? Sie können das sehr gut, doch ist bei ihnen diese Rolle eben eine völlig andere als bei uns in Europa.

Nach einem Bericht der UNESCO fehlen in Deutschland rund 42 000 Lehrer für Kinder von Zuwanderern. Das sollte vor allem all denen zu denken geben – allen voran der Kanzlerin –, die wichtigere Dinge für die Politik sehen als die Zuwanderung, etwa die Bildung. Doch auch die 42 000 zusätzlichen Lehrer werden nichts ausrichten, wenn sie keine Disziplin durchsetzen können und riskieren, von ihren Schülern verprügelt zu werden. Doch dann kommt von der UNESCO noch ein Lob für Deutschland: Das Land tut sich hervor bei der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen. Was bedeutet das? Nichts anderes, als dass man um der politischen Korrektheit willen auf die hiesigen Standards verzichtet und ein gestempeltes Formular als den Nachweis einer Leistung ausgibt. Das ist dieselbe Methode, mit der die Zahl der Abiturienten vervielfacht wurde – wenn man die Ansprüche weit genug senkt, findet man mehr Leute, die ihnen genügen.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Es sollte nicht einmal die Bildungspolitiker erstaunen, dass bei solchen Voraussetzungen nicht die wünschenswerten Leistungen erbracht werden können, nicht von den Lehrern und schon gar nicht von den Schülern. Da sich aber die Malaise von der Grundschule über die weiterführenden Schulen fortsetzt, hat schließlich die Universität darunter zu leiden. Hier müssen oftmals Kenntnisse vermittelt werden, die nicht etwa das Abitur-Niveau beschreiben, sondern die Voraussetzung für die Aufnahme ins Gymnasium bilden. Die Universität Regensburg begrüßt die Damen und Herren Jungakademiker zu einer „Orthografie- und Normberatung“. Diese „erfolgt in allen Teilbereichen der deutschen Rechtschreibung einschließlich des Bereichs der Interpunktion (Zeichensetzung)“. Das ist für Studenten, denen man nicht einmal die Kenntnis des Fremdwortes „Interpunktion“ zutraut! Rechtschreibnachhilfe an der Hochschule! Schließlich leben wir vom Rohstoff Geist! Ach!

Wenn es doch nur Regensburg wäre, wo derlei geschieht. Doch das Phänomen ist flächendeckend. Die Bergische Universität Wuppertal verspricht in 90-minütigen Workshops „einen Überblick über relevante Aspekte der deutschen Rechtschreibung“. In eineinhalb Stunden also lernen dort die Studienanfänger alles, was sie in zwölf Jahren versäumt haben.

Crash-Kurse von eben dieser Art bietet auch die Universität Duisburg Essen an. Dort findet man unter anderem „Kurse, die den Umgang mit Texten und die Gestaltung von Schreibprozessen unterstützen“. Umgang mit Texten? Gestaltung von Schreibprozessen? Wo haben denn die jungen Leute ihr Abitur gemacht? In der Baumschule?

Den links-grünen Bildungspolitikern bis weit hinein in die Unionsparteien ist eines nicht klar: Ihr Kampf gegen den Elitegedanken, der jedem Bildungsbemühen innewohnen muss, soll zwar die Gleichheitsideologie fördern, doch er führt zum Gegenteil. Das Ergebnis ist nämlich keine Gleichheit, sondern nur eine Verminderung der Zahl der Eliten. Das sind diejenigen, die Privatschulen besuchen können, wo tatsächlich zum Bildungserfolg auch das Geld gehört.

Ein zweiter Fall Pasternak

Er gab den GULag-Opfern eine Stimme und erhielt den Nobelpreis – Der Autor Alexander Solschenizyn

Der russische Literaturnobelpreisträger Alexander Solschenizyn hat in seinen Werken den Millionen Opfern, die in den Straflagern Stalins unschuldig ums Leben kamen, eine Stimme gegeben. Vor 100 Jahren wurde er geboren: am 11. Dezember 1918.

13. Februar 1974: Auf dem Frankfurter Flughafen landet ein sowjetisches Passagierflugzeug. Ein bärtiger Mann fortgeschrittenen Alters entsteigt der Maschine. Unten sieht er einen kleinen Pulk von Menschen. Viele klatschen. Andere fotografieren ihn. Leicht verstört geht der Mann die Gangway hinunter. Dann wird er zu einem Auto geführt und in die Nordeifel ins Dorf Langenbroich chauffiert. Zu Heinrich Böll, der hier ein Sommerhaus besitzt.

Bei dem Ankömmling handelte es sich um Alexander Solschenizyn. Tags zuvor war er verhaftet und dann am folgenden Tag von Männern des KGB in ein Flugzeug gesteckt und außer Landes geflogen worden. Ziel war die Bundesrepublik, die sich zur Aufnahme des ausgestoßenen Dissidenten bereit erklärt hatte.

Am liebsten hätte die sowjetische Führung den unbequemen Schriftsteller erneut in ein Lager oder in die Verbannung geschickt. Nach abfälligen Äußerungen über Stalin war er dort schon einmal von 1945 bis 1953 gelandet.

In der Zeit des politischen „Tauwetters" erschien dann sein aufsehenerregender Roman „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch", der den Lageralltag eines einfachen Häftlings ungeschminkt schildert und den Autor über Nacht im Inland (und schon bald auch im Ausland) bekannt machte. Kein Geringerer als der damalige Ministerpräsident Chruschtschow hatte sich für die Veröffentlichung des Werks eingesetzt.

Doch spätestens nach Chruschtschows Sturz im Oktober 1964 herrschte erneut kulturpolitische Schlechtwetterlage. Die Schriftsteller hatten wieder parteikonform und im Sinne und Stil eines verlogenen „sozialistischen Realismus" zu schreiben. Doch Solschenizyn verweigerte sich. Er wurde diffamiert und ausgegrenzt. Im September 1973 war es dann dem KGB gelungen, das Versteck ausfindig zu machen, in dem er ein Manuskriptexemplar seines hochbrisanten Werkes „Archipel Gulag" verwahrt hatte. In ihm dokumentiert Solschenizyn, gestützt auf Berichten von Hunderten überlebender Augenzeugen, die Existenz und Funktionsweise jenes kommunistischen KZ-Systems, dessen Lager im ganzen Land verteilt waren und der „GULag" (russ. Abkürzung für „Hauptverwaltung der Lager") unterstanden.

Millionen von Gefangenen – unter ihnen zahlreiche gläubige Christen und politisch Andersdenkende, selbstständige Bauern („Kulaken") und überhaupt solche, die willkürlich als „Saboteure" bezeichnet oder zu „Volksfeinden" erklärt wurden – sind in diesen Lagern, in denen sie schwerste Sklavenarbeit für den Aufbau der sowjetischen Wirtschaft leisten mussten, ums Leben gekommen. Ihrem Gedenken fühlte sich Solschenizyn verpflichtet.



Rehabilitierter Dissident: Solschenizyn (l.) empfing 2007 Russlands Staatspräsidenten Putin Bild: pa

Doch nun war das Werk in die Hände des KGB gelangt. Zum Glück aber hatte Solschenizyn bereits den größten Teil des Manuskriptes in den Westen schmuggeln lassen und veranlasste zum Ärger des Geheimdienstes als auch der sowjetischen Führung den Druck. Doch den Autor wie einst ins Gefängnis oder in die Verbannung zu schicken, erschien nicht opportun. Denn dafür war der Schriftsteller, der 1970 womöglich auch deswegen den Literaturnobelpreis erhalten hatte, weil ihn der Westen im Kalten Krieg zum zweiten Fall Pasternak erheben wollte, zu prominent. Außerdem war gerade Entspannungspolitik mit dem Westen angesagt. Daher die Entscheidung, ihn abzuschieben.

Nach einem kurzen Aufenthalt bei Heinrich Böll hält sich Solschenizyn für einige Monate in der Schweiz auf. Danach lässt er sich in den USA nieder. Hier schreibt er weiter an seinem mehrbändigen Roman „Das Rote Rad", in dem er nicht nur einzelne markante Ereignisse und Schlachtverläufe des Ersten Weltkrieges – soweit sie Russland betreffen – schildert, sondern auch den Hintergrund und die Entstehung der Russischen Revolution ausschweifend darstellt. Wie schon sein „Archipel Gulag" sprengt dieses Monumentalwerk durch kryptische Anreicherung von Dokumentarmaterial das Roman-Genre und wirkt mehr wie ein geschichtliches Sachbuch.

Wie in seinem Heimatland, so blieb Solschenizyn auch in den USA der unangepasste Einzelgänger, der er immer war. Nach seiner Lagerzeit und der Überwindung eines Krebsleidens, das er 1967 im Roman „Krebsstation" verarbeitet hatte, bekannte er sich zum russisch-orthodoxen Glauben und zu wertkonservativen Vorstellungen. Der materialistische, konsumorientierte Lebensstil gefiel ihm nicht. Auch warf er dem Westen Nachgiebigkeit gegenüber dem Kommunismus vor.

Im Mai 1994 kehrte er nach Russland zurück. Der Kommunismus hatte hier inzwischen abgedankt. Doch was jetzt an seiner Statt Einzug gehalten hatte, entsprach nicht den Vorstellungen Solschenizyns von einer politischen und moralischen Wende in seinem Land. Dabei war er weder Anti-Demokrat noch Monarchist, wie ihm seine Gegner unterstellten. Er war aber überzeugt, dass für ein so riesiges Land wie Russland mit seinen unterschiedlichen Nationalitäten und Religionen eine starke Zentralmacht von Nöten sei.

Von Putin, mit dem er verschiedentlich zusammengekommen war, hatte sich Solschenizyn allerdings zu viel versprochen und ihn offensichtlich auch zu naiv eingeschätzt. Immerhin aber veranlasste dieser schon bald nach Solschenizyns Tod am 3. August 2008, den „Archipel Gulag" in einer von Solschenizyns Witwe gekürzten Ausgabe zur Pflichtlektüre an den Schulen zu machen. Jenes Buch, welches das Weltbild so mancher Linker durcheinandergebracht hatte, da sich die unliebsame Wahrheit über den Staatsterror im sozialistischen „Musterstaat" nicht mehr länger leugnen und als Übergangsepisode abtun ließ. *Matthias Hilbert*

Keine Angst vor der Leere

Meister der Wimmelbilder – Wien zeigt eine der größten Bruegel-Ausstellungen, die es je gab

Aus Anlass von dessen 450. Todestag im kommenden Jahr ist in Wien die größte Ausstellung aller Zeiten mit Werken Pieter Bruegels des Älteren zu sehen. Etwa das halbe Gesamtwerk ist vereint. Bruegels geistreiche und komplexe Bilderzählungen sind von zeitloser Wirkung und Faszination. Er entwickelte eine virtuose Bildsprache, durch die er den Schrecken seiner Zeit und den Abgründen des Menschen mit Gelächter begegnete.

Besonders viele Leihgaben mussten dafür nicht einmal akquiriert werden, denn fast ein Drittel der noch erhaltenen Bruegels befinden sich sowieso in Wien – den Habsburgern sei's gedankt. Es ist trotzdem eine Weltsensation, denn die Werke dieses Meisters werden kaum mehr auf Reisen geschickt.

Zum ersten Mal überhaupt werden Bruegels Gemälde, Zeichnungen und Grafiken gemeinsam in einer Ausstellung gezeigt, was in diesem Umfang nur durch großzügige Leihgaben möglich war. Das Gesamtwerk umfasst etwa 40 Gemälde, 60 Zeichnungen und 80 Grafiken. Viele davon verlassen für die Wiener Ausstellung zum ersten Mal ihre Heimatorte. Wer diese auf lange Sicht größte Bruegel-Ausstellung verpasst, hat sicher keine zweite Gelegenheit, diese Werkschau zu sehen. Zur Eröffnung kam sogar das belgische Königspaar. Der im niederländischen Breda geborene Bruegel starb in Brüssel.

Pieter Bruegel der Ältere (um 1525/1530–1569) ist als Schöpfer teilweise überaus populärer Werke einer der wichtigsten flämischen Maler des 16. Jahrhunderts. Die Verbindung seiner Bilder zu Wien hat geschichtliche Gründe. Die Versendung unersetzlicher Werke wie „Der Triumph des Todes" aus dem Prado in Madrid, „Die Heuernte" aus dem Palais Lobkowicz in Prag oder „Die Anbetung der Könige im Schnee" aus der Sammlung Oskar Reinhart in Winterthur erforderte enorme logistische, konservatorische und versicherungstechnische Vorbereitungen.

Für die Leihgabe des letztgenannten Bildes hatte man in der Schweiz sogar ein Gesetz geändert. Manche Bilder, etwa drei auf „Tüchlein" gemalte, sind aber nicht verleihbar.

In der Wiener Ausstellung werden die Werke nicht allein als achtungsgebietende Ikonen der abendländischen Kunst inszeniert, sondern sie können von den Besuchern sozusagen erforscht werden. Dies funktioniert mit zahlreichen Begleitmedien, beispielsweise Vergrößerungen, Spezialfotografien (UV- und Infrarot-Licht) und anderen technischen Hilfsmitteln, die verschiedene Farbschichten erkennbar machen und damit einen tiefen Einblick in Bruegels Arbeitsweise ermöglichen.



Bild: Kunsthistorisches Museum Gemäldegalerie/KHM-Museumsverband

Als es noch Winter gab: Bruegels „Die Jäger im Schnee" (1565)

Darin liegt ganz sicher ein hoher Wert dieser Ausstellung, denn die Besucher können sich auf diese Weise einen starken Eindruck davon verschaffen, was alles hinter der obersten Schicht liegt, was alles erforscht wird und was die Neugier auf mehr wecken kann. Für die Aura der Bilder bleibt noch genug Raum. Dieses Konzept kann man gar nicht hoch genug preisen in unserer Zeit, deren Ausstellungen sonst oft den „Horror vacui", die Angst vor der Leere, spürbar machen, der Kuratoren befällt, wenn sie nicht wissen, was sie zwischen Animation, technischem Getue und Rätsel-Rallye eigentlich Gewichtiges zu sagen hätten. Hier, bei Bruegel, ist es eine ganze Menge, und man kommt aus der Ausstellung mit einer gewissen Erleuchtung hinsichtlich des Machbaren in der Kunstforschung heraus.

Hinter der Ausstellung liegen sechs Jahre internationale Forschung. Kuratorin Sabine Pénot sieht darin „den Schlüssel zum Erfolg". Gleichwohl liegt in dieser extremen Durchdringung dieser Werke – eines ist zugunsten der „materiellen Aspekte des Werkes" rahmenlos von vorne und auch von hinten zu betrachten – auch eine kleine Entzauberung, denn hier wird vom Konzept der reinen Bild-Präsentation abgegangen und die Inszenierung ein bisschen in Richtung Gerichtsmedizin verschoben. Die Magie früherer Werkschauen wird geopfert, an ihre Stelle tritt eine neue.

Diese analytische Herangehensweise wird dem Werk dieses Malers in besonderer Weise gerecht, denn in jedem seiner Bilder gibt es eine Vielzahl von Details zu entdecken, Parallelen zum Werk Hieronymus Boschs treten deutlich in Erscheinung. Jedes einzelne der gezeigten größeren Gemälde kann für sich einen Nachmittag füllen. Der deutlich hervortretende Humor des Malers, seine Gesellschaftskritik und der weise Blick auf den Lauf der Welt (Beispiel: „Der Triumph des Todes") ziehen den Besucher in ihren Bann.

Zwischen den weltberühmten Bruegel-Klassikern gibt es auch jede Menge zu entdecken, insbesondere bei den Druckgrafiken, etliches bleibt rätselhaft. Es kann sein, dass diese Ausstellung bei manchem Besucher am Beginn einer noch lange anhaltenden Beschäftigung mit diesem Maler steht. *Alexander Glück*

Bis 13. Januar, Kunsthistorisches Museum Wien, Maria-Theresien-Platz, 1010 Wien, geöffnet täglich 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr, Eintritt: 20 Euro. Internet: www.bruegel2018.at. Buchtipp: Jürgen Müller, „Pieter Bruegel. Das vollständige Werk" (Taschen-Verlag, 492 Seiten, 150 Euro).

Auf die harte Tour im Advent

Als Botschafter Österreichs und seiner Musikkultur sind die Wiener Sängerknaben in aller Welt bekannt. Zu den Höhepunkten gehören Weihnachtskonzerte, welche einen der vier nach Bruckner, Haydn, Mozart und Schubert benannten Tourneechöre in der Adventszeit auch nach Deutschland führen. Den Mozartchor der Sängerknaben leitet seit 2016 der Brasilianer Luiz de Godoy. Andreas Guballa sprach mit dem Kapellmeister.

PAZ: *Was erwartet die deutschen Konzertbesucher beim Auftritt des Mozartchors?*

De Godoy: Im ersten Teil erklingen Motetten, die einen Bogen vom 16. Jahrhundert über Heinrich Schütz, Franz Schubert und Benjamin Britten bis in die Gegenwart schlagen. Und im zweiten Teil singen wir dann traditionelle Weihnachts-Volkslieder von „Es ist ein Ros' entsprungen" bis Max Regers „Mariä Wiegenlied". Dadurch ist das Programm sehr abwechslungsreich und stimmungsreich. Über allem steht die Idee des wohl berühmtesten Friedenslieds der Welt, „Stille Nacht", das in diesem Jahr 200. Geburtstag feiert.

Voller Stimmeinsatz: Ein Wiener Sängerknabe Bild: Lukas Beck

PAZ: *Sie sind mit dem Chor in der ganzen Adventszeit unterwegs. Kommt da bei Ihnen und den Jungs überhaupt so etwas wie Weihnachtsstimmung auf?*

De Godoy: Es ist natürlich viel Arbeit und mit vielen Reisen verbunden. Aber es ist ja unsere Passion, Musik zu verbreiten. Wenn man mit Kindern unterwegs ist, kommt die Weihnachtsstimmung aber ganz allein auf. Wir sind rechtzeitig in Wien zurück zu unserem gemeinsamen Weihnachtsfest mit allen vier Tourneechören, das wir mit allen Kindern, Eltern und Mitarbeitern feiern. Am 25. Dezember gestalten wir dann traditionell die Weihnachtsmesse in der Hofburgkapelle, bevor es für alle in die Winterpause geht.

PAZ: *Ist das in der heutigen Zeit schwieriger geworden, weil sich Jugendliche angeblich lieber mit Smartphone und Computerspielen beschäftigen?*

De Godoy: Ich glaube nicht, dass es schwieriger geworden ist. Im Gegenteil: Durch die Zugänglichkeit zu den Medien können viel mehr Kinder in Kontakt mit uns treten. Natürlich sieht der Alltag anders aus als früher, und Medien sind teilweise zum Konkurrenten fürs Musizieren geworden. Ich sehe es aber als eine Herausforderung an, mir besonders große Mühe zu geben, sodass die Knaben bei der Sache bleiben.

Plön, Nikolaikirche (8.12.); Uelzen, Theater Illmenau (9.12.); Erfurt, Alte Oper (12.12.); Dresden, Kulturpalast (13.12.); Potsdam, Nikolaikirche (14.12.); Braunschweig, St. Martini (15.12.) Berlin, Konzerthaus (16.12.); Chemnitz, Markuskirche (19.12.); Köthen, St. Jakob (20.12.); Bad Elster, König Albert Theater (21.12.) Halle (Saale), Georg-Friedrich-Händel-Halle (22.12.). Karten: www.eventim.de

Zweimal 30 Jahre Ostpreußen in Lüneburg

Vor 60 Jahren öffnete des »Ostpreußische Jagdmuseum – Wild, Wald und Pferde Ostpreußens« im Alten Kaufhaus seine Tore

Im August dieses Jahres wurde das Ostpreußische Landesmuseum (OL) in Lüneburg nach Erweiterungsarbeiten wiedereröffnet. Nun gibt es ein Jubiläum zu feiern: Vor 60 Jahren wurde das „Ostpreußische Jagdmuseum – Wild, Wald und Pferde Ostpreußens e.V.“, das Vorgängermuseum des heutigen OL, eröffnet. Es folgen Rückblicke von Barbara Loeffke, der Ehefrau des Gründers Hans-Ludwig Loeffke, und Joachim Mähnert, dem Direktor des OL.



Jagdtrophäen und Erinnerungsstücke: Hans-Ludwig Loeffke bei der Eröffnung und ein Blick in die Ausstellung

Bilder (2): privat

„Ein Blick zurück muss auch immer ein Blick nach vorne sein“. Unter diesem Motto stand die museale Dokumentation Ostpreußens des Ostpreußischen Jagdmuseums – Wild, Wald und Pferde Ostpreußens e.V. seit dem ersten Tag. Mit großer Weitsicht wurde damals der Grundstein für die Darstellung Ostpreußens fern der Heimat gelegt. Heute können wir sagen: Die Pläne und Ziele des Gründers und Schöpfers Hans-Ludwig Loeffke sind weitgehend Wirklichkeit geworden.

„Bei der Gründung des ‚Ostpreußischen Jagdmuseums – Wild, Wald und Pferde Ostpreußens‘ zu Lüneburg stand der landsmannschaftliche Gedanke Pate. Bereits im Jahr 1950 konnte ich anlässlich eines Großtreffens der Landsmannschaft Ostpreußen im Hamburger ‚Planten un Blomen‘ 5000 ostpreußische Jäger und Reiter unter dem Zeichen ostpreußischer Trophäen zusammenrufen. Auf dem Bundestreffen der Landsmannschaft 1953 in Dortmund führte ich erstmalig eine ostpreußische Jagdausstellung durch, die nicht nur unter Landsleuten stärkste Beachtung fand. Oberjägermeister a.D. Scherping, Generalsekretär des Deutschen Jagdschutzverbandes, beauftragte mich daraufhin, auf der Internationalen Jagdausstellung 1954 in Düsseldorf die Gedenkschau ‚Deutscher Osten‘ verantwortlich aufzubauen. Diese Ostschau wurde bei den über 800 000 Besuchern – es wurde die größte Ausstellung Deutschlands überhaupt – zu einer Sensation.“

Zwei Erinnerungsstücke, die im OL zu bewundern sind, legen Zeugnis von dem überwältigenden Eindruck ab, den diese Ausstellungen hinterließen. Mit einem wunderschönen Silberteller bedankte sich die Jägerschaft bei Loeffke für seine Arbeit. Eine vom Deutschen Jagdschutzbund herausgegebene Plakette trägt die Inschrift: „Ostpreußische Jagdausstellung – Der Heimat fern doch treu! Bochum 9./10.5.1953 – DJV-Landsmannschaft Ostpreußen“. Ein beeindruckenderes Bekenntnis der nicht vertriebenen Jägerschaft zu Ostpreußen konnte es kaum geben.

Wer erinnert sich nicht der Trecks aus dem deutschen Osten. Wie oft fuhr auf schwankendem Wagen ein Geweih als Symbol der ererbten und erlebten Scholle, wie ein Kreuz des Leidens einem ungewissen Schicksal entgegen. Wie oft hatten der ostpreußische Jäger oder die ostpreußische Jägersfrau in jenen furchtbaren Tagen, da die Heimat in Rauch und Blut unterging, „alltäglich Wertvolles“ stehen- und liegengelassen, um ihre Trophäen zu retten. Da flieht eine ostpreußische Försterfrau nach dem ersten Ansturm der Russen in den Wald, holt später aus der brennenden Försterei die Keilergewehre ihres Mannes, näht sie sich in den Rock ein, und so überstehen diese Gewehre, im Rock verborgen, drei Jahre russischer Zwangsarbeit. Immer wieder wird die Frau von dem fanatischen Willen beseelt, die Trophäen ihres Mannes einstmals ihm selbst überreichen zu können. Wieviel Kraft zum Durchhalten haben diese Trophäen ausgestrahlt. Und endlich geht diese Hoffnung in der Bundesrepublik in Erfüllung. Das Thema dieses „Grünen Ostpreußen-Museums“ ist weitgespannt. Nur einzelne Stichworte: Der Elch, Rominten, Wolf, Luchs, Rossitten, der Wald, Falknerei, Jägerbataillon Graf York von Wartenburg, Trakehnen. Es wurde zu einem allseits anerkannten Mahnmal und zu einer außerordentlich zahlreich besuchten „Stätte der Begegnung nicht nur ostpreußischer Landsleute“. Das schrieb Forstmeister a.D. Hans-Ludwig Loeffke 1966 in dem Kalenderbuch, dem den Ostpreußen vertrauten „Der redliche Ostpreuße“.

Zum Motor für das Museum wurde der 1906 in Tilsit geborene Forstmeister Loeffke, dessen Familie seit 1620 nachweislich in Ostpreußen ansässig war. Über umfassende Kenntnisse über Ostpreußen und seine Menschen und vor allem über Jagd und Natur verfügend, wollte er mit dem, was Ostpreußen berühmt gemacht hatte, nämlich Jagd und Pferdezucht, an die Öffentlichkeit gehen.

Ohne die großzügige Hilfe der Stadt Lüneburg, dem damaligen Oberstadtdirektor Dr. Böttger, hätten die Pläne wohl nicht realisiert werden können, denn die Stadt stellte die obere Etage im Alten Kaufhaus, ein überaus geeigneter Ort, Jagd und Pferde und die Weite Ostpreußens aufleben zu lassen, zur Verfügung. Nach einer großen Eröffnungsveranstaltung unter Beteiligung nicht nur der Ostpreußen öffneten sich am 7. Dezember 1958 die Tore des Alten Kaufhauses, um die gesammelten Schätze der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Jeder Besucher verließ diese Ausstellung zutiefst beeindruckt.

Und dann kam der unfassbare Schicksalsschlag in der Nacht vom 22./23. Dezember 1959. Das Alte Kaufhaus und die in ihm geborgenen Schätze wurden durch Brandstiftung von dem in die Lüneburger Stadtgeschichte eingegangenen Feuerteufel, Rademacher, vernichtet. In letzter Sekunde konnten das Geweih vom „U-Boot-Hirsch“ und vier weitere Geweihe, darunter der „Matador“, dem wohl stärksten je in Europa erlegten Hirsch, gerettet werden.

Am 18. Oktober 1964 half die Stadt Lüneburg wieder vorbildlich. Dafür gilt es noch heute zu danken. Ein altes Patrizierhaus in der Salzstraße wurde zur Verfügung gestellt. Unvergessen ist die Unterstützung des Bundestagabgeordneten Dr. Huys und von Oberbürgermeister Nickel. Die Wiedereröffnung fand in einer feierlichen Veranstaltung im Fürstensaal des Lüneburger Rathauses statt. Wer das neu erstandene Museum betrat, der spürte: Hier ist etwas geschaffen worden, das alle Deutschen ansprechen sollte. Die Patenschaft für die Eröffnung hatten Bundespräsident Lübke, Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier und Bundesvertriebenenminister Dr. Oberländer übernommen. Damals schrieb der niedersächsische Bund der Vertriebenen: „Wer sonst wohl hätte in dieser Situation die Kraft und den Mut gehabt, das zu sagen, was Loeffke damals mit Tränen in den Augen sagte: Wir machen weiter, jetzt erst recht.“

Fünf Jahre nach der Wiedereröffnung konnte am 21./22. Juni 1969 der erste Erweiterungsbau eingeweiht werden, unter anderem mit dem von dem Maler Manfred Laube gestalteten Diorama einer Waldlandschaft mit Elchen, das das schönste Europas gewesen sein soll.

Das letzte Meisterstück gelang mit dem zweiten Erweiterungsbau am 2./3. November 1974 durch einen Verbindungstrakt zu einem benachbarten, wieder von der Stadt zur Verfügung gestellten, Gebäude, fünf Wochen vor dem Tod Loeffkes. War damit die bedeutendste, die wichtigste Periode der musealen Dokumentation Ostpreußens zu Ende gegangen? Ohne das Ostpreußische Jagdmuseum und ohne das Traditionsbewusstsein der ehemaligen Lüneburger Stadtväter gäbe es in Lüneburg unser Ostpreußisches Landesmuseum, das weltweit einzige Ostpreußenmuseum, wie Direktor Mähnert gerne sagt, jedenfalls nicht.

Das Ostpreußische Jagdmuseum bestand fort, war zum Wallfahrtsort für viele Ostpreußen geworden und der damalige Lüneburger Landrat Dr. Martens sagte: „Wenn ich im Ostpreußischen Jagdmuseum in der Salzstraße bin, dann bin ich in Ostpreußen.“ Entsprechend der schon von Loeffke eingeleiteten thematischen Erweiterung wurde das Museum in „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum“ umbenannt, bis die von der Bundesregierung verabschiedete „Grundkonzeption zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit“ verabschiedet und das „Ostpreußische Landesmuseum“ aus der Taufe gehoben wurde.

Nach drei Jahrzehnten anerkannt erfolgreichem Wirkens endete am 26. Juni 1987 mit der Eröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums die Ära des Ostpreußischen Jagdmuseums – Wild, Wald und Pferde Ostpreußens, das seinen Ruhm und seine Anziehungskraft der Bedeutung und Schönheit Ostpreußens und dem aufopferungsvollen ehrenamtlichen Einsatz verantwortungsbewusster Ostpreußen, die ihren Blick in die Zukunft gerichtet hatten, zu danken hat.

Zu danken ist auch den vielen Landsleuten und Freunden Ostpreußens, die mit ihren Spenden dazu beigetragen haben, dass so manches kostbare Exponat für unser Museum erworben werden konnte. *Barbara Loeffke*



Der neue Eingang: Scharffsches Haus in der Fußgängerzone

Bilder (2): Ostpreußisches Landesmuseum

30 Jahre Ostpreußisches Landesmuseum – Kulturarbeit mit Zukunft

„Ein Volk, das durch Krieg und Kriegsschuld mehr als drei Provinzen verliert, ist geschlagen und hat Verlust erlitten; ein Volk jedoch, das aus freien Stücken darauf verzichtet, einen Teil der kulturellen Substanz jener verlorenen Gebiete zu sammeln, zu retten und ... weiter wirksam zu machen, ein solches Volk versagt erbärmlich vor sich und seiner eigenen Kultur.“

Dieser flammende Appell zur Rettung ostdeutschen Kulturguts, 1972 an den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt gerichtet, stammt nicht etwa aus Kreisen einer Landsmannschaft, sondern vom Brandt-Freund Günther Grass. Tatsächlich entspringt die Idee, staatlich finanzierte Landesmuseen für die Ostgebiete zu gründen, dieser Zeit. Aber erst 1987 öffnete mit dem Ostpreußischen Landesmuseum das erste seiner Art: der Prototyp aller nach Paragraf 96 Bundesvertriebenengesetz finanzierten Landesmuseen.

Die Rahmenbedingungen hatten sich indes deutlich verschlechtert. Für nicht wenige politische Akteure war die Erinnerung an Ostpreußen nunmehr überflüssig, wenn nicht gar Provokation oder Revanchismus. Die Museumseröffnung musste unter Polizeischutz erfolgen. Nicht weniger schmerzlich war die unzureichende Finanzierung, weshalb die neue Ausstellung provisorisch und für viele im Vergleich zum Vorgänger Jagdmuseum zunächst eine Enttäuschung war. Erst einige Jahre später erreichte die Präsentation ein angemessenes Niveau. Mit Hilfe öffentlicher Fördergelder, aber auch vieler privater Spender wuchs die Sammlung rasch. Die Ausstellungen begeisterten die Besucher, und aus dem gesamten Bundesgebiet reisten die Ostpreußen an, um „ihr“ Museum zu sehen. Denn auch nach Ende des Eisernen Vorhangs blieb das Lüneburger Haus mit seinem Anspruch, die einst östlichste Provinz geografisch und thematisch in voller Vielfalt abzubilden, einzigartig. Denn auch wenn seit 1990 ungeheuer viel passiert ist: Die vielen Museen im heute russischen, polnischen und litauischen Ostpreußen widmen sich seit 1990 auch dem deutschen Kulturerbe, sind aber eher auf die eigene Region konzentriert. Wenig erfährt man etwa in Ermland und Masuren über das Memelland und umgekehrt. Ostpreußen in Gänze als einen über Jahrhunderte gewachsenen und lange zusammengehörigen Kulturraum abzubilden scheint vor allem in der Bundesrepublik von Relevanz zu sein.

Rasch stellte sich allerdings heraus: Der Neubau von 1987 war angesichts des kulturellen Reichtums Ostpreußens zu klein gedacht, Erweiterung tat not. Doch der Weg dahin war lang und wäre ohne die tatkräftige, auch finanzielle Unterstützung der Ostpreußen selbst nicht möglich gewesen.

1994 war die Trägerschaft vom bisherigen „Ostpreußischen Jagd- und Landesmuseum e.V.“ auf die neu gegründete „Ostpreußische Kulturstiftung“ übergegangen. Nunmehr waren das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen (Bayern) als Archiv für Ostpreußen und das Landesmuseum sinnvollerweise unter einem Dach. Für beide Einrichtungen erhält die Stiftung vom Bund sowie aus Niedersachsen und Bayern staatliche Förderung, welche eine professionelle Kulturarbeit auf hohem Niveau ermöglicht.

Es waren aber die Ostpreußen, die benachbarte Grundstücke für die Erweiterung erwarben, teils abgestimmt mit der Deutschbaltischen Kulturstiftung. Denn klar war: Modernisierung und Erweiterung würden nur finanziert werden, wenn unter dem Dach des Ostpreußenmuseums auch eine Deutschbaltische Abteilung realisiert würde. 2013 endlich wurde mit dem Umbau begonnen. Der Zugang zum Museum erfolgt jetzt über das 500 Jahre alte „Scharffsche Haus“ in der touristenstarken Heiligengeiststraße, in dem auch das Museumscafé und die Verwaltung liegen. Durch einen Neubau erhielt das Museum ein modernes Foyer sowie einen großartigen Sonderausstellungsraum.

Die neue Dauerausstellung stand vor der Herausforderung, Jung und Alt, Zeitzeugen ebenso wie Menschen ohne Vorkenntnisse gleichermaßen anzusprechen. Nur wenn es gelingt, auch die Jüngeren an die Faszination Ostpreußens heranzuführen, wird das Museum dauerhaft erfolgreich Besucher anziehen. Daher finden sich viele sinnliche Erlebnisse in den vollständig überarbeiteten Räumen, unterhaltsame Möglichkeiten zum Ausprobieren oder Anfassen, Museumsobjekte mit großem Schauwert oder starken Geschichten und andere, die als Vertiefungsebene sich an den versierten Kenner richten.

Die bisherigen begeisterten Reaktionen der Besucher geben Anlass zur Hoffnung, dass der eingeschlagene Weg der richtige war. Ostpreußen bietet auch heute, über 70 Jahre nach Flucht und Vertreibung, starke Themen, kulturellen Reichtum und faszinierende Persönlichkeiten, die begeistern, von der einzigartigen Schönheit des Landes ganz zu schweigen.

Und wie geht es weiter? Seit 2016 bereichern die Sammlungen des Duisburger Museums Stadt Königsberg die Lüneburger Bestände. Die Pregelstadt mit ihrer Universität, ihrer Weltoffenheit und ihren großen Köpfen, besonders Immanuel Kant, steht im Zentrum des nächsten großen Projekts. 2024, zum 300. Geburtstag des Philosophen, soll ein nächster Erweiterungsbau mit zusätzlich 700 Quadratmetern Ausstellungsfläche eröffnen. Königsbergs größter Sohn hat auch uns Heutigen viel zu sagen und wird international verehrt. Kein Wunder, dass die notwendigen Mittel bereits in öffentliche Haushalte eingestellt wurden.

Es geschieht viel im Ostpreußischen Landesmuseum, und der Erfolg der nächsten 60 Jahre ist es auf gutem Weg. Wenn im Jahr 2078 an Ostpreußen gedacht wird, dürfte das Lüneburger Haus als dann wohl wichtigster verbleibender Leuchtturm weiterhin den Wogen des Vergessens trotzen.

Joachim Mähnert



Blick in die Ausstellung: Exponate zum Thema Landwirtschaft

Der Fahnder mit dem Mikroskop

Robert Koch entschlüsselte die verborgene Welt der Bakterien

Robert Koch machte das Unsichtbare sichtbar. Sein Name steht für große Pionierleistungen in der Medizingeschichte. Er steht aber auch für zerstörte Hoffnungen. Vor 175 Jahren, am 11. Dezember 1843, wurde der Mikrobiologe und Mediziner Robert Koch geboren.

Zwei Ergebnisse der Forschung Robert Kochs machen sein Lebenswerk einmalig: die Kultivierung des Milzbranderregers außerhalb eines Organismus und die Entdeckung des Erregers der Tuberkulose.

Milzbrand war ein großes Problem. Immer wieder wurden Viehherden von der tödlichen Seuche befallen. Zwar war der Erreger 1849 entdeckt worden, aber einen Nachweis für den Zusammenhang von Bakterium und Seuche gab es nicht. Den lieferte 1876 Koch, nachdem er den Erreger außerhalb des Körpers gezüchtet und beobachtet hatte. Damit konnte er auch erklären, warum das Vieh auf bestimmten Weiden immer wieder befallen wurde. Der Erreger lebt auch in den Kadavern fort.

Seine Versuche mit Tuberkelbakterien nahm Koch 1881 auf. Landläufig wurde die Tuberkulose als Schwindsucht bezeichnet. Im südlichen Europa war man schon länger überzeugt, die Krankheit werde durch Ansteckung übertragen, im Norden bezweifelte man das. Erst gegen Mitte des 19. Jahrhunderts änderten sich die Ansichten. Aber Nachweise gab es nicht. Koch machte sich auf die Suche nach dem Erreger. Versuche mit Nährböden schlugen immer wieder fehl. Nichts, keine Spur. Koch ahnte nicht, dass den Erreger eine wächserne Schicht umgibt, die eine Einfärbung verhindert. Doch der Fahnder am Mikroskop war



In Kimberley, Süd-Afrika: Robert Koch arbeitet in seinem Labor Bild: Wellcome Library

geduldig. Er veränderte die Methoden zur Einfärbung seiner Objekte – und hatte beim 271. Ansatz endlich Erfolg. Er entdeckte den Erreger der Tuberkulose. Im März 1882 stellte er seine Entdeckung vor, im Juni 1882 ernannte ihn Kaiser Wilhelm I. zum Geheimen Regierungsrat.

Die kaiserliche Auszeichnung war allzu verständlich. Jeder siebte Deutsche starb damals an der Schwindsucht. Ohne Kenntnis des Erregers wusste man nicht, wie man die Krankheit bekämpfen sollte. Nun waren die Tuberkelbakterien erkannt als Verursacher vieler Krankheiten. Viele unterschiedene Krankheiten – ein Erreger, das ließ auf ein Wundermittel hoffen. Und hatte nicht Koch nachgewiesen, dass die Bazillen durch den Auswurf übertragen werden, also durch den Husten von Kranken mit offener Lungentuberkulose? Wenn das erst einmal erkannt ist, sei es auch nicht mehr weit, bis es ein Heilmittel gebe.

1890 glaubte der Molekularbiologe, dies langersehnte Heilmittel gefunden zu haben. Er stellte es auf dem „Zehnten Internationalen Medizinischen Kongress“ in Berlin vor. Dazu war das Zelt des Circus Renz gemietet worden. Koch nannte das Mittel „Tuberkulin“. Wissenschaft und Laien reagierten wie auf eine Zauberformel. Koch verriet nicht, welche Wirkstoffe das Medikament enthielt, aber man vertraute auf den renommierten Namen des großen Forschers.

Die Fachwelt jubelte. Koch erhielt für seine bahnbrechende Entdeckung das Großkreuz des Roten Adlerordens. Die Anerkennung konnte nicht größer sein. Allerdings verübelte man ihm den Versuch, durch das Mittel ein vermögender Mann zu werden, schließlich hatte er in einem staatlichen Institut geforscht. Auf 4,5 Millionen Mark schätzte er den Ertrag aus einem eigenen Institut.

Die hochfliegenden Pläne zerplatzten. Immer häufiger wurde über Misserfolge und Todesfälle nach der Behandlung mit Tuberkulin berichtet. Anfangs tat man das noch ab, schließlich wurde das Medikament vornehmlich bei besonders schwer erkrankten Patienten eingesetzt. Dann aber wies der Pathologe Rudolf Virchow nach, dass bei untersuchten Toten die Tuberkelbakterien durch das Tuberkulin keineswegs abgetötet, sondern eher noch stimuliert worden waren. Nun musste Koch die Mixtur seines Wundermittels erklären – und konnte es nicht. Der Tuberkulin-Skandal erschütterte 1891 nicht nur Deutschland. Koch wurde bewusste Täuschung vorgeworfen. Wahrscheinlich war das nicht der Fall, Koch hatte sich selbst getäuscht, seine Versuche nicht ausreichend dokumentiert und überprüft. Solche Methoden wurden erst nach dem Tuberkulin-Skandal allgemeingültig.

Früh schon hatte der junge Robert Koch die Welt durch das Mikroskop entdeckt. Sein Großvater hatte ihn damit vertraut gemacht, ebenso mit der aufkommenden Fotografie. Beides bestimmte sein Forscherleben. Geboren am 11. Dezember 1843 in Clausthal im Harz, wuchs der spätere Mediziner behütet heran. Er war das dritte Kind von insgesamt 13, die seine Mutter zur Welt brachte. Der Vater war Steiger, stieg aber bald zum Geheimen Bergrat auf. Sohn Robert konnte bereits als Vierjähriger Lesen und Schreiben, als Siebenjähriger besuchte er ein Gymnasium. In Göttingen studierte er Medizin, nach nur vier Jahren promovierte er. Der junge Arzt suchte seinen Weg, arbeitete in Krankenhäusern und als Landarzt in verschiedenen Gemeinden. Nach einem freiwilligen Jahr im Deutsch-Französischen Krieg wurde er Amtsarzt und Kreisphysikus in der Provinz Posen. Nebenher führte er eine private Praxis – und forschte mit dem Mikroskop. Seiner Entdeckung zum Milzbrand verdankte er 1880 die Berufung an das Kaiserliche Gesundheitsamt in Berlin, fünf Jahre später wechselte er als Professor an die Berliner Universität, 1891 übernahm er das Institut für Infektionskrankheiten in Berlin.

Unter dem Tuberkulin-Skandal hatte das Ansehen Kochs gelitten, er hielt es für angebracht, eine Weile nach Ägypten abzutauchen. Eine Bitte, dort und in Indien eine Cholera-Expedition wissenschaftlich zu leiten, kam ihm gelegen. Dort gemachte Erfahrungen setzte er bei der Choleraepidemie in Hamburg ein. Als die Briten ihn baten, in Südafrika die Rinderpest zu erforschen, war er dabei. Forschungsreisen nach Ostafrika, Java, Neuguinea und Uganda folgten. Er unterbrach diese Reisen lediglich 1905, um den Medizin-Nobelpreis anzunehmen. Anschließend ging er auf Weltreise.

1910 waren die Kräfte aufgebraucht. Mehrfach hatte er sich mit Tropenkrankheiten infiziert. Er starb am 27. Mai 1910 in einem Sanatorium in Baden-Baden.

Klaus J. Groth

Die legendären Königsberger Paukenhunde auf CD

Musikaufnahmen aus dem alten Königsberg mit Stücken von Albert Krantz sowie Beiträgen von »Sultan« und »Pascha«

In der Garnisonstadt Königsberg gehörten Träger verschiedener Uniformen zum gewohnten Stadtbild. Immer wieder erfreuten Musikkorps die Einwohner mit flotten Weisen. Die Militärkapelle des 6. Ostpreußischen Infanterie-Regiments Nr. 43 war den Königsbergern besonders ans Herz gewachsen, zählte doch ihr Dirigent, der Königlich-Preußische Obermusikdirektor Albert Krantz, zu den bekanntesten preußischen Militärmusikern. Als in Deutschland einmalige Besonderheit dieses Musikkorps galten die Paukenhunde, zwei stattliche Bernhardiner.

1866 standen sich in der Schlacht bei Königgrätz auch die Musikkorps des 6. Ostpreußischen Infanterie-Regiments Nr. 43 und des k. u. k. Infanterie-Regiments Nr. 77 des Erzherzogs von Österreich und Prinzen von Toskana Karl Salvator gegenüber. Die preußische Einheit erwies sich als die stärkere, eroberte den österreichischen Paukenwagen. „Sultan“, der Bernhardiner, der ihn gezogen hatte, lag erschossen vor ihm. Auf dem Weg in die Heimat führten die ostpreußischen Truppen den eroberten Paukenkessel und Paukenwagen mit und erregten bei den Königsbergern große Aufmerksamkeit.

In Würdigung seiner militärischen Leistungen wurde dem Regiment vom I. Armee-Korps die ständige Führung eines „Paukenwagens“ mit „Großer Trommel“ und Paukenhund zugestanden. Die beiden Paukenhunde waren mit dem Musikkorps fortan untrennbar verbunden. „Sultan“ und „Pascha“ wurden im Range eines Feldwebels in den Mannschaftslisten geführt. Sie erwiesen sich als sehr zuverlässig, waren bei allen Militärparaden, beim Wachaufzug am Königsberger Schloss sowie beim Choralblasen zugegen und ließen sich weder durch Musik oder militärische Kommandos noch durch Menschenansammlungen irritieren. Der Wachaufzug, das Platzkonzert am Schlossteich, volkstümliche Gartenkonzerte, Konzerte im Tiergarten und im Winter auf der Eisbahn gehörten zum Königsberger Stadtbild.

Albert Krantz (1851–1938) kam 1883, nach Lehrjahren in Braunsberg, Königsberg, Karlsruhe und nach dem Besuch der Königlichen Hochschule für Musik in Charlottenburg als „Musikmeister auf Probe“ zum Infanterie-Regiment Nr. 43. Er schuf eine über die Grenzen Ostpreußens hinaus berühmte Kapelle, die sowohl Militärmärsche als auch die sinfonische Musik Richard Wagners hervorragend darbot. Während seiner 36-jährigen Dienstzeit spielte er unter einem Dutzend Regimentskommandeuren, die ihn alle als großen Könner achteten und das Musikkorps als erstrangig einschätzten.

Neben seinen Verpflichtungen als Dirigent war Albert Krantz auch als Komponist tätig. Als 1899 dem in den Königsberger Steindamm-Kasernen stationierten Infanterie-Regiment der Namen „Herzog Karl von Mecklenburg-Strelitz“ (6. Ostpreußisches) Nr. 43 verliehen wurde, komponierte er den „Herzog-Karl-Marsch“. Kaiser Wilhelm II. gefiel ein nach der letzten Kaiserparade auf dem Devauer Platz aufgeführter Fahnentruppenmarsch so gut, dass Krantz ihn innerhalb von Stunden niederschreiben und in Partitur setzen musste. Er sollte in Berlin für die Garde verwendet

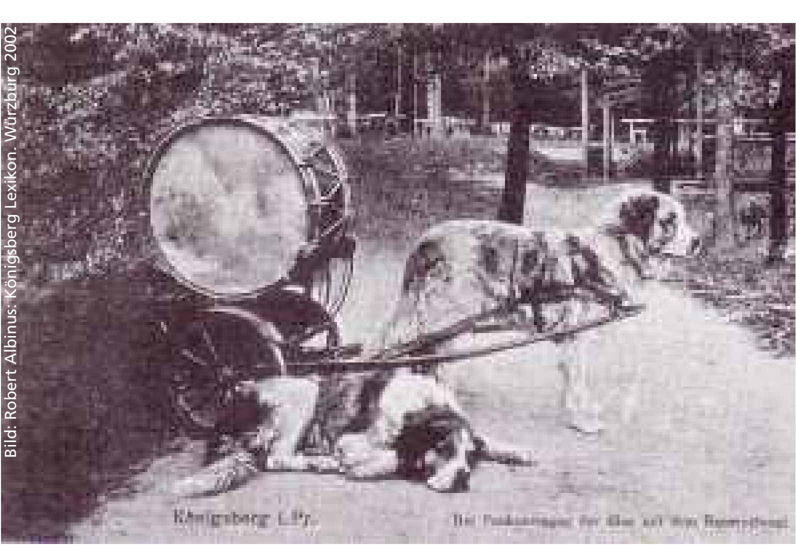


Bild: Robert Albinus, Königsberg Lexikon, Würzburg 2002

Bei ihrer Pauke vor 1919: „Sultan“ und „Pascha“

werden. Dafür wurde ihm das Kreuz des Hohenzollernschen Hausordens verliehen.

Weitere Ehrungen galten sowohl für Krantz als auch das gesamte Militärorchester. Sie reichten von verbalen Wertschätzungen über Einladungen zum Essen, Freibier für die Militärkapelle und der Überreichung eines Ehrenhelmes an Krantz bis zur finanziellen Unterstützung seiner Reise nach Bayreuth. Seine Titel „Königlicher Musikdirektor“ und „Königlicher Obermusikdirektor“ trugen zur damaligen Zeit nur wenige. Im August 1914 wurde das Musikkorps aufgelöst. Die Musiker standen als Hilfskrankenträger den Verwundeten zur Seite. Krantz blieb in Königsberg, gründete ein neues Musikkorps und veranstaltete Konzerte, deren Erlös er wohltätigen Zwecken zuführte. Vielen in Lazaretten Verstorbenen hat er mit diesem Musikkorps das letzte Geleit gegeben. Das 6. Ostpreußische Infanterie-Regiment Nr. 43 wurde 1919 aufgelöst. Der letzte „Pascha“ erhielt sein Gnadenbrot, der Paukenwagen kam in Königsberg in das Stadtgeschichtliche Museum.

1920 wurde Krantz in allen Ehren als Leutnant verabschiedet. Er verbrachte seinen Lebensabend in Königsberg und musizierte zur Freude der Königsberger weiter. So brachte er mit einem großen Klangkörper ehemaliger Militärmusiker in einem Logengarten am Schlossteich Musik Richard Wagners zu Gehör. Anlässlich des 30-jährigen Bestehens widmete er 1926 dem Königsberger Tiergarten einen Marsch „Tiergartenfestklänge“, dessen Noten heute leider nicht mehr auffindbar sind. Das Jahr 1926 sah ihn zum letzten Mal als Dirigenten. Im August musizierte er während eines großen Militärmassenkonzertes mit dem „Königsberger Konzertorchester“. Am 9. April 1938 ist er im gesegneten Alter von 87 Jahren verstorben und fand auf dem Luisenfriedhof neben seiner Ehefrau die letzte Ruhe.

Mit der Aufstellung der Wehrmacht wurde der Paukenwagen reaktiviert, die bislang eisernen Räder wurden durch neue mit Luftbereifung ersetzt. Dem Regiment wurden zwei Bernhardiner, wiederum ein „Sultan“ und ein „Pascha“, geschenkt. Ihre Betreuung und Abrichtung für den Dienst in der Militärkapelle oblag dem Schläger der großen Trommel. Beide Bernhardiner blieben nach 1939 in Königsberg und fanden in den Wirren des Aprils 1945 aus seiner Hand den Gnadentod. Mit den Jahren gerieten Krantz und das Musikkorps des Infanterieregiments Nr. 43 in Vergessenheit, lediglich ganz vereinzelte Beiträge erinnern heute an ihn und an die beiden Paukenhunde.

Intensives, Jahre währendes Suchen nach Tonträgern mit historischen Aufnahmen aus den ersten Jahren des vergangenen Jahrhunderts war letztendlich doch noch vom Erfolg gekrönt. Insgesamt 24 historische Aufnahmen aus den Jahren 1902 bis 1912 mit der Musikkapelle des Infanterie-Regiments „Herzog Karl von Mecklenburg-Strelitz“ (6. Ostpreußisches) Nr. 43 unter der Stabführung von Krantz sowie Kompositionen aus seiner Feder konnten nach moderner digitaler Bearbeitung durch die JUBAL-Musikproduktionen Berlin unter Wahrung ihres historischen Charakters zu einer Compact Disc zusammengestellt werden. Im August dieses Jahres erschien sie als fünfte CD in der von JUBAL-Musikproduktionen Berlin herausgegeben Serie historischer Musikaufnahmen unter dem Titel „Preußische Marschmusik 2“.

Sie enthält 65 Minuten Musik, ausschließlich aus Königsberg. Auch die Paukenhunde kommen nach über 100 Jahren im „Marsch Prinz August Grenadier Bataillon“ wieder zu Gehör. Dieser Tonträger ist derzeitig die einzige bekannte CD mit Aufnahmen aus dem alten Königsberg. Das Begleitheft zur CD zeigt ein Bild des Musikkorps mit seinem Dirigenten und einem Paukenhund aus dem Jahre 1905. *W.R.*

Die CD ist unter dem Stichwort „Preußische Marschmusik 2“ über die Bezugsadresse Dr. Wolfgang Reske, Boderitzer Straße 31, 01217 Dresden, E-Mail wolfgang.reske@gmx.de, zum Preis von 17,46 Euro plus 1,45 Euro Porto erhältlich.



Bild: Kaufmann

Moment der Woche

Auf dem Höhepunkt der Asylkrise Ende 2015 wurde auch diese Erstaufnahmeeinrichtung in Dresden-Johannstadt aus dem Boden gestampft. Sie besteht aus 525 Containern (*s. Bild*), die insgesamt 700 Asylsuchern Obdach bieten sollten.

Allerdings zogen mangels Bedarf niemals „Flüchtlinge" in das Objekt ein – trotz Baukosten von 6,6 Millionen Euro. Nun will der Freistaat Sachsen die mobilen Behausungen angeblich für andere Zwecke nutzen, so beispielsweise für den Ausbau der Landesfeuerwehrschule in Nardt bei Hoyerswerda und der Verwaltungshochschule in Meißen.

6,6 Millionen Euro für leere Container

Aber vielleicht wartet nach der Unterzeichnung des Globalen Migrationspaktes ja auch eine Überraschung auf die Bürger der Landeshauptstadt, welche sich das Blechdorf zumeist wegwünschen. *W.K.*

Die verkannte Gefahr

»Willkommenskult« im All: Forscher suchen Außerirdische – Was, wenn sie Feinde finden?

In ihrem Bemühen, außerirdische Zivilisationen zu finden, horchen Wissenschaftler nicht nur passiv weit ins All hinein, sondern sie versuchen auch, durch aktive Botschaften auf die Menschheit aufmerksam zu machen. So haben die 1972/73 beziehungsweise 1977 gestarteten Raumsonden Pioneer 10 und 11 sowie Voyager 1 und 2 Datenträger mit detaillierten Informationen über die Erde und unsere Spezies an Bord.

Seit 1972 legen Raumsonden die Fährte zu uns

Außerdem wurde am 16. November 1974 ein Radiosignal in Richtung des 25 000 Lichtjahre entfernten Kugelsternhaufens M13 geschickt, welches ähnliche codierte Botschaften enthielt – das Arecibo-Signal. Dem folgten weitere solcher Nachrichten wie „Cosmic Call" I und II (1999 und 2003), „Cosmic Connexion" (2006) und „Wow! Reply" (2012). Aber ist das klug?

Experten warnen schon seit Längerem vor der Gefährlichkeit solchen Tuns. Den Anfang machte hier der britische Radioastronom und Physik-Nobelpreisträger Martin Ryle, der nach der Ausstrahlung des Arecibo-Signals Beschwerde bei der Internationalen Astronomischen Union einlegte und auf die möglichen negativen Konsequenzen hinwies: Feindselige Außerirdische könnten die Erde überfallen und zu ihrer Kolonie machen.

Später wiederum zog der Evolutionsbiologe Jared Diamond Parallelen zwischen den Botschaften an Aliens und der „selbstmörderischen Torheit des letzten Inka-Herrschers Atahualpa, der den goldgierigen Spaniern, die ihn gefangen nahmen, den Reichtum seiner Hauptstadt schilderte und ihnen Führer für die Reise dorthin überließ".

Ganz ähnlich argumentierte 2010 der populäre britische Astrophysiker Stephen Hawking. Kämen jemals Außerirdische auf die Erde, so werde der Ausgang sicher genauso sein wie bei der Landung von Christoph Columbus in Amerika, welche für die Eingeborenen überaus negative Konsequenzen gehabt habe. Daraus zog er die Schlussfolgerung: „Wir täten gut daran, den Ball flach zu halten." Und Hawkings schwedischer Fachkollege Malcolm Fridlund assistierte: „Wenn man überhaupt nicht weiß, was da draußen so ist, sollte man vielleicht ein bisschen vorsichtig sein."

Im Grunde birgt sogar der Empfang möglicher Radiosignale der Außerirdischen unkalkulierbare Risiken. Darauf wiesen jetzt Michael Hippke von der Sternwarte Sonneberg und John Learned von der Universität von Hawaii hin: Längere verschlüsselte Botschaften unserer Nachbarn im All könnten eine komplexe Schadsoftware enthalten. Deshalb müssten wir solche Funksprüche eigentlich „ungelesen" löschen oder dürften sie zumindest nicht in unsere Computersysteme einspeisen.

Darüber hinaus liegt es im Bereich des Möglichen, dass Außerirdische die Botschaften von der Erde missverstehen: Vielleicht fassen sie den Klang des 2008 von der US-Weltraumbehörde NASA in Richtung des Polarsterns ausgestrahlten Beatles-Songs „Across the Universe" ja als Kriegserklärung auf. Das Gleiche gilt für die Bilder der US-Präsidenten George Bush und Barack Obama, welche die „Akte X"-Schauspielerin Gillian Anderson ins All senden ließ.

Sämtliche diesbezügliche Warnungen wurden aber bisher in den Wind geschlagen. Vielmehr planen die Initiatoren des Projektes METI International, demnächst neuerliche „Lebenszeichen" an eventuelle andere Zivilisationen im All zu schicken.

Schon die Indianer zeigten arglos ihren Mördern den Weg

Es scheint, als ob der heutzutage grassierende Leichtsinn im Umgang mit Fremden auch Astrophysiker und ähnliche Wissenschaftler befallen hat – nur dass es diesmal eben nicht um den „friedlichen Islam" oder „schutzsuchende Flüchtlinge" geht, sondern um Außerirdische, welche die Menschheit sowie unseren Planeten vernichten könnten.

Wolfgang Kaufmann

Wie Geschichte »gemacht« wird

Öffentlich-rechtliche Anstalten bauen die Vergangenheit im Sinne heutiger Machtinteressen der Regierung um

Um die Vergangenheit für heutige politische Zwecke nutzbar zu machen, wird die Geschichte zuweilen heftig zurechtgebogen. Die erfolgreiche TV-Serie „Babylon Berlin" liefert einige anschauliche Beispiele dafür.

Als „offen nationalsozialistisch" bezeichnete Friedrich Merz unlängst Teile der AfD. Der CDU-Mann, der nach langen Jahren beim Vermögensverwalter BlackRock noch einmal an berufliche Veränderung denkt und gern den Vorsitz seiner Partei übernehmen möchte, stellt damit gleich auf mehreren Feldern fatale Unkenntnis zur Schau.

Eine „offen nationalsozialistische" Gruppierung wäre in der Bundesrepublik Deutschland verboten und könnte ihm folglich, was offenbar sein wunder Punkt ist, potenzielle Wähler kaum abspenstig machen. Zum anderen scheint Geschichte nicht so sein Fach zu sein, sonst wäre ihm – neben der Verunglimpfung des politischen Gegners, die man gerade noch als verfrühten Wahlkampf deuten könnte – die sachliche Absurdität seiner Aussage peinlich bewusst.

Aber woher soll es auch kommen, das Wissen um die Geschichte? Der Schulunterricht ist bei Merz, wie auch bei vielen anderen, schon eine ganze Weile her. Berufliche und anderweitige Einbindung lassen nur selten Zeit und Muße für umfangreichere Beschäftigung mit historischen Themen, von der Lektüre dickleibiger Bücher ganz zu schweigen.

Da bleibt viel Raum für die Medien, die diesen auch gern ausfüllen und nachhelfen. Die Vermittlung historischer Fakten jedoch steht bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten derzeit meist gar nicht so im Mittelpunkt. In Zeiten, in denen es um „Haltung" geht, wird vor allem auf die „richtige" Sicht der Dinge Wert gelegt.

Im gegenwärtigen Kampf „gegen Rechts", der sich nicht selten als Kampf gegen jegliche Abweichung vom Kurs der Regierungsparteien und der Hilfsregierungspartei „Grüne" entpuppt, ist auch die Vergangenheit nutzbar. Parallelen zum Scheitern der Weimarer Demokratie werden suggeriert, um den politischen Gegner zu diskreditieren. Was man damals nicht bekämpft hat, muss man jetzt bekämpfen, so die Linie. Dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat, spielt keine Rolle.

Die mit einem „Bambi" ausgezeichnete, soeben von der ARD ausgestrahlte Serie „Babylon Berlin" ist nur ein Beispiel. Vordergründig soll es sich um spannende Fernsehunterhaltung handeln, eine verzwickte, bis in die Politik hineinreichende Kriminalgeschichte, welche in der deutschen Reichshauptstadt des Jahres 1929 spielt.

Die Qualitäten der Serie, für die der Roman „Der nasse Fisch" von Volker Kutscher Pate stand, mögen Geschmackssache sein. Ausweislich der Zuschauerzahlen lief das Ganze aber sehr erfolgreich. Das Gebaren der wahlweise tumben oder perfiden Gestalten, die damals eifrig dazu beitrugen, die Weimarer Republik zu vernichten, soll unübersehbar vor entsprechenden heutigen „Gefahren" warnen, natürlich vor „Gefahren von rechts".

Da gibt es etwa den fleischigen, zwielichtigen Polizisten, der sich später als Attentäter auf Repräsentanten der Demokratie entpuppt. Mit ehemaligen Weltkriegskameraden skandiert er pathetisch im Chor: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!" Die „Schwarze Reichswehr" kocht ihr Süppchen, fast ohnmächtig stehen die mutigen Verteidiger der Republik der aufziehenden Unbill gegenüber, wird doch der böse Putsch-Generalmajor sogar von Reichspräsident Hindenburg persönlich vor der ihn bloßstellenden Pressekonferenz gerettet.

Und wer zunächst geglaubt hatte, es gäbe Ausgewogenheit – bekanntermaßen sind die Kommunisten für den Untergang der ersten deutschen Demokratie genauso verantwortlich wie die Nationalsozialisten – war auf dem Holzweg: Den Anschlag auf einen Sympathieträger und bedingungslosen Anhänger des demokratischen Staates, der schließlich zusammen mit seiner kleinen Tochter ermordet wird, führt nicht, wie man zuerst dachte, ein Kommunist aus, sondern ein SA-Mann, der sich als Kommunist ausgegeben hatte. Während eine Armenärztin, ein wackerer Rosa-Luxemburg-Verschnitt, bärbeißig und aufrecht die Sache der Arbeiter verteidigt. Historischen Unfug und so manche Einseitigkeit mag man einem Spielfilm verzeihen. Mit der bewussten politischen Botschaft für unsere Tage ist es etwas problematischer.

Zweifel an der volkspädagogischen Absicht wurden spätestens mit einem Beitrag des ebenfalls in der ARD ausgestrahlten Magazins „Monitor" beseitigt. „Babylon Berlin: Die Lehren von Weimar" stellt hemmungsfrei Verbindungen her, um eindrückliche Unterhaltungsszenen mit Heutigem zu vermengen und „rechte Gefahr" zu konstruieren. Auch heute schwinde das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie, die Bindungskraft der großen Volksparteien nehme „dramatisch" ab, „rechtsradikale" Gruppierungen erhielten Zulauf, und mit der AfD sei eine „nationalistische Partei im Bundestag, auf die sie all ihre Hoffnungen richten".

Der Direktor des „Instituts für Zeitgeschichte" erklärt: Sichtbarkeit auf der Straße sei „ein essenzielles Element, ein wichtiger Bestandteil für radikale Strömungen", erkennbar werde „eine Front, eine Kampfposition". Entgegenhalten könnte man ihm, dass das Demonstrationsrecht und die freie Meinungsäußerung ein essenzieller Bestandteil der Demokratie sind und dass sie auch für Gruppierungen gelten, deren Position man nicht unbedingt zu teilen vermag. Aber das scheint hier nicht so sehr von Interesse zu sein. Sekundiert wird der Historiker von einem Baseler Professor, der verkündet, dass „wir" heute „ganz langsam" das sehen, was schon damals passiert sei.

Offenbar fühlt man sich in der „Monitor"-Redaktion nicht ganz wohl mit der schiefen Parallelsetzung. Daher gibt es zwischenzeitlich die Aussage, dass die AfD nicht die NSDAP sei. Unmittelbar darauf folgt jedoch die Relativierung: „Aber sie ist im Bundestag in den letzten Jahren (sic!) zum Sammelbecken der Rechten geworden und von Menschen, die ihre Unzufriedenheit bisher nur im Verborgenen ausgelebt haben." Jetzt trage die AfD dazu bei, „dass diese Menschen ihre Fremdenfeindlichkeit, ihren Rassismus offen zur Schau stellen können".

Damit der Zuschauer die Orientierung nicht verliert, wird auf die „Parallele" zur NSDAP verwiesen, dass diese damals „auch" viele Nichtwähler mobilisiert habe. Zum Schluss raunt der Moderator, dass es unvorstellbar sei, dass wir unsere Demokratie „in wenigen Jahren" verlieren könnten. Aber – und hier sind wir wieder in der Endphase der Weimarer Republik: Wehe, wenn es wirtschaftlich bergab geht, denn: „Die Feinde der Demokratie stehen schon bereit."

Nun wird Geschichte bei Weitem nicht nur in historischen Serien und erläuternden politischen Magazinen „gemacht". Die „Tagesschau" verkündete anlässlich des 100. Jahrestages des „Kieler Matrosenaufstandes" am 3. November, dass die Matrosen sich „mit protestierenden Arbeitern in ganz Deutschland" verbündet hätten. „Das führte zur Abdankung des Kaisers und zur Gründung der Weimarer Republik." Wer geglaubt hatte, eine derartig undifferenzierte und eindimensionale Herstellung von Kausalzusammenhängen sei spätestens mit der Außerdienststellung des letzten DDR-Schulbuchs erledigt, sieht sich im Jahr 2018 eines Besseren belehrt.

Dass Ende August in Chemnitz ein Mensch durch Asylbewerber ermordet, dass zwei weitere Menschen schwer verletzt wurden, ist aus der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend verschwunden. Lästige Tatsachen wurden verdrängt, an deren Stelle wurden politisch passende Behauptungen gesetzt, so über die nachfolgenden Demonstrationen. In der „Monitor"-Sendung zu „Babylon Berlin", in die auch „Chemnitz" eingebunden wurde, war die Rede davon, dass hier Ausländer „gejagt" worden seien. Die Legende von den „Hetzjagden" ist zwar inzwischen gründlich widerlegt, hat sich aber längst verfestigt. Eine Podiums-Diskussion der „Zeit", welche durch Ausstrahlung im MDR-Hörfunk ebenfalls breitenwirksam war, räsonierte anlässlich des 9. November über die „Lehren aus Chemnitz". Auf die Möglichkeit, einen der „Gefährlichen" als Diskutanten einzuladen, hatte man vorsichtshalber verzichtet.

Die Vergleiche können gar nicht waghalsig genug sein

Wer wirklich an historischen Zusammenhängen interessiert ist, der ist mit öffentlich-rechtlichen Medien derzeit nicht immer gut bedient. Stattdessen kann man dort hervorragend begutachten, wie Geschichte „gemacht" wird.

Erik Lommatzsch



Volkspädagogische Absicht unübersehbar: Szene aus „Babylon Berlin" Bild: ARD

Das Ostpreußenblatt

Nr. 49 – 7. Dezember 2018

MELDUNGEN

Direktorin fristlos entlassen

Tilsit – Am Dienstag, dem 27. November, hat der Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Tilsit [Sowjetsk] den Entlassungsakt für die Direktorin des Museums für Stadtgeschichte, Angelika Spiljowa, unterzeichnet. Als Grund für die fristlose Entlassung gilt „Vertrauensverlust". Zur neuen Direktorin ist die Magistratsbeamtin Natalja Michnowitsch ernannt worden. Sie hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen. *PAZ*

Nikolaiken wird verschönert

Nikolaiken – Am Ufer des Spirdingsees soll eine neue Promenade mit Marktständen und Erholungseinrichtungen entstehen ebenso wie neue Anlegestellen für Boote. Geplant ist eine deutlich breitere und längere Promenade als die jetzige. Sie wird sich bis zur Stadtgrenze am Spirdingsee hinziehen. Es sollen auch Duschhäuser entstehen. Für die Hafendienste wird ein elektronisches Bezahlsystem eingeführt. Vom Amphitheater bis zum Spirdingsee haben die Bauarbeiten bereits begonnen. Die weitere Etappe beginnt erst nach dem Ende der kommenden Sommersaison. Die gesamte Investition wird zirka 9,3 Millionen Euro kosten, und die Finanzmittel kommen von der Europäischen Union. Von demselben Geld wurden bereits Fußgängerstege am See gebaut. Der Ufer-Umbau in Nikolaiken ist Teil eines größeren Programmes, das aus Mitteln der EU finanziert wird. *PAZ*

Kontrollen bei Grenzübertritt

Allenstein – Bis zum 16. Dezember wird an der polnischen Grenze wieder kontrolliert. Die Grenzen zu Deutschland, Litauen, Tschechien und der Slowakei kann man nur an ausgewiesenen Grenzübergängen passieren. Die Kontrolle wird auch an Häfen und Flugplätzen durchgeführt, ebenso auf dem Flughafen Mazury in Schiemanen. Das hängt mit dem Klimagipfel COP 2018 der UN zusammen. Dies gilt nur für die Einreise nach Polen. *PAZ*

Spatenstich auf der Nehrung

Neue Welt – Der erste Spatenstich zum Bau des Schifffahrtskanals durch die Frische Nehrung bei der Ortschaft Neue Welt wurde symbolisch vollzogen. Nach Auffassung der Regierung ist der Durchstich durch die Frische Nehrung eine Schlüssel-Investition zur Belebung der Wirtschaft des südlichen Ostpreußens. Das Meeresamt wartet noch die umwelttechnische Untersuchung ab, danach wird es den Antrag auf Realisierung der Investition stellen. *PAZ*

Spaß bei ostpreußischen Rezepten

AGDM veranstaltete zweitägige Kochwerkstatt in Allenstein – Ziel: Generationen miteinander verbinden

Die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) hat Ende Oktober eine zweitägige Kochwerkstatt für ihre Mitglieder veranstaltet. Zielgruppe waren vor allem Kinder mit ihren Eltern.



Spielerisch deutsche Vokabeln lernen: Junge Köche bei der Arbeit Bild: D. K.

Dass gemeinsames Kochen Generationen verbinden kann, ist keine neue Erkenntnis. In vielen deutschen Kindergärten und Grundschulen werden generationenübergreifende Arbeitskreise organisiert, bei denen die gemeinsame Zubereitung verschiedener Speisen im Mittelpunkt steht. Solche Begegnungen dienen dazu, Eltern aus der täglichen Arbeitshetze herauszureißen, Kinder aus der Unterhaltung am Computer zu locken und die Familienmitglieder zusammenzubringen.

Die AGDM hatte deswegen die Idee, ihren jüngeren und älteren Mitgliedern eine Kochwerkstatt anzubieten. Das Angebot fand Widerhall, sodass sich sehr schnell zehn Kinder mit ihren Eltern oder Großeltern für das Projekt „Leckeres Generationentreffen" anmeldeten.

Die Begegnung dauerte zwei Tage. Am ersten Tag wurden die jungen Projektteilnehmer von zwei Deutschlehrern in die Thematik der regionalen Küche eingeführt. Anhand der zahlreichen und spannenden Wortschatzübungen lernten die Kinder neue Vokabeln kennen, indem sie beispielsweise aus einem Buchstabensalat die Bezeichnungen von Lebensmitteln zusammensetzen mussten. Aus Zeitungen und Illustrierten schnitten die kleinen Köche Bilder von verschiedenen Speisen und Lekkerbissen heraus, die später für eine Collage genutzt wurden. An den mit bunten Abbildungen beklebten Kartons ließ sich später erkennen, welche Produkte die Kinder als gesund und welche als ungesund eingestuft hatten.

Darüber hinaus wurden vielfältige Bewegungsspiele durchgeführt, bei denen sich die Kinder Namen für Produkte merkten. Am zweiten Projekttag trafen sich junge Projektteilnehmer und ihre Eltern mit Paweł Błazewicz, dem langjährigen Mitarbeiter des Museums von Ermland und Masuren in Allenstein, der aktuell in der Allensteiner Brauerei Kormoran arbeitet und außerdem ein leidenschaftlicher Koch ist.

Zunächst hielt der Referent einen spannenden Vortrag über die Essgewohnheiten verschiedener Völker, die das Gebiet Ostpreußen im Laufe der Geschichte bewohnten. Man erfuhr, dass sich die Stämme der Prußen mit Vorliebe von Wildfleisch ernährten, während sie Fische eher verschmähten. Nach der Unterwerfung der Prußen durch den Deutschen Orden im 13. Jahrhundert veränderte sich auch die Ernährungsweise. Wie im Mittelalter typisch, aß man mehr Obst und Gemüse, Getreide- und Milchprodukte. Die Ordensbrüder mussten sich an die Regeln des Ordens halten, die nach kirchlichen Geboten auch zum Fasten verpflichteten.

Begeisterung beim Gruppenkochduell

Egal ob zu Zeiten der Prußen, im Mittelalter oder in der Neuzeit, eines blieb für die ostpreußische Küche unveränderlich. Die Speisen wurden vorwiegend aus frischen, lokalen Produkten zubereitet. Dazu gehörten vor allem unterschiedliche Fleischsorten, zahlreiche Getreidearten, die auf den Feldern angebaut wurden, die in der Ostsee oder im Frischen Haff gefangenen Fischarten, heimische Früchte und Gemüsearten, Molkereiprodukte und schließlich Pilze und Waldfrüchte.

Die Kinder hörten dem Vortrag mit großem Interesse zu, antworteten auf Fragen des Referenten und stellten ihm Fragen. Anschließend wurde zum Höhepunkt der Workshops – dem gemeinsamen Kochen – übergegangen. Die Kinder und ihre Betreuer wurden in zwei Gruppen eingeteilt, die zwei typisch regionale Speisen zubereiten sollten. Angeleitet von Błazewicz, begab sich das erste Team an die Zubereitung der Brotsuppe. Laut Rezept werden Brotstücke samt Mandelflocken, Zimt, Honig, Rosinen und Nelken in einen Topf gegeben und gekocht. Obwohl das Gericht relativ leicht zuzubereiten ist, machte es auf alle großen Eindruck, denn der würzige wie auch süße Geschmack der Suppe gefiel sowohl jüngeren als auch älteren Projektteilnehmern, und die meisten kosteten diese Spezialität zum ersten Mal.

Das zweite Kochteam benötigte Kartoffeln, Eier, Schnittlauch, geräucherte Forelle, Zwiebeln und saure Gurken, um eine leckere Variante des Kartoffelsalats zu zaubern. Schließlich setzten sich die Kinder mit ihren Betreuern zusammen an den Tisch, um die zubereiteten Speisen bei gemeinsamen Gesprächen in einer gemütlichen Atmosphäre zu probieren.

Dass viele Köche den Brei verderben, hat sich nicht bestätigt, weil am Ende sowohl die Schüssel mit Kartoffelsalat als auch die Suppenterrine leer waren. Zweifellos trug die Kochwerkstatt zur Integration der Generationen bei, Kinder und Eltern hatten die Gelegenheit zum gemeinsamen Pellen, Schnippeln, Rühren und Würzen. Sie hatten viel Spaß bei diesen Kochaktivitäten. Die Projektteilnehmer waren begeistert und freuen sich auf die nächste Kochwerkstatt.

Dawid Kazanski

Kreative Suche nach der eigenen Identität

Künstler aus Königsberg führten in Berlin den Film »Kaliningrader Quest« auf – Förderung aus Deutschland

Über die eigene Identität denken nicht nur die heutigen Bewohner Königsbergs nach. Die einzigartige Geschichte dieser Stadt lässt Künstler nach der Frage forschen: „Wer sind wir und wohin bewegen wir uns?" Die Regisseurin Irina Roerig hat einen Film mit dem ungewöhnlichen Titel „Kaliningrader Quest" gedreht. Dieser wurde in Berlin im Kino „Delphi" in der Gustav-Adolf-Straße 2 präsentiert.



Nach der Vorführung: Schauspieler auf der Bühne Bild: J.T.

Das Kino wurde 1929 im Stadtteil Berlin-Weißensee eröffnet, wo sich einige kleine Filmstudios befanden und in dem Stummfilme vorgeführt wurden. Nach 1959 wurde es nicht mehr genutzt, aber in den vergangenen Jahren hat man es als Ort für Filmvorführungen, Konzerte und Veranstaltungen wiederbelebt. Das Interieur verleiht ihm eine geheimnisvolle Atmosphäre, die sehr gut zu der Präsentation des Films über die Stadt Immanuel Kants passte.

Der Vorführung wohnten etwa 200 Zuschauer bei, die es sich mit Weingläsern auf ihren Plätzen bequem gemacht hatten. Darunter waren alle Altersstufen und nicht nur Menschen, die unmittelbar mit der Pregelstadt verbunden sind. Diejenigen, die mit Königsberg zu tun haben, konnten an diesem Abend viele bekannte Gesichter treffen.

Die Filmvorführung wurde vom Deutsch-Russischen Forum e.V. unterstützt. Die Filmaufnahmen in Königsberg hatten das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland und das Hansebüro/Informationsbüro des Landes Schleswig-Holstein in Königsberg gefördert.

Die 90-minütige Vorführung wurde begeistert verfolgt, niemand verließ vor dem Ende den Kinosaal. Das realistische Sujet verbindet sich mit Fantasie, die Szenen auf den Straßen des zeitgenössischen Königsbergs mischen sich mit der mittelalterlichen Mythologie und Bildern der Vorkriegszeit. Die Helden philosophieren über die Vergangenheit und die Zukunft der Stadt, über ihr Zentrum mit dem Schloss und dem Haus der Räte ebenso wie mit dem Philosophen Immanuel Kant. All dies ist eine Suche, die sich in den parallelen Welten im Gebiet der Stadt Kaliningrad/Königsberg entfaltet.

Die Handlung des Films: Sergej, der Schauspieler des regionalen Dramentheaters, kehrt nach Hause zurück und übernimmt das neue Computerspiel „Parzival", mit dem er sich in einer neuen Realität wiederfindet und auf der Suche nach seinem Gral durch die Korridore des Hauses der Räte geht. Das Spiel wird für ihn zu einer komplizierten Reise durch parallele Welten, die den Spieler nicht nur in der virtuellen Welt, sondern auch in der Realität herausfordert. Er muss nach Antworten auf existenzielle Fragen suchen, die den mittelalterlichen Ritter Parzival und den Philosophen Immanuel Kant gleichermaßen beunruhigten. Der Geist der unsichtbaren Stadt Königsberg fordert einen Dialog zwischen Ost und West, zwischen der gegenwärtigen russischen Realität und den unsichtbaren Denkern, die im alten Königsberg europäische Geistesgeschichte geschrieben haben. Die Wege aller Sucher, unter ihnen sind ein Philosoph, ein Architekt, ein Schriftsteller, ein Kranführer, der am Bau des Hauses der Räte beteiligt war, sowie ein Touristenführer, führen zum Haus der Räte und den Überresten des Schlosses.

Die Atmosphäre eines emotionalen Erlebnisses beim Anschauen des Films wurde durch die Simultanübersetzung und durch die musikalische Begleitung des Musikers und Komponisten John Schigol erzeugt. An diesem Abend hatten die Gäste eine wunderbare Gelegenheit, sich ein Bild von der Entstehung des Films zu machen. Nach der Vorführung gab es die Gelegenheit zum Gespräch mit Martin Hoffmann, dem Geschäftsführenden Vorstandsmitglied des Deutsch-Russischen Forums e.V., der Regisseurin Irina Roerig und Gerfried Horst vom Verein „Freunde Kants und Königsbergs e.V.". *J. Tschernyschew*



ZUM 103. GEBURTSTAG

Kempf, Ruth, geb. **Lukas**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 12. Dezember
Welz, Elise, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 11. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Brozio, Gertrud, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 7. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Wilhelm, Lisbeth, geb. **Schellong**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember
Zech, Betty, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 9. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Olschewski, Günter, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Böhm, Ilsegret, geb. **Neumann**, aus Lötzen, am 7. Dezember
Podehl, Elisabeth, geb. **Bandilla**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 10. Dezember
Tennert, Herta, geb. **Kullack**, aus Mertenheim, Kreis Lötzen, am 10. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Ebert, Christel, geb. **Koriat**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 7. Dezember
Gruber, Edeltraud, geb. **Klipp**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 7. Dezember
Lipke, Willi, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 7. Dezember
Maifeld, Else, geb. **Malinowski**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 11. Dezember
Nissen, Ingrid, geb. **Liedtke**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Pietrass, Frieda, aus Groß Krösten, Kreis Lötzen, am 13. Dezember
Voigt, Helmut, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Werner, Erika, geb. **Böhm**, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 11. Dezember
Westermann, Gertrud, geb. **Walendy**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 10. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bielak, Hildegard, geb. **Frank**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 8. Dezember
Dauner, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Dezember
Klein, Gertrud, geb. **Winkler**, aus Trenk, Kreis Fischhausen, am 5. Dezember
Marstaller, Wolfgang, aus Kreis Wehlau, am 13. Dezember
Noack, Elisabeth, geb. **Walendy**, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember
Sagorski, Irmgard, geb. **Grytzo**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Spangehl, Erhardt, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember
Weber, Erika, geb. **Bondzio**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 8. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baumgardt, Resi, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember
Bohnhoff, Dora, geb. **Andres**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 13. Dezember
Brakensiek, Waltraut, geb. **Prieur**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Fricke, Christel, aus Lyck, am 10. Dezember
Geisselseder, Waltraud, geb. **Baumgardt**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 8. Dezember
Jöhnke, Martha, geb. **Helbart**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 13. Dezember
Joseph, Eva, geb. **Stein**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember
Kern, Hiltraut, geb. **Küchen**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Klemz, Gerda, geb. **Findeisen**, aus Fischhausen, am 3. Dezember
Mildt, Ingeborg, geb. **Stapelfeldt**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 10. Dezember
Müller, Elfriede, geb. **Manteuffel**, aus Neidenburg, am 10. Dezember
Noack, Margarete, geb. **Jankowski**, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 7. Dezember
Panneck, Willy, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Umlauff, Ilse, aus Mulden, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Wedemann, Arno, aus Goldschmiede, Kreis Fischhausen, am 2. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Batschke, Manfred, aus Medenau, Kreis Fischhausen, am 2. Dezember
Ginnow, Arnold, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 12. Dezember
Hinz, Christel, geb. **Daduna**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Kais, Irmgard, geb. **Mitzkatis**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Kamann, Alfred, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Kawlath, Eleonore, geb. **Diesing**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 8. Dezember
Knabe, Erika, geb. **Schulz**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. Dezember
Kutz, Bruno, aus Lisken, Kreis Lyck, am 10. Dezember
Pasternak, Günter, aus Wehlau, am 10. Dezember
Peper, Kurt, aus Sarkau, Kreis Fischhausen, am 6. Dezember
Teske, Hildegard, geb. **Suchert**, aus Rudau, Kreis Fischhausen, am 7. Dezember
Wilk, Elfriede, aus Lyck, am 13. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Gebuhr, Elly, geb. **Krykowski**, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember
Kießling, Irmgard, geb. **Borawski**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Kniest, Günther, aus Tilsit, am 3. Dezember
Lenski, Kurt, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember
Nippert, Ursel, geb. **Schulz**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 9. Dezember
Patschorke, Erika, geb. **Neubert**, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 12. Dezember
Subkus, Wilhelm, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 11. Dezember
Zehdow, Christel, geb. **Samorski**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baumgardt, Walter, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Derendorf, Walter, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 12. Dezember
Haubold, Frieda, geb. **Czernitzki**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember
Krupinski, Hildegard, geb. **Sambill**, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 13. Dezember
Laddach, Egon, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 8. Dezember
Laskowski, Christel, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 10. Dezember
Plagmann, Waltraut, geb. **Trinker**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 3. Dezember
Steinbrücker, Klaus, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 8. Dezember
Tobien, Karl-Heinz, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 10. Dezember
Ulrich, Luise, geb. **Poewe**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 12. Dezember
Weber, Alfred, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 13. Dezember
Wieschollek, Erich, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Borowy, Manfred, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Daudert, Kurt, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember
Dietrich, Marga, geb. **Kutzorra**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 9. Dezember
Giese, Christel, geb. **Moritz**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Hamann, Klaus, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 10. Dezember
Jedamzik, Helmut, aus Lyck, General-Busse-Straße 1, am 8. Dezember
Kalusche, Christa, geb. **Liss**, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, am 13. Dezember
Keuter, Gerda, geb. **Frischmuth**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Kiesewetter-Langanke, Inge, geb. **Langanke**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 10. Dezember
Kledtke, Ingeborg, geb. **Spiewak**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember
Knoke, Waltraut, geb. **Reich**, aus Schwengels, Ortsteil Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 8. Dezember
Knost, Renate, geb. **Schmiegel**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Langanke, Hannelore, geb. **Stretzka**, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 11. Dezember
Lindemann, Manfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember
Meyer, Loni, geb. **Petrick**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Riehl, Dora, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember
Schött, Meinhard, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 8. Dezember
Schrader, Heinz, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember
Stannehl, Horst, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 9. Dezember
Tödt, Waldtraut, geb. **Hoffmeister**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 2. Dezember
Trinker, Wilfried, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 1. Dezember
Turowski, Waldemar, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 13. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bähr, Christel, geb. **Niederstrasse**, aus Treuburg, am 12. Dezember
Becker, Siegfried, aus Statzen, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Becker, Sieghard, aus Statzen, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Ellwanger, Brigitte, geb. **Ellwanger**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Dezember
Godlinski, Heinz, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 9. Dezember
Gronostay, Rosemarie, geb. **Vohs**, aus Waldau, Kreis Fischhausen, am 6. Dezember
Grube, Rosa, geb. **Walzner**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 11. Dezember
Henning, Erika, geb. **Chlebusch**, aus Lyck, am 12. Dezember
Hoffmann, Günther, aus Buchholz, Kreis Preußisch Eylau, am 10. Dezember
Holzäpfel, Christel, geb. **Belusa**, aus Kilianen, Kreis Treuburg, am 8. Dezember
Hudaff, Margarete, geb. **Bosk**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 8. Dezember
Jonischkeit, Rudi, aus Kalk-Kumehnen, Kreis Fischhausen, am 10. Dezember
Kempa, Gerhard, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 10. Dezember
Krause, Ingrid, geb. **Platzek**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 9. Dezember
Legat, Berthold, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Nowak, Inge, geb. **Lamprecht**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 7. Dezember
Ohlberg, Ingrid, geb. **Loewner**, aus Klein Drebnau, Kreis Fischhausen, am 8. Dezember
Popp, Christel, geb. **Czekay**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Dezember
Roeder, Vera, geb. **Stobbe**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Schirmacher, Käte, geb. **Schirmacher**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 13. Dezember
Suhr, Erich, aus Kompehnen, Kreis Fischhausen, am 11. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Jobst, Hartmut, aus Treuburg, am 11. Dezember
Koch, Gesine, geb. **Koch**, aus Wehlau, am 12. Dezember
Krutzki, Ingrid, geb. **Ewert**, aus Wehlau, am 7. Dezember
Maul, Hannelore, geb. **Mikat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Schönwald, Holle, geb. **Winkelmann**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 10. Dezember

Zusendungen für Ausgabe 51/52

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Doppelausgabe 51/52/2018 (Erstverkaufstag: 21. Dezember) bis spätestens Mittwoch, 12. Dezember an Fax an (040) 41400850, an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

TERMINE DER LO

2019
16. bis 17. März: Arbeitstagung (AT) der Kreisvertreter in Helmstedt
13. bis 14. April: AT Deutsche Vereine in Sensburg
12. bis 14. April: Kulturseminar in Helmstedt
11. Mai: Jahrestreffen der LO in Wolfsburg
15. Juni: Sommerfest des VdGEM in Heilsberg
21. bis 23. Juni: 7. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

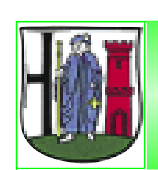
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Ermland und Masuren im Winter

Ellingen – Das Kulturzentrum Ostpreußen zeigt Fotografien von Mieczyslaw Wieliczko und Andrzej Waszczuk. Eröffnet wird die Ausstellung Sonntag, 9. Dezember, 10.30 Uhr durch den Direktor Wolfgang Freyberg. Im Anschluss liest der ostpreußische Schauspieler Herbert Tennigkeit „Winter und Weihnachten in Ostpreußen“. Die stimmungsvollen Motive der schönen eisigen ostpreußischen Winterwelt können Sie bewundern bis zum 22. April 2019 Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 16 Uhr. Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Telefon (09141) 86440.

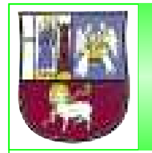
Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Wahlaufruf

Die Stadtgemeinschaft Allenstein und die Kreisgemeinschaft Allenstein-Land haben beschlossen, sich zur Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. zu vereinen. Der Eintrag in das Vereinsregister des Amtsgerichts Osnabrück ist erfolgt, und die Gemeinnützigkeit wurde durch das Finanzamt bestätigt.

Entsprechend der Wahlordnung der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. rufen wir alle Mitglieder der Stadtgemeinschaft Allenstein und der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land zur Wahl der gemeinsamen Kreisversammlung auf. Als Mitglieder gelten heutige und frühere Bewohner der Stadt und des Landkreises Allenstein, ihre Ehegatten und Nachkommen sowie diejenigen, die sich unserer Heimat besonders verbunden fühlen. Die Mitgliedschaft entsteht durch Aufnahme in die Heimatkartei und kann durch Anmeldung oder eine dieser gleich zu setzenden Erklärung, wie die Beteiligung an der Wahl der Kreisversammlung, erfolgen.

Jedes Mitglied der beiden Kreisgemeinschaften ist wahlberechtigt und auch wählbar. Die Wahl muss schriftlich auf dem im Allensteiner Heimatbrief Nr. 266 und im Heimatjahrbuch Landkreis Allenstein 2018 enthaltenen Wahlschein erfolgen. Die Wahl ist gültig, wenn insgesamt nicht mehr als 15 Kandidaten gewählt werden. Auf dem Wahlschein sind Name und Anschrift des Wählers anzugeben.

Folgende Mitglieder der beiden Kreisgemeinschaften kandidieren für die Kreisversammlung: Alexander Bauknecht, Hans-Peter Blasche, Johann Certa, Andreas Galenski, Bernhard Grodowski, Jan Hacia, Stefan Hein, Gottfried Hufenbach, Artur Korczak, Waldemar Lehnardt, Waldemar Malewski, Herbert Monkowski, Thomas Nowack, Christine Plocharski, Werner Schaffrin, Horst Tuguntke, Dagmar Urban.

Der Wahlschein ist an Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen oder per E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de zu senden.

Einsendeschluss ist der 31. März 2019.

Gottfried Hufenbach, Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Allenstein
Hans-Peter Blasche, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Wir erleben gerade eine spannende politische Zeit und wollen mit unserer zur Tradition gewordenen heimatpolitischen Tagung in das Jahr 2019 starten. Der große Erfolg unserer Tagungen in den vergangenen Jahren und das rege Interesse der Teilnehmer haben dafür die Maßstäbe gesetzt. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft Angerburg laden alle an der Geschichte und Kultur Ostpreußens Interessierte zu dieser Tagung sehr herzlich ein. Die Tagung findet am Wochenende 16. und 17. Februar 2019 in 27356 Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16 (Theodor-Heuss-Schule) statt. Es konnten wieder kompetente Referenten gewonnen werden.

Für Besucher der Tagung ist die Mensa der Theodor-Heuss-Schule bereits ab 14 Uhr geöffnet und es wird Kaffee, Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr wird Christopher Spatz, Bremen, die Tagung mit seinem Vortrag „Wolfskinder" einleiten. Nach einer kurzen Pause wird Direktor Wolfgang Freyberg, Ellingen, das Thema „Neue Nachbarn – Deutsche und Polen im Ermland und Masuren nach 1945" behandeln. Im Anschluss an die Vorträge besteht jeweils Gelegenheit für Fragen an die Referenten und für eigene Einschätzungen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und anregenden Gesprächen mit interessanten Gästen lassen wir den Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag, 17. Februar 2019, 10 Uhr, wird die Tagung in der Theodor-Heuss-Schule fortgesetzt. Wolfgang Brandes, Fallingbostel, wird uns die wahre Geschichte des Hauptmanns von Köpenick schildern. Gegen 12 Uhr wird die Tagung mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder" beendet sein.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldung, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 27 Euro pro Person einschließlich Dessert und Mitteilung von Übernachtungswünschen bis zum 9. Februar 2019 (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22355 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.

Kurt-Werner Sadowski



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Flugreise im August

Vom 14. bis zum 25. August wird eine zwölftägige Flugreise nach Rauschen, Königsberg und Gumbinnen, Tilsit, Nidden und Cranz unter der Reiseleitung von Dieter Wenskat stattfinden.

Nähere Informationen und Anmeldung bei Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Telefon (04121) 85501.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Adventsfeier

Stade – Sonntag, 16. Dezember, 10.30 bis 17 Uhr, Patenschaftsmuseum Goldap, Harsefelder Straße 44 a, 21680 Stade: Adventsfeier mit Posaunenchor der Johannis Gemeinde und weihnachtlicher Musik um 11.15 Uhr. Anschließend wird es eine Führung durch die Sonderausstellung „Unser Fräulein Hecker" (Junglehrerin in Dubeningken, 1941–1944) geben, gefolgt von einem Fotovortrag „Ostpreußen – ein Wintermärchen" um 13 Uhr, in dem Annelies und Gerhard Trucewitz zusammen mit Lena Hammann eine „märchenhafte" Fotoschau mit Bildern, Texten und Gedichten passend zu Thema und Jahreszeit präsentieren. Anschließend: „Es weihnachtet im Museum" in einem adventlichen Ambiente mit Liedern zum Mitsingen, großem Bücherflohmarkt, Geschenketisch und leckeren Naschereien.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Sachsen – Sonnabend, 15. Dezember, 12 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau (Ortsteil Marienthal): Weihnachtsfeier. Nähere Informationen: Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

Schwerin – Sonnabend, 15. Dezember, 12 Uhr, Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt: Weihnachtsfeier.

Thüringen – Sonnabend, 8. Dezember, 14 Uhr, Diakonissenmutterhaus Eisenach, Karlsplatz 27-31: Weihnachtsfeier. Weitere Informationen: Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail: fjboehlke@gmail.com



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Nachdruck



Die Kreisgemeinschaft hatte schon zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel im Jahre 2014 die erweiterte Neuauflage der Arbeit von Helmut Borkowski „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland 1944–1945" vorgelegt. Das Interesse an dieser schnell vergriffenen Dokumentation ist noch immer so groß, dass ein Neudruck veranlasst wurde. Dieser liegt nun vor.

Das Werk ist bereits in den Jahren 2014 und 2015 von Bärbel Beutner in den einschlägigen Heimatbriefen eingehend und mit viel Sachverstand rezensiert worden. Deshalb soll hier – im Einverständnis mit der Autorin – auf diese Buchbesprechungen zum großen Teil wortgetreu zurückgegriffen werden. Sie nennt die Arbeit von Borkowski eine akribisch recherchierte Beschreibung der Kampfhandlungen 1944/1945.

In der erweiterten Auflage konnte Borkowski das umfangreiche Quellenmaterial, das ihm schon für die erste Auflage zur Verfügung stand, durch russische Quellen erweitern. Er nennt im Vorwort die Bücher von Marschall Schukow und Marschall Wassilewsli, die ihm wichtiges Material geliefert haben.

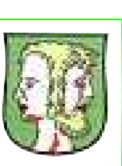
Borkowski beginnt mit der Rekonstruktion der russischen Pläne zum Sommerfeldzug 1944. Mit zwei Fronten sollten die Deutschen im Raum Witebsk und bei Minsk vernichtet werden. Dass die Pläne gelangen, führt Borkowski auf strategische Fehlentscheidungen Hitlers zurück, der im Gegensatz zu Stalin nicht mehr auf die Generäle hörte. Der Autor stellt manche Überlegung an, wie man anders hätte operieren müssen und bedauert die vielen Opfer, die man hätte vermeiden können. Er wirft die Frage auf: „Haben wir Deutschen beim Ostfeldzug eine Chance gehabt?" Es folgt eine lesenswerte Überlegung zu militärisch und politisch problematischen Entscheidungen.

Auf 200 Seiten werden die Kämpfe um Gumbinnen, Memel, Königsberg, Cranz, Fischhausen, Heiligenbeil, Rauschen, Pillau und so weiter geschildert. Jede militärische Einheit, jede Kampfhandlung mit Datum, jede Örtlichkeit wird aufgeführt. Jede freigekämpfte Bahnlinie, Brücke und Straße ermöglichte die Rettung von Zivilpersonen.

Mit Gauleiter Koch geht Borkowski scharf ins Gericht. „Hätte dieser auf die Frontbefehlshaber gehört und eine rechtzeitige Evakuierung angeordnet, hätten viele Menschen gerettet werden können. Not und Verzweiflung hätten erspart werden können. Dieser Mann war ein Verhängnis für uns Ostpreußen."

Historiker bekommen hier ein Nachschlagewerk, das für die Militärgeschichte von besonderem Interesse sein dürfte. Aber auch die Landsleute haben hier Gelegenheit, Genaues über das Schicksal ihres Heimatortes zu erfahren. Werner Schuka, der für Layout und Druckvorbereitung des Bandes verantwortlich ist, fügt redaktionelle Ergänzungen an: Zeittafeln und Presseartikel aus der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* sowie Briefe und Zeitzeugnisse.

Das Werk ist zu bestellen bei Carl Mückenberger, Neißestraße 13, 32425 Minden, Telefon (0571) 46297. Es kostet 26 Euro.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Treffen in Bremen

Zum 10. Mal fand am 8. November das Lycker-Treffen in Bremen, im Hotel Zur Post statt. Organisa-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Dienstag, 11. Dezember, 18:30 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum, Eintritt: 5 Euro: Lesung in ostpreußischer Mundart mit Herbert Tennigkeit. „Dunkel und kalt war es, der Schnee lag dicht auf weiter Flur und in den Straßen der Städte. Eine unheimliche Stille breitete sich des Abends draußen aus, während in den gemütlichen Stuben das Feuer knisterte, alte Geschichten erzählt wurden und über allem der Duft von Pfefferkuchen und Tannengrün lag." – schreibt Marion Junker in ihrem Buch „Weihnachten im alten Ostpreußen".

So erinnern sich viele Menschen an die Weihnachtszeit vergangener Tage. Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg möchte diese Atmosphäre wieder in Erinnerung bringen und hat einen besonderen Gast eingeladen – Herbert Tennigkeit.

Der Hamburger Schauspieler gehört zu den ganz Wenigen, die heute noch den ostpreußischen Dialekt beherrschen. Er hat ein besinnliches und heiteres Programm zusammengestellt und wird Gedichte, Prosatexte und Anekdoten aus Werken unter anderem von Siegfried Lenz, Arno Surminski, Ingrid Koch und Joseph v. Eichendorff vortragen.

Herbert Tennigkeit, geboren in Gröspelken im Kreis Tilsit, musste 1944 seine Heimat verlassen. Heute lebt er in Hamburg. Er ist seit 40 Jahren als Schauspieler tätig, hat auf vielen deutschen Bühnen gestanden und in zahlreichen Fernsehproduktionen wie „Schwarzwaldklinik" oder „Tatort" mitgespielt.

Kartenreservierung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-lg.de

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

tor des Treffens sowie auch der vorangegangenen Treffen war wiederum Wilhelm Norra, Ortsvertreter von Sareiken sowie Bezirksvertreter Lyck Land und Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck e.V. Der weitverbreiteten Einladung folgten 44 Landsleute.

Während der Ankunftsphase mit der Möglichkeit zur persönlichen Begrüßung eröffnete Wilhelm Norra den offiziellen Teil des Treffens mit dem Gedicht „Die Lycker Ecke“, umrahmt von den Liedern „Die Farben von Masuren“ und „Die Hauptstadt von Masuren ist mein geliebtes Lyck“.

Als danach alle in Gedanken in ihrer Heimatstadt Lyck angekommen waren, begrüßte Wilhelm Norra die Anwesenden und hieß sie herzlich willkommen, darunter auch wieder in treuer Verbundenheit zu den Lycker Landsleuten, den Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Angerburg, Kurt-Werner Sadowski, in Vertretung der Kreisvorsitzenden Bärbel Wiesensee, den zweiten Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Lyck, Dieter Czudnochowski, die Sprecherin der Mittleren Generation und Kassenwartin Heidi Mader sowie Michael Mader, zuständig für den Buchversand.


Hat viele Talente: Wilhelm Norra mit Akkordeon Bild: privat

Czudnochowski sprach eine Laudatio für die von Norra bisher durchgeführten Lycker Treffen in Bremen, verfasst vom Kreisältesten der Kreisgemeinschaft Lyck, Gerd Bandilla. Mit weiteren netten Worten und einem kleinen Geschenk bedankte sich Dieter Czudnochowski dann noch einmal bei Wilhelm Norra im Namen der Kreisgemeinschaft für die bisher veranstalteten Treffen in Bremen.

Der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Angerburg, Kurt-Werner Sadowski, berichtete nach einem Grußwort über viele interessante Neuigkeiten um Ostpreußen.

Auch die Sprecherin der Mittleren Generation, Heidi Mader, dankte Norra für seine Arbeit mit dem Bremer Treffen und sprach über die Veranstaltungen der Mittleren Generation, an denen alle Landsleute, unabhängig vom Alter, teilnehmen können. Im Mittelpunkt stand dabei die Fahrt nach Lüneburg mit dem Besuch des gerade kürzlich nach längerer Umbauphase wiedereröffneten Ostpreußischen Landesmuseums.

Michael Mader hatte einen Büchertisch aufgebaut und berichtete den Landsleuten auch über neue Bücher, die er erstmals zum Verkauf anbot.

Die Akkordeoneinlagen des Organisators lockerten zwischen den Reden die Stimmung durch Volkslieder wunderbar auf. Zeit zum persönlichen Austausch bot die Kaffeetafel.

Zum Ausklang war, wie auch in den letzten Jahren, ein Tisch im Bremer Ratskeller reserviert. Einige Landsleute verbrachten dort noch ein paar nette Stunden in heimatlicher Verbundenheit.

Es wurde beschlossen, auch im nächsten Jahr ein Lycker Treffen in Bremen zu veranstalten.

Termin: Donnerstag, 14. November 2019, 13 bis 18 Uhr, Hotel Zur Post, Bahnhofsplatz 11, Bremen.

Weitere Information bei Wilhelm Norra, Telefon (0421) 820651. *W.N.*



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreter Wolfgang Warnat, Ardeystraße 24, 58300 Wetter, Telefon (02335) 68470. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Erinnerungen gesucht

Wir wollen die großartige Arbeit unseres Heimatkreises aus den zurückliegenden Jahren in einer Bild- und Text-Dokumentation zusammenfassen, um unsere interessierten Nachkommen zu erinnern und zu informieren, wie wir unsere geliebte, leider verlorene Heimat, nicht vergessen, sondern aus der Ferne in lebendiger Erinnerung behalten haben.

Darum benötigen wir Ihre Bilder, Texte und Graphiken mit Bezug auf Orte, Landschaften, Familien, aus den Kreis Mohrungen, die Sie gerettet, in den zurückliegenden Jahren erstellt oder gesammelt haben, mit der Erlaubnis, sie in die projektierte Dokumentation aufzunehmen und veröffentlichen zu dürfen.

Wir beabsichtigen, das Ergebnis unserer gemeinsamen Bemühungen (Nachlass), allen interessierten Mitgliedern der Kreisgemeinschaft zum Versand- und Selbstkostenpreis zukommen zu lassen.

Es sind also alle Mitglieder, *PAZ*-Leser und Sympathisanten des Kreises Mohrungen angesprochen. Bitte senden Sie bis zum 31. Januar 2019 alle Bild- und Text-Materialien in Form von Originalen oder Kopien an: Kreisgemeinschaft Mohrungen, Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Kooperation

Mit dem Wirken des Vereins „Freunde für Russland“ ist die Stadtgemeinschaft Tilsit eng verbunden. Franz Stenzel vertritt die Interessen des Vereins als gewähltes Mitglied in der Tilsiter Stadtvertretung.

Seit vielen Jahren wurden Krankenhäuser. Kindereinrichtungen und Schulen in Tilsit mit humanitären Hilfslieferungen unterstützt. Das kameradschaftliche Miteinander brachte Franz Stenzel kürzlich anlässlich seines Besuchs in Tilsit zum Ausdruck, wo er dem Oberbürgermeister Nikolaj Voischev eine Fahne überreichte und eine Parkbank für die „Königin-Luise-Promenade“ stiftete.

Zur weiteren Koordinierung sozialer Projekte traf sich der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Tilsit Erwin Feige zu einer Arbeitsberatung mit Franz Stenzel. Er würdigte das Wirken der „Freunde für Russland“. Im Namen des Vorstands der Stadtgemeinschaft Tilsit wurde der Verein „Freunde für Russland“ mit dem Bildband „Tilsitskie Dominanty“ geehrt.

Hans Dzieran



LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

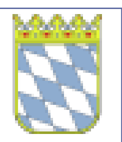
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Dienstag, 18. Dezember, 15 Uhr, Krauthof, Beihingerstraße 27: Vorweihnachtsfeier.

Reutlingen – Sonnabend, 15. Dezember, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Weihnachtsfeier der LOW-Reutlingen. Musikalisch werden wir vom Posaunenchor Wannweil eingestimmt. Wir freuen uns, dass unsere Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Uta Lüttich, ihr Kommen zugesagt hat. Sie hat in ihrem Weihnachtssack ein weihnachtliches Grußwort vorbereitet mit Vorträgen und Gedichten aus der Heimat werden wir mit unseren Gedanken und Erinnerungen gen Osten ziehen. Alle Landsleute und Freunde sind herzlich eingeladen, allen Landsleuten, die aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen können, wünscht der Vorstand gute Besserung und eine gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes, glückliches neues Jahr 2019. Mit einer Weihnachtsüberraschung in Form eines leckeren kalten Weihnachtsbuffets lassen wir das Jahr 2018 ausklingen. – Mittwoch, 19. Dezember, 14.30 Uhr, Treffpunkt der Frauengruppe Reutlingen, Unter den Linden, Rommelsbacher Straße 1, Reutlingen: Treffen. Die Leiterin Erika Manzau-Schmidt hat schon einige Vorbereitungen getroffen. Bitte an die Päckchen für den Grabbelsack denken und mitbringen.

Stuttgart – Freitag, 14. Dezember, Haus der Heimat, Großer Saal: gemeinsame Weihnachtsfeier der LM Ostpreußen und LM Westpreußen mit Peter Juréwitz und seinen Musikern.

Wendlingen – Sonntag, 16. Dezember, 14 Uhr, Saal, Gasthaus Zum Lamm, Kirchheimerstraße 26: 64. vorweihnachtliche Feier mit Kaffeetafel und heimatlichem Gebäck, Worten zur Advents- und Weihnachtszeit mit Singen und Musizieren. Dabei werden Erinnerungen an längst vergangene Tage wach. Es wird einen Rückblick auf 64 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen in Wendlingen geben und einen Ausblick – nach mehr als drei Jahrzehnten wird der ehrenamtliche Vorsitzende Helmut Pallaks seine Aufgaben in jüngere Hände legen. Seine Tochter Birgit Pallaks-John, seit 1996 und seit 2014 Kassiererin der Gruppe, wird das Erbe unserer Heimat als Auftrag übernehmen und weitergeben. Unterstützt wird sie von ihrer Tochter Stefanie John. In der vorweihnachtlichen Feier wird die neue Vorsitzende die Neujahrsglückwünsche und das Schlusswort sprechen. Wie immer sind Gäste herzlich willkommen.

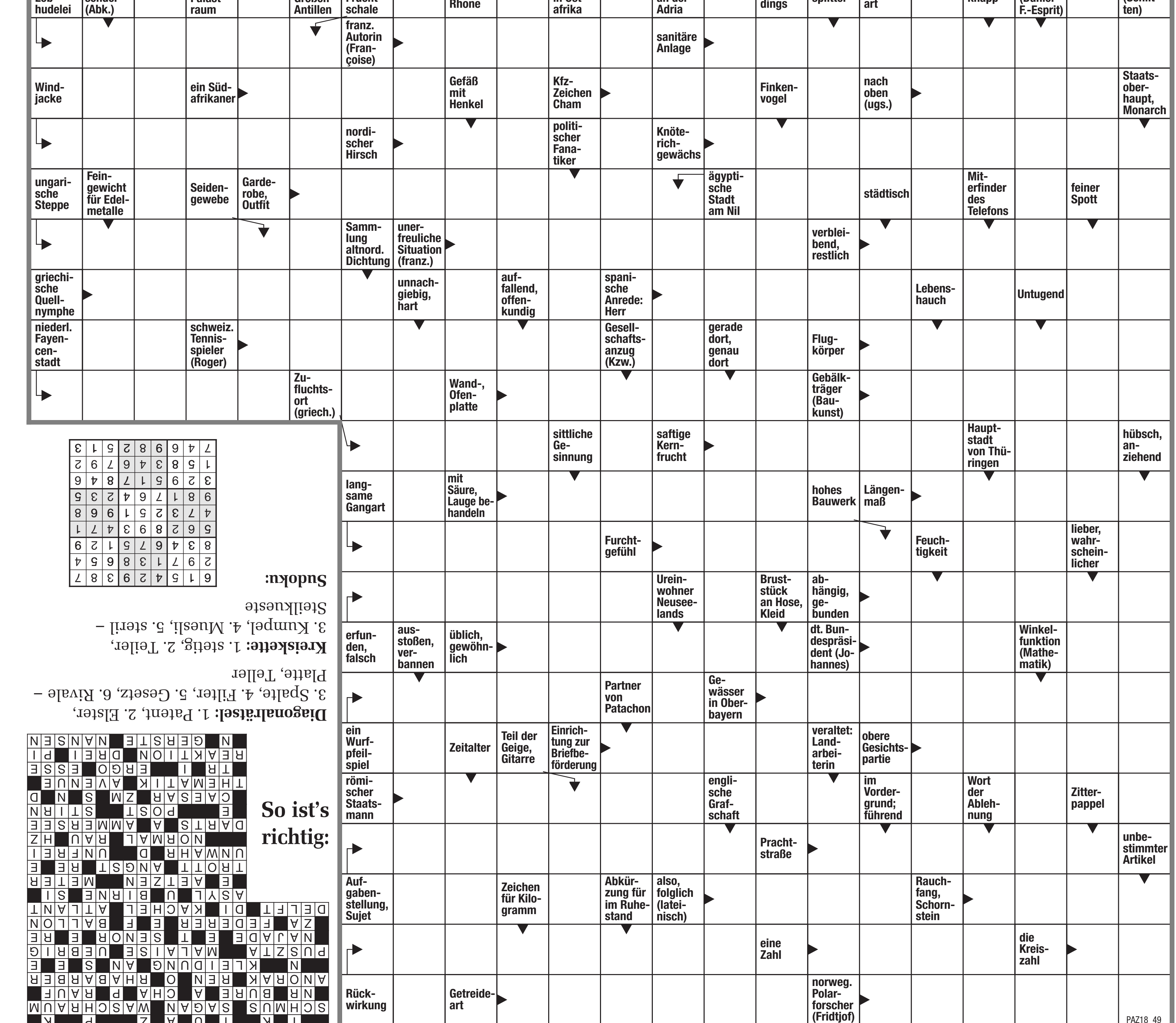


BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonntag, 16. Dezember, 15.30 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Vorweihnachtlicher Nachmittag mit Kaffee, Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem historischen Nordosten Deutschlands.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17



Sudoku

6	1		4		9			
						6	5	
	3	4	6					9
5			8					
	7	3	2		1	9	6	
					4			5
3					7	8	4	
	5	8						
			9		2		1	3

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

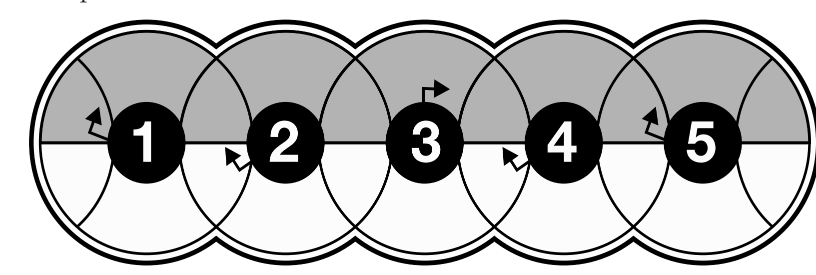
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Essgeschirrteile.

1 Erfindungsschutzurkunde
2 diebischer Vogel
3 Ritze, Riss
4 Seihgerät
5 schriftlich festgehaltenes Recht
6 Nebenbuhler

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Abhang am Meeresufer.

1 beständig, **2** Divisor (Mathematik), **3** Bergmann; Arbeitskamerad, **4** Rohkostspeise, **5** keimfrei



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Ansbach – Sonnabend, 15. Dezember, 15 Uhr, Orangerie: heimatliche Weihnachtsfeier.

Bamberg – Mittwoch, 19. Dezember, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße, Bamberg: Monatstreffen.

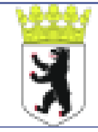
Hof – Sonnabend, 8. Dezember, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88, 95028 Hof: Adventsnachmittag. Die ostpreußische Volkstanzgruppe wird einen Teil des Nachmittags gestalten. Gäste sind immer herzlich willkommen.

Bericht – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Hof traf sich zum monatlichen Beisammensein im Restaurant Altdeutsche Bierstube.

Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die Mitglieder und Gäste und freute sich über die vollbesetzte Kaffeetafel. Zuerst erinnerte er, anlässlich des Datums, an die Grenzöffnung am 9. November 1989, die er hautnah in Berlin miterleben konnte. Auch die Anwesenden schilderten ihre Eindrücke der damaligen Geschehnisse. Nach den Glückwünschen an die Geburtstagskinder des vergangenen Monats stellte Kulturwart Bernd Hüttner den Wasserbauingenieur Georg Steenke vor, der vor allem als Konstrukteur des Oberländischen Kanals in Erinnerung geblieben ist. Danach folgte ein interessanter Vortrag von Christian Joachim zu der Majolika-Manufaktur in Cadinen. Im Anschluss daran berichtete Hannelore Morgner, ebenfalls Kulturwartin, von der Landeskulturtagung der Ost- und Westpreußen in Ellingen. Nach der Eröffnung durch den Landeskulturreferenten Jürgen Danowski stellte ein junger Schriftsteller, Ulrich Trebbin, sein Buch „Letzte Fahrt nach Königsberg“ vor. Das Werk handelt vom Leben seiner Großmutter, die Anfang des 20. Jahrhunderts in Königsberg geboren wurde.

Nach der Mittagspause wurde mit Unterstützung von Rüdiger Stolle und Heinz Horst das ost- und westpreußische Liedgut aufgefrischt. Es folgte ein Vortrag von André Portnjagin, einem Diplomgermanisten aus Königsberg. Er stellte unter dem Titel „Königsberg – Architektur und Denkmäler aus deutscher Zeit“ bekannte Gebäude vor. Außerdem berichtete er, dass die Umbenennung Kaliningrads in Königsberg wieder diskutiert wird. Zum Abschluss referierte Klaus Weigelt, Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg, über „Heimat in Text und Sprache“. Es ist beabsichtigt, ein Institut für die Erforschung der ost- und westpreußischen Sprache zu gründen, um so die heimatliche Sprache, die man immer weniger hört, wieder zu neuem Leben zu erwecken.

Nach diesen informativen Beiträgen sparten die Zuhörer nicht mit Applaus und dankten den Vortragenden für ihre Mühen. Mit Liedern und Gesprächen klang der Nachmittag aus.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

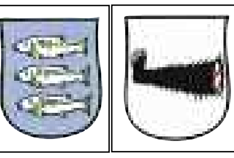
KREISGRUPPEN



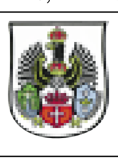
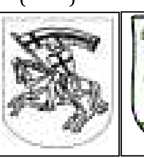
Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



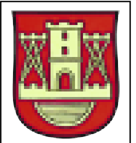
Frauengruppe – Mittwoch, 12. Dezember, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Gedichte zum Jahreswechsel. Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 11. Dezember, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin. Anfragen an Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen an Gabriele Reiß, Telefon (030) 7563563.

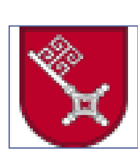
Königsberg, Samland, Labiau – Freitag, 14. Dezember, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin Wilmersdorf. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Memelland – Dienstag, 18. Dezember, 14 Uhr, Ratskeller, Charlottenburger Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102 (Verkehrsverbindung: Linie U7, Richard-Wagner-Platz, und Bus Linie M 45): Adventsfeier. Bitte bis zum 14. Dezember Anmeldung bei Hans-Jürgen Müller unter Telefon (0171) 5483892 oder per E-Mail: hjm.berlin@t-online.de

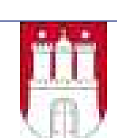


Rastenburg – Sonntag, 9. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen an Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



BREMEN

Bremen – Dienstag, 11. Dezember: Tagesfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg, nach dem Umbau wiedereröffnet und durch die deutschbaltische Abteilung bereichert. Es gibt zwei Einstiegsmöglichkeiten: 7.45 Uhr, Betriebshof Kemper, Bremen-Nord und 8.15 Uhr, Busbahnhof vor dem Cinemaxx beim Überseemuseum. Nach der Führung ist Zeit zum Mittagessen im Gasthaus Krone und anschließend zur individuellen Besichtigung des Hauses oder zum Gang über den Weihnachtsmarkt. Um 16.30 Uhr erfolgt die Rückfahrt. Informationen unter Telefon (0421) 651006.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

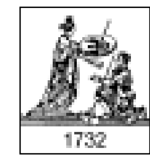
Landesgruppe – Sonnabend, 8. Dezember, 14 Uhr (Einlass ab 13 Uhr) bis zirka 17 Uhr, Hotel NewLivingHome, Julius-Vosseler-Straße 40, Hamburg-Lokstedt: Weihnachtsfeier der Landesgruppe. Das Residenzhotel liegt etwa 50 Meter entfernt von der Haltestelle Hagenbecks Tierpark (U-Bahn Linie U 2 oder den Buslinien 22, 39, 181 und 281) und ist auf ebenem Wege gut zu erreichen. Es erwarten Sie der Chor „Abendklang“, weihnachtliche Gedichte und Verse von Christel Neumann und weitere besinnliche Vorträge. Ein Kaffeegedeck (ein Stück Torte, ein Stück Butterkuchen und Kaffee satt) für 10 Euro pro Person. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.



GRUPPEN

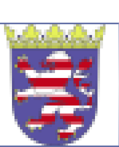


Ostpreußische Frauengruppe Hamburg-Bergedorf – Freitag, 14. Dezember, 14 Uhr, Haus des Begleiters, Harderskamp 1: Treffen zum Thema „Vorweihnacht in der alten Heimat Ostpreußen“ mit Weihnachtskaffee, Kuchen und Schnittchen.



Salzburger Verein e.V. – Landesgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein/Niedersachsen: Treffen am Sonnabend, 8. Dezember, 13 Uhr, Hotel „St. Raphael“, Adenauerallee 41, Hamburg, mit folgendem Programm: Texte und Lieder zum Advent in Ostpreußen und im Salzburger Land. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.

Westpreußen – Freitag, 7. Dezember, 14.30 Uhr (Beginn 15 Uhr), Hotel Senator, Festsaal, 1. Etage, Lange Reihe 18 nahe Hauptbahnhof: Adventstreffen der Westpreußen. Ein adventliches Programm, musikalisch begleitet von Adolf Naroska, ist für Mitglieder und Gäste vorbereitet. Nachfragen unter Telefon (040) 7009279 oder 6401199.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Kassel – Sonnabend, 15. Dezember, 15 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3 (AWO-Seniorenheim): Advents- und Vorweihnachtsfeier unter dem Motto „Mache dich auf und werde Licht“ mit Dorothea Deyß und ihrem Kleinen Chor. Die Ansprache hält Pfarrer. i.R. Alfred Scherlies.

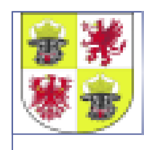
Das Vortragsthema beim November-treffen lautete: „Die Ukraine – eine Brücke zwischen Ost und West? Oberst a.D. Werner Patzki gab eine Übersicht über unseren übernächsten Nachbarn im Osten, sowohl die Historie als auch die gegenwärtige Lage betreffend. Um die Gegebenheiten der Ukraine-Problematik in groben Umrissen einschätzen zu können, bedarf es der Kenntnisnahme wichtiger Geschichtsverläufe und bestimmender geistiger Strömungen.

Von Bedeutung sind – um nur einige Punkte anzureißen – zunächst die religiösen Befindlichkeiten. Immerhin existiert seit alters her eine Trennlinie zwischen orthodoxen zu westlichen katholischen oder protestantischen Kirchen. Auch innerhalb der Orthodoxie driften einzelne Richtungen mehr und mehr auseinander. Noch entscheidender wirken sich bei Annäherungsversuchen negative historische Erfahrungen aus. Man denke nur an die Bedrängnisse seitens polnischer Nationalisten und Herrscher seit 1569 oder den stalinistischen Terror vor 80 Jahren mit geschätzten 14 Millionen Hungertoten! Hinsichtlich des Deutschlandbildes zeigen sich neben dunklen Schatten auch helle Seiten. Bis 1992 gab es in München eine ukrainische Exilregierung, und noch heute besteht eine private ukrainische Universität in der bayerischen Landeshauptstadt.

Entscheidend ist natürlich der russisch-ukrainische Konflikt. Beide slawischen Völker sind voneinander abhängig, gewissermaßen zwei Teile eines Körpers. Die Ukraine fühlt sich kaum noch mit Russland verbunden (trotz der Sprachverwandtschaft), aber auch noch nicht dem Westen zugehörig. Eine Rolle für künftige Entwicklungen spielt schließlich noch die Frage der vorhandenen oder fehlenden Bodenschätze. Nur so viel zu zentralen Aussagen des kundigen Referenten. Dem Vortrag folgte eine halbstündige Diskussion – Beweis für einen gelungenen Vortrag und ein interessiertes Publikum.

Gerhard Landau

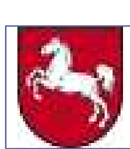
Wiesbaden – Dienstag, 11. Dezember, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35: Weihnachtsfeier der Frauengruppe. – Sonnabend, 15. Dezember, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: vorweihnachtliche Feier mit Kaffee, Kuchen, Königsberger Marzipan, Kerzenschein, ein besinnliches Programm und nette Menschen. Mit Geschichten, Gedichten, Gesang, Musik sowie einer Ansprache von Pfarrer Erich Dorn wollen wir auf das Weihnachtsfest einstimmen. Zur Kostendeckung sind Geldspenden wünschenswert.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

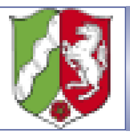
Oldenburg – Mittwoch, 12. Dezember, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Adventsfeier. Lieder, Gedichte und Geschichten rund um Advent und Weihnachten sollen im Mittelpunkt stehen, und auf einem Adventsbasar bieten wir Advents- und Weihnachtsprodukte unserer Mitglieder an.

Osnabrück – Sonntag, 9. Dezember, 15 Uhr, Parkhotel, Osnabrück: Weihnachtsfeier. – Dienstag, 11. Dezember, Hotel „Novum“, Blumenhaller Weg 152, 49078 Osnabrück: Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 13. Dezember, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäckerstraße 1 oder Kreuzstraße): Adventsfeier mit Wolfram Wiemer und dem Rintelner Flötenkreis unter der Leitung von Margret Stolzenwald. Auch interessierte Gäste aus Nah und Fern sind herzlich willkommen, Anmeldungen erbeten beim Vorsitzenden der Gruppe, Joachim Rebuschat, unter Telefon (05751) 5386, per E-Mail: rebuschat@web. de



Aachen: Pfarrer Uwe Loeper und Manfred Romeike (v.l.) Bild: privat



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Aachen – Am Totensonntag trafen sich Ostpreußen, Schlesier und Sudetendeutsche aus Aachen zum Totengedenken. Dieses fand wie jedes Jahr im Stadtpark an der Monheimsallee am Gedenkstein mit der Inschrift „Den Toten der Heimat 1945“ statt, der 1950 dort aufgestellt wurde. Es wurde all derer gedacht, die bei Flucht und Vertreibung aus der ostdeutschen Heimat starben. Nach der Niederlegung eines Gesteckes hielt Pfarrer Uwe Loeper, selber Nachfahre aus der Elchniederung, eine kurze Andacht.

Astrid Romeike

Bielefeld –Montag, 10. Dezember, 14 Uhr, Haus der Diakonie, Kreuzstraße 19a, 33602 Bielefeld: Heimatnachmittag „Weihnachten in Ostpreußen“.

Dülken – Sonnabend, 15. Dezember, 14.30 Uhr, Dülkener Hof, Lange Straße 54: Treffen. In bekannter Weise wird für unser leibliches Wohl gesorgt. Für reichlich Kaffee und Kuchen erbitten wir einen Unkostenbetrag von 6,50 Euro pro Gedeck. Für Besinnlichkeit bei Kerzenschein und vertrauten Liedern wollen wir alle gemeinsam sorgen.

Wie immer sind Gäste bei uns gerne gesehen und jederzeit herzlich in unserer Mitte willkommen.

Ihr Kommen stärkt die heimatliche Erinnerung und hilft unserer landsmannschaftlichen Ortsgruppe in Dülken. Ein geistliches Wort wird Pfarrer Roland Tendyck an uns richten.

Mit freundlichen Grüßen und Segenswünschen für Gesundheit und Wohlergehen im kommenden Jahr 2019 verbleibt Ihr Jürgen Zauner

Düsseldorf – Sonntag, 9. Dezember, 10 bis 16 Uhr, GHH: Weihnachtsmarkt. Kunsthandwerk, Büchermarkt, kulinarische Spezialitäten und musikalisches Bühnenprogramm. – Dienstag, 11. Dezember, 15 Uhr, GHH, Raum 312: Adventsfeier der Pommern. – Sonntag, 9., bis Donnerstag, 13. Dezember, jeweils 10 bis 16 Uhr, Bibliothek, GHH: Bücherflohmarkt. – Dienstag, 11. Dezember, 15 Uhr, Raum 312, GHH: Adventsfeier der Pommern. – Freitag, 14. Dezember: Stammtisch fällt wegen der Weihnachtsfeier am 19. Dezember aus. – Sonnabend, 15. Dezember, 14 Uhr (Beginn: 15 Uhr), GHH, Eichendorff-Saal: Adventsfeier der Memelländer. – Sonnabend, 15. Dezember, Herz-Jesu-Kirche, Roßstraße 79: Gottesdienst für alle Landsmannschaften. –Sonntag, 16. Dezember, 12 bis 18 Uhr: Ostdeutsche Weihnacht auf Schloss Burg. Fahrpreis bei 30 Personen: 14 Euro. Eintritt: 4 Euro. Anmeldungen bis spätestens 6. Dezember bei Edith Koitka unter Telefon (0211) 682318.– Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH, Eichendorff-Saal: Chorproben mit Radostina Hristova. – Mittwoch, 19. Dezember, 14 Uhr (Beginn 15 Uhr), GHH, Eichendorff-Saal: Weihnachtsfeier bei Kaffee und Kuchen und mit gemeinsamen Singen. Mitwirkende: Düsseldorfer Chorgemeinschaft, Klaus-Peter Riemer, Flöte, und Miyuki Brummer, Klavier.

Köln – Mittwoch, 12. Dezember, 12 Uhr (nicht 14 Uhr wie sonst), Café zum Königsforst: Treffen. Das Lokal findet man gegenüber der Endhaltestelle der KVB-Linie 9 Königsforst. Wir feiern gemeinsam mit der Frauengruppe der Pommern das Nikolausfest und einigten uns auf das Menü mit Gänsekeule, Knödeln und Rotkohl. Weil das Menü an der letzten Versammlung bereits bestellt worden ist, wäre es ratsam für alle, die nicht dabei waren, sich mit dem oben angegebenen Lokal in Verbindung zu setzen.

Lippe – Mittwoch, 12. Dezember, 15 Uhr, Kleiner Festsaal, Stadthalle Detmold, Schloßplatz 7, 32756 Detmold: Adventsveranstaltung mit Musik, Vorträgen und einer gemeinsamen Kaffeetafel.

Münster – 11. Dezember, 15 Uhr, Lambertuszimmer, Restaurant Stuhlmacher, Prinzipalmarkt 67: Treffen der offenen Frauengruppe der Ost- und Westpreußen Münster (Westf.). Die Gruppe trifft sich jeden zweiten Dienstag im Monat unter der gemeinsamen Leitung von Sabine Steinkat und Irmgard Bludau. Gäste sind herzlich willkommen.

Neuss – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe.

Bericht – Der Bund der Vertriebenen (BdV) Vereinigte Landsmannschaften Kreisverband Neuss erhielt am Dienstag, 20. November, den Heimatpreis des Kreisheimatbundes Neuss e.V.

Ziel des Engagements des Kreisheimatbundes Neuss e.V. ist die Pflege des Heimatgedankens im Rhein-Kreis Neuss. Zu seinen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Teil des BdV-Vorstandes in Neuss: Christine Quednau, Gerhard Hostenberg, Sigrid Bießner, Peter Pott, Gisela Kuntze, Helga Fietz (v. l.) Bild: privat

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

besonderen Aufgaben zählen der Einsatz für die Erhaltung der natürlichen und kulturbedingten Vielfalt der Landschaft und die Erforschung der geschichtlichen Vergangenheit im Rhein-Kreis Neuss. Der Kreisheimatbund engagiert sich ebenfalls für die Wiederbelebung und Pflege von Bräuchen und Traditionen sowie für Natur- und Kulturdenkmäler.

Für besondere Leistungen auf dem Gebiet der Heimat- und Brauchtumspflege im Rhein-Kreis Neuss verleiht der Kreisheimatbund alljährlich einen Heimatpreis.

Dieser Preis ging in diesem Jahr an den BdV, Vereinigte Landsmannschaften, Kreisverband Neuss, der von seinem 1. Vorsitzenden Peter Pott, zugleich Vorsitzender der örtlichen LO-Gruppe, und anderen BdV Vorstandsmitgliedern bei der Preisverleihung vertreten wurde. Es ist der höchste Preis, den der Kreisheimatbund zu vergeben hat.

Die Laudatio hielt Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Er betonte, dass die Landsmannschaften „das historische und kulturelle Erbe des ehemaligen deutschen Ostens in der Öffentlichkeit wachhalten.“ Er zählte einige Aktivitäten des BdV Kreisverbandes auf, die auch für die Neusser „Einheimischen“ eine Herzensangelegenheit geworden sind, wie die Kranzniederlegungen am Tag der Heimat am Gedenkstein und am Volkstrauertag auf dem Hauptfriedhof, das Glockenspiel mit den Heimatliedern der Landsmannschaften und natürlich dem Neusser Heimatlied, die Spende von Bänken für das Neusser Stadtbild. Petrauschke erinnerte besonders an eine Aktivität des BdV, die dem Wohle der Stadt diente. Peter Pott begann, Spenden zu sammeln, um dem baumarmem Neuss durch Aufforstung zu helfen. Als er 17 500 Euro zusammen hatte, lud er die Bürgermeisterin von Lötzen, ehemalige Kreisstadt, ein. Sie brachte zwei junge Eichenbäume aus Masuren mit, die in Neuss, Am Himmelsberg, gepflanzt wurden. Auch die schlesischen Vertriebenen schlossen sich der Baumpflanzung mit zwei schlesischen Originalbäumen an. Mittlerweile sind diese Bäume angeschlagen, wachsen und gedeihen. Auch das Grünflächenamt der Stadt Neuss folgte der Initiative mit 3000 Eichen und 3000 Buchen. Der Wald, der dort entstanden ist, hat schon eine beachtliche Höhe erreicht.

Petrauschke erinnerte daran, dass 1959 etwa 25 Prozent der Gesamtbevölkerung von 171 000 Bürgern in Neuss Heimatvertriebene waren. Obwohl die meisten in den ersten Jahren auf eine Rückkehr hofften, haben sie sich sofort an den Wiederaufbau und die Integration in Neuss begeben. Sie wollten mit aller Kraft, dass es ihnen bald wieder besser gehen sollte. Die Integrationsleistung war enorm, wobei auch der wirtschaftliche Aufschwung half.

Im europäischen Sinne wurden Verbindungen mit den alten Heimatorten aufrecht erhalten oder neu geknüpft, die bis heute andauern; und zwar durch vielfältige Spenden, Päckchen, Briefe und Besuche.

Der BdV Kreisverband Neuss hat die kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Aktivitäten im Kreis Neuss gefördert sowie die landschaftlichen Schönheiten des Kreises ins Bewusstsein gerückt, was ganz dem Sinn des Preises entspricht.

Peter Pott nahm den Preis entgegen und brachte zum Ausdruck, „dass wir an der Geschichte nichts ändern können, aber wir können zur Verständigung und zur Versöhnung unter den Menschen und Völkern einen großen Beitrag leisten.“ Er äußerte den Wunsch, dass sich am Tag der Heimat auch örtliche Vereine beteiligen. Für Pott und den weiteren Vorstand ist der Heimatpreis ein Zeichen dafür, „dass wir nicht die Ewig-Gestrigen“ sind.

Er bedanke sich für die Würdigung der Tätigkeit des BdV Kreisverband Neuss e.V. und das Bekenntnis für ein gutes Miteinander hier im Rhein-Kreis-Neuss. Er und die Mitglieder des Vorstandes haben es als große Ehre verstanden, diesen Preis zu erhalten.

Sigrid Bießner

Schwelm – Sonnabend, 8. Dezember, 14.30 Uhr, Beginn um 15 Uhr, Sportlerheim FC 06, Freiherr-v.-Hövelsweg: Adventskaffee.

Wesel – Sonntag, 16. Dezember, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel: Weihnachtsfeier. Kaffee und Kuchen stehen für ein gemütliches Beisammensein bereit. Anmeldung umgehend bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder bei Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Witten – Montag, 17. Dezember, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Weihnachtsfeier.

Wuppertal – Sonnabend, 15. Dezember, 14 Uhr, Rotter Kirche, Rödigerstraße 113, Wuppertal-Barmen: Adventsfeier. Bei Kaffee und Kuchen oder auch Brötchen wird weihnachtliche Musik im Wechsel mit Wortbeiträgen geboten. Gäste sind herzlich willkommen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 15. Dezember, 14 bis 17 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3: Weihnachtsfeier „Typisch Ostpreußisch“.

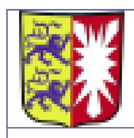


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 14. Dezember, 12 Uhr, Haus Altmark, Mieste: Weihnachtsfeier mit Programm.

Halle – Freitag, 7. Dezember, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (Marktplatz): Treffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg – Dienstag, 11. Dezember, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Ostdeutsche Adventsfeier der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig. Pastor Bertholt Kark-Carlson wird an diesem Nachmittag in vorweihnachtlicher Atmosphäre besinnliche Worte zum bevorstehenden Weihnachtsfest sprechen. Für die musikalische Umrahmung sorgt Kathrin Kark aus Landkirchen mit ihrer Flötengruppe. Eine festlich geschmückte Kaffeetafel, weihnachtliche Geschichten sowie Lieder, begleitet von Brigitte Asbahr und Ina Naujok auf dem Akkordeon, werden die Mitglieder und Gäste unterhalten.

Bericht – Das traditionelle Königsberger Klops-Essen der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ Gruppe Burg auf Fehmarn war wieder ein Erfolg mit Jubiläumscharakter, denn es fand zum 30. Mal im Hotel Wisser statt. Angefangen im damaligen Spiegelsaal, heute im kleineren Rahmen, aber deshalb nicht weniger schön. Zahlreiche Mitglieder und Gäste waren erschienen, um ein paar schöne Stunden mit der Gruppe zu verbringen.

Als Gäste begrüßte der Vorsitzende Jochen Gawehns den Landesvorsitzenden u. Kulturreferenten der LO Edmund Ferner, die Ehrenvorsitzende des Vereins Ilse Meiske, den stellvertretenden Bürgermeister Hansen, Herrn Bumann, als stellvertretenden Vorsitzenden des Heimat- und Museumsverein, Manfred Harländer, als Vorsitzender der Pommern und Schlesier sowie Funktionsträger von Vereinen und Verbänden mit Vorstandsmitgliedern.

Ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm sowie die musikalische Umrahmung mit Burkhardt Donath auf dem Keyboard trugen zur Unterhaltung des Abends bei.

Diese Art von Veranstaltungen zeigt doch immer wieder, wie wichtig die Beibehaltung von Tradition und Lebensgewohnheiten ist. Schon Immanuel Kant aus Königsberg hatte dieses 1798 erkannt, indem er die „Preußische Tafelrunde“ ins Leben rief, die vielfach heute noch in Vereinen praktiziert wird.

Mit dem Fehmarn- und Ostpreußenlied endete dieser stimmungsvolle Abend.

Brigitte Christense.

Flensburg – Freitag, 14. Dezember, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe: Weihnachtskaffeetafel mit Geschichten, Liedern und Gedichten aus der Heimat. Anmeldung bitte eine Woche zuvor an Hannelore und Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816. (bitte keine Anrufe zwischen 12 und 13.30 Uhr, Mittagspause.

Malente – Sonntag, 9. Dezember (2. Advent), 15 Uhr, Pflanzencenter Buchwald, Krummsee, Rövkampallee 39: Adventsfeier. Als Abschluss unserer Jahresarbeit wollen wir uns in einer besinnlichen Feierstunde bei Kaffee und Kuchen in froher heimatlicher Runde im Pflanzencenter zusammensetzen. Für die Mitglieder gibt es ein Stück Torte/Blechkuchen plus Kaffee satt. Jeder kann uns mit Beiträgen auf die Weihnachtszeit einstimmen. Angehörige der Landsmannschaften sind ebenfalls herzlich eingeladen. Melden Sie sich bitte umgehend im Blumenhaus Franck, (Inh. St. Munkelt) Malente. Bahnhofstraße 26 an. Telefon (04523) 2659 nur in dringenden Fällen.

Neumünster – Sonnabend, 8. Dezember, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: vorweihnachtliche Veranstaltung. Fröhliche Weihnachten überall... und musikalische Begleitung. Anmeldungen bis 3. Dezember unter Telefon (04321) 82314. Gäste sind willkommen.

Uetersen – Freitag, 7. Dezember, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueters End, Kirchenstraße 7: Wir feiern Advent. Es wird, wie immer, vorgelesen und gemeinsam gesungen.

Ostdeutsches Lied

Wer kennt sie nicht? Volkslieder wie „Der Mai ist gekommen“ oder „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten“ werden noch heute gesungen. Der Musikpädagoge Edgar Hobinka, 1905 im Mährischen Schönberg geboren, erkannte in ihnen ein „unsichtbares Fluchtgepäck“, das nicht nur eine Verbindung in die Heimat schuf, sondern auch eine in die neue Lebenswelt, denn auch hier wurden Volkslieder, die den heimischen oft ähnelten, gesungen. Hobinka war entschlossen, dieses riesige Kulturgut zu bewahren und zu fördern. 1962 erreichte er, dass die Stadt Wetzlar eine Patenschaft für das ostdeutsche Lied übernahm, die bis heute besteht. 2013 wurde der Magistrat der Stadt Wetzlar für seine Leistungen im Rahmen der Patenschaft von der Hessischen Landesregierung mit dem Preis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ ausgezeichnet.

Zwei Jahre nach der Einrichtung der Patenschaft erstellte Hobinka die Liedersammlung mit dem Titel „Brücke zur Heimat. Liederbuch der deutschen Landschaften“ (6 Euro). Hierin vereinte er Lieder aus allen deutschsprachigen Landschaften. Es ist in fünf Kapitel aufgeteilt. Zum Themenkreis „Lenz und Lieb“ finden sich im ersten Kapitel auf rund 70 Seiten Lieder, die, wo möglich, genau verortet und Dichter wie Komponist mit Jahresangabe benannt werden. Der einfachen, aber leicht verständlichen Notation folgt der Liedtext. „Sommerzeit – Wanderzeit“ betitelt das zweite Kapitel, gefolgt von „Herbst und Ernte“ sowie „O du stille Zeit“. Das abschließende Kapitel „Heimat und Ferne“ beginnt mit „Kein schöner Land“ und greift die schlesische Weise „Die Gedanken sind frei“ auf, aber natürlich auch das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“ oder das Pommern-Lied „Wenn in stiller Stunde“.

Die Lieder folgen nicht allein einer hochdeutschen Schreibart, sondern stehen häufig in dialektgefärbten Strophen auf dem kleinformatigen Liederbuchseiten. Ein alphabethisches Inhaltsverzeichnis erleichtert die Suche nach einem bestimmten Lied.

Wenn man, und das ist wirklich besonders, ein Lied sucht, von dem man nur einen Vers kennt, kann man sich an die Stadt Wetzlar Patenschaft für das Ostdeutsche Lied wenden und eine Suche beauftragen. Das Archiv verfügt über rund 1800 Liederbücher und eine Vielzahl von Liederblättern. So können „Anfragen nach Liedtiteln, Liedtexten, Komponisten, Textdichtern, Herkunft der Lieder ... schnell beantwortet werden.“ Dabei sind die Dienstleistungen des Archives unentgeltlich und stehen jedem zur Verfügung.

Ein weiteres, großzüger gesetztes Liederbuch mit dem Titel „Ostdeutsches Liederbuch“ in der vierten Auflage aus dem Jahr 2009 sortiert die Lieder nach Regionen Nordosten, Schlesien, Sudentenland, Südosten und Streudeutsche Gebiete. Auch hier gibt es ein Alphabetisches Titelverzeichnis samt einer Auflistung „Deutscher Sprachinseln im Osten“. „Ännchen von Tharau“ und „Zogen einst fünf wilde Schwäne“ sind natürlich auch in dieser Sammlung mit einer deutlichen Notation und Harmonien ediert (7 Euro).

Die beiden Liederbücher und Hobinka, Edgar: „In meinem Leben spielten Musik und Gesang eine wichtige Rolle“ (5 Euro) können hier bestellt werden: Stadt Wetzlar, Patenschaft für das Ostdeutsche Lied, Hauser Gasse 17, Postfach 2120, 35573 Wetzlar, Telefon (06441) 991031, E-Mail: ostdeutscheslied@wetzlar.de *CRS*

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Glückliche Zuwanderer

Mit Ukrainern gibt es in Niederschlesien keine Integrationsprobleme

Laut des Ukrainischen Statistikamtes (Analytikzentrum) arbeiteten Ende 2017 zwei Millionen ukrainische Staatsbürger in Polen. 2016 waren es 1,3 Millionen. Breslau zählt zum beliebtesten Ziel für sie.

In der schlesischen Metropole Breslau begegnet man beim Warten auf die Tram, in den Straßenbahnen, in Geschäften und Restaurants oder unterwegs vielen Ukrainern. Sie heben sich optisch überhaupt nicht ab, sind wie unter Polen üblich modisch gekleidet. Oft merkt man erst nach dem zweiten Hinhören, dass sie Polnisch mit dem üblichen „Singsang“ des Ukrainischen sprechen, den übrigens auch viele vertriebene Ostpolen sprachen.

Ausländer dürfen in Polen sechs Monate lang ohne Arbeitserlaubnis einer Beschäftigung nachgehen, und dies betrifft Bürger der Ukraine, Russlands, Georgiens, Moldawiens oder Armeniens gleichermaßen. Laut Informationen der niederschlesischen Arbeitsämter, so die Tageszeitung Gazeta Wyborcza, kamen 2017 120 000 Ukrainer in die Woiwodschaft Niederschlesien, 62 000 davon fanden Arbeit in Breslau. Sie sind meist zwischen 26 und 40 Jahre alt und arbeiten hauptsächlich als Reinigungskräfte, im Security-Bereich, in Callcentern, in der Pflege von Grünflächen oder bei der Straßenreinigung. 21 000 ukrainische Staatsbürger sind im Baugewerbe tätig, 12 500 Menschen fand in der Industrie Arbeit. Viele kommen mit ihren Familien. Ihre Kinder besuchen Breslauer Kindergärten und Schulen. Viele junge Menschen nehmen in Breslau ein Studium auf. Sie bilden die größte nationale Minderheit unter den Breslauer Studenten.

Das Breslauer Magistrat hat bereits Mitte 2017 eine Bevollmächtigte für Belange der Ukrainer berufen. Gleich zu Beginn ihrer Arbeit konnte Anna Szarycz 50 000 Euro, die sie vom damaligen Stadtpräsidenten (Oberbürgermeister) Rafal Dutkiewicz erhalten hat, an die „Stiftung Ukraine“ weitergeben, die sich um die Ukrainer in Niederschlesien kümmert. Der Betrag stammte aus dem Preisgeld des Deutschen Nationalpreises, den Dutkiewicz im Juni 2017 in Berlin für seine Verdienste „um die europäische Einbettung seiner Stadt und um die deutsch-polnischen Beziehungen“ verliehen bekommen hatte. Daraus wurden Polnisch-Sprachkurse unterstützt und ein Informationsbüro für Ukrainer geschaffen. In diesem erhält man kostenlose Beratung in Sachen Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen, Arbeitssuche, Krankenversicherung oder Hilfe bei Behördengängen. Informationen werden dort in Russisch, Ukrainisch, Englisch und Polnisch erteilt. In der im Mai 2018 eingerichteten Beratungsstelle in der Innenstadt trifft man jedoch nicht nur Ukrainer. Auch Bürger aus Russland, Kasachstan, Weißrussland, China, Vietnam oder Indien suchen dort Hilfe.


Bild: Chris W. Wagner

Auf dem Bau: Ukrainer haben in Schlesien Arbeit gefunden

„Hier ist es viel einfacher zu leben. Man kann hier ein Auto für viel weniger Geld als bei uns kaufen. Bald habe ich das Geld zusammen und muss nicht mehr Straßenbahn fahren“, freut sich der angesprochene Passant Oleksandr. Auch Oksana ist in Breslau glücklich. Sie arbeitet tagsüber in einem Bekleidungsgeschäft und trägt sich mit dem Gedanken, ein Studium im Bankwesen aufzunehmen. Erste Gespräche hätte sie schon geführt, denn sie kennt viele Ukrainer, die an der Breslauer Hochschule für Bankwesen studieren. 650 Ukrainer sollen dort studieren, so Oksana. Doch vorher will sie sich eine Wohnung in Ohlau [Olawa] suchen. Dort sind die Wohnungen viel günstiger und sie ist mit der Eisenbahn in 20 Minuten in Breslau. Sie wisse dies von Bekannten, die in Ohlau leben und arbeiten. Zurzeit wohnt Oksana in einer Wohngemeinschaft (WG) im Stadtteil Gräbschen [Grabiszyn]. Dort teilt sie sich sogar das Zimmer mit ihrem Ehemann. In der WG wohnen außerdem zwei polnische Schüler und eine deutschstämmige Oberschlesierin, die nach dem Studium in Breslau geblieben ist. Seitdem Oksanas Ehemann, der in Jeltsch [Jelcz] Sicherheitsgurte und Airbags für bekannte Automarken montiert, zu ihr zog, wird es den beiden in der WG zu eng. „Für polnische Verhältnisse verdienen wir wenig, aber in der Ukraine habe ich umgerechnet 100 Euro verdient. Es gefällt uns in Niederschlesien. Vielleicht bleiben wir für immer“, so die 23-jährige Oksana.

„Niederschlesien braucht Arbeitskräfte“, sagt Hubert Papaj, Vorsitzender der Niederschlesischen Wirtschaftskammer, denn die Ukrainer allein können den Bedarf gar nicht stillen. Deshalb würden Gespräche mit Arbeitsvermittlern aus Vietnam geführt. Man wolle sich ein Beispiel an Tschechien nehmen. Dort habe man gute Erfahrungen mit Vietnamesen gemacht. Allein im vergangenen Jahr kamen 7000 Arbeiter in das Mitteleuropäische Nachbarland.

Chris W. Wagner

Die Seenotretter in Vorpommern

Einmal DANKE sagen für unermüdliche Einsätze …

Rausfahren, wenn andere reinkommen – Rettung aus Seenot – rund um die Uhr. Jährlich werden über 2000 Einsätze gefahren. 2017 wurden 490 Menschen gerettet. An der deutschen Nord- und Ostseeküste sind sie stationiert, insgesamt 60 Seenotrettungskreuzer und -boote zwischen Borkum und Usedom. Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffsbrüchiger ist auf Spenden angewiesen, bitte schauen Sie auf die WEB-Seite: Seenotretter.de

**„HERTHA, wir kommen!“
Mit den Männern des Stralsunder Rettungsboots unterwegs**

Drei rote Punkte am Stralsunder Querkanal sind einziger Hingucker und Lichtblick an diesem frostigen und grauen Novembermorgen. Beim Näherkommen entpuppen sie sich als Rettungsmänner der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) in ihren roten Overalls. Kein Alarm hat sie vor ihr Stationsgebäude gescheucht, „aber wir kommen“, so Udo Wölms, der sich als Bootsführer vorstellt, „nämlich zu unserer Hertha“. Mit dem Slogan der Rettungsgesellschaft, gleichzeitig auch Titel dieses Beitrages, ist nichts Anzügliches gemeint, sondern diesmal die Fahrt zu ihrem Zehn-Meter-Rettungsboot HERTHA JEEP, das so nach der Frau eines Großspenders benannt wurde.

Ihr Einsatz-Weg ist heute viel länger als sonst: rund 70 Kilometer bis nach Wolgast. Dort nämlich liegt die 19-jährige zehn Tonnen schwere HERTHA seit zweieinhalb Wochen in der Schiffswerft Horn, die übrigens auf eine lange Tradition zurückblicken kann und schon 1875 als Pommernwerft gegründet wurde. Zu beheben war ein Schaden an der Ruderanlage.

Eine Stunde Zeit, um mehr über die drei Freiwilligen zu erfahren. Udo Wölms ist maritim vorbelastet, denn er ist Tanker-Kapitän und schon 13 Jahre bei der DGzRS; der Dresdner Mathias Lang outet sich als Bankangestellter und Sigfried Ruppin, 21 Jahre dabei, war Maler, bevor er in Rente ging. Sie verbindet ein gemeinsames Motiv: helfen zu wollen. 2018 hieß es rund 60 mal „Wir kommen!“, wenn ein Notruf bei der Seenot-Leitstelle (MRCC) in Bremen einging. „Wir müssen dann für alles gerüstet sein“, so Lang, „ob nun bei Grundberührung, Kenterung, Maschinenausfall, Verletzten oder Vermissten“. Ruppin: „Das bedeutet nicht nur medizinische, sondern auch technische Hilfe“. Und Wölms betont, dass eine solide, umfassende Ausbildung dafür notwendig sei. Interessenten können direkt den Vormann kontaktieren: stralsund@seenotretter.de



Die Besatzung des Rettungsbootes „Herta Jeep“

Die Laufbahn eines freiwilligen Rettungsmanns – unter den 25 von der Station Stralsund sind vier Frauen, die aber auch „Männer“ sind, weil es sprachlich keine „Rettungsfrau“ gibt – fängt mit einem Schnupperkurs an, bis man Anwärter wird und schließlich Trainee mit abschließender Prüfung. Wie lange das so dauert, möchte man wissen. „Je nachdem, wie sich jemand anstellt“, grinst Udo Wölms. Ob man seemännisch vorgebildet sein müsse? Muss nicht, „denn bei uns“, so Mathias Lang, „wird alles von der Pike auf gelernt – sozusagen vom einfachen Knoten bis zur Navigation“. „Schwimmen muss man nicht können“, wirft Ruppin ein, „dafür haben wir Überlebensanzüge und tragen an Bord Rettungswesten. Aber ganz gut wär´s schon!“. Voraussetzung sind allerdings Seediensttauglichkeit, die von einem Arbeitsmediziner festgestellt wird, und ein Sicherheitslehrgang in Neustadt/Holstein. „Ohne diese Zertifikate läuft gar nichts“, so Wölms, „wer aber Interesse an unserer freiwilligen Arbeit hat, sollte ruhig mal schnuppern kommen. Kost ja nix“. Man müsse dann aber auch 14-tägige Tag- und Nacht-Rufbereitschaften akzeptieren und innerhalb von 15 Minuten an Bord sein. Wölms nimmt das sogar in seiner kargen Landurlaubszeit in Kauf.

Auf der Schiffswerft Horn in Wolgast brummt es. In der neuen Halle liegen Boote der Wasserschutzpolizei, des Zolls, der Deutschen Marine und private. Geschäftsführer Daniel Guckenburg freut sich, dass seine Werft so gut gebucht sei, „aber immer in harter Konkurrenz zu anderen Anbietern, weil Behördenaufträge europaweit ausgeschrieben werden müssen“. Da könne es auch sein, dass ein deutsches Lotsenboot zur Inspektion nach Portugal transportiert werde. „Widersinnig“, schüttelt er den Kopf, „aber so sind nun mal die EU-Regeln“. Alle vier Jahre seien die Rettungsboote zur Inspektion da, was bisher gut für ein gefülltes Auftragsbuch gewesen sei. Zumal auch die Zusammenarbeit immer gut geklappt habe.

Man kommt auf die Situation der in Sichtweite liegenden Peene-Werft zu sprechen. „Wenn dort erst mal Stellen abgebaut werden“, gibt Guckenburg zu bedenken, „sind die Leute für immer weg von hier, entweder zu den M-V-Werften oder nach Papenburg“. Hier sei die Politik gefordert, um die Arbeitsplätze durch andere Aufträge zu sichern.

Genug der Politik, denn HERTHA JEEP liegt klar zum Auslaufen an der Pier. Bootsführer Udo Wölms, der schon mit einem Großcontainerschiff schiffbrüchige Fischer vor Peru aus Seenot gerettet hat, gibt das Kommando „Leinen los und ein!“, startet den 320-PS-Pielstick-Diesel und manövriert das rot-weiße Boot rückwärts aus dem engen Hafenbecken.

Mit Zehn Knoten – mehr sind nicht erlaubt – brummt HERTHA auf dem Peenestrom nach Norden Kurs Heimathafen. Als Peenemünde an Steuerbord vorübergleitet, erinnert sich der Kapitän noch gut an seine Volksmarinezeit im dortigen Stützpunkt.

In der Knaakrückenrinne kommt das Schwesterboot KURT HOFFMAN mit schäumender Bugsee entgegen. Winken hin- und herüber, von schrillen Typhonklängen untermalt.

Mathias Lang hat das Ruder übernommen und fährt den auf dem Kartenplotter vorgegebenen Kurs. „Ein bisschen schnippeln können wir bei unserem Tiefgang von knapp einem Meter schon, anders ausgedrückt: Wir kürzen ab“.

HERTHA JEEP dröhnt durch den Greifswalder Bodden, den Steven bei jetzt 16 Knoten aufgerichtet. Bis sich voraus nach rund 35 Seemeilen und zweieinhalb Stunden M-V-Werft-Halle, Rügen samt Ziegelgrabenbrücke aus dem grauen Dunst schälen. Von der Steinernen Fischbrücke winkt jemand: Ulf Braum, Erster Vormann und passionierter Segler, der die Station seit dem 1. Mai nach Günter Towara leitet und schon seit 2004 dabei ist. „Das hier ist mein Hobby“, strahlt er, „als Ausgleich für meinen Bürojob als Manager bei der BfA“.

300 Liter Kraftstoff werden noch gebunkert, das Boot an den angestammten Liegeplatz neben der Alten Lotsenwache verholt und Meldung an die Leitstelle in Bremen abgesetzt: „HERTHA JEEP wieder klar. Gute Wache!“

Peer Schmidt-Walther

Pommern trafen sich in Rostock

Eine kleine Gruppe Pommern traf sich am 6. November 2018 im „Berghotel“ in der Rostocker Südstadt bei Kaffee und Kuchen zu einer Plauderstunde.

Naturgemäss wird ihre Pommerngruppe immer kleiner und sie bedauerten das Fehlen einer regulären und satzungsgemässen Organisation. Das beginnt auf Bundes-, aber auch auf Landes- und Lokalebene. „Nun sind wir endgültig heimatlos geworden“ – war der Tenor der 10 anwesenden Veranstaltungsbesucher. Der in Hinterpommern geborenen Helga Jonitz ist der Zusammenhalt in der Hansestadt erfreulicherweise bisher gut gelungen. Unterstützt wird sie von einigen weiteren Mitstreitern. Unser ostpreußischer Landsmann, Gerhard Fischer aus Rostock, hatte von der Gruppe erfahren, nahm Verbindung mit Frau Jonitz auf und erläuterte die Solidarität mit den „Heimatlosen“ durch die Landsmannschaft Ostpreußen und ihr Presseorgan (PAZ). Wöchentlich erscheint eine Seite: „Die Pommersche Zeitung“, berichtet aus der Vergangenheit und Gegenwart in Vor-und Hinterpommern. Brigitte Stramm, Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Labiau (Ostpr.) bearbeitet mit Freude diese Pommernseite.

Bei dieser ersten Zusammenkunft mit den Pommern in Rostock berichtete Gerhard Fischer über seinen Presseartikel „Von der wilden Gans zur Pommergans“, erschienen in der PAZ Ausgabe 48.

Weitere Treffen in Rostock werden durchgeführt. Landsmann Gerhard Fischer hat seine Unterstützung angeboten. Liebe Pommern und Pommern-Interessierte in Rostock und Umgebung, helfen Sie mit, diese Heimattreffen am Leben zu erhalten.

Gerhard Fischer, Rostock
Tel. 0381-4000554

Stettiner Peperkoken

So war es damals auf dem Weihnachtsmarkt

Reisen zu Weihnachtsmärkten sind beliebt und werden in Deutschland heute schon im September angeboten. Jeder Weihnachtsmarkt preist seine speziellen Schätze an.

In Stettin war es vor dem 2. Weltkrieg die Adventspyramide auf dem Paradeplatz nahe dem Berliner Tor.

Die Mittelpromenade der Lindenstraße bot sich dagegen für den Weihnachtsmarkt an. An unzähligen Ständen konnten hier Weihnachtsleckereien gekauft werden. Es roch nach Lungwurst und Erbsensuppe, Pfefferkuchen und gebrannten Mandeln. Etwas Besonderes jedoch waren die Stettiner Peperkoken, ein Gebildbrot, das gern zur Weihnachtszeit verschickt wurde. Im Bildband von Heinz Gelinski „Stettin, eine deutsche Großstadt in den 30-er Jahren“ sind sie abgebildet, die Flundern, Anker, Hafenschlepper, Segelboote, Möwen, und Hein Kloks.

Im Jahr 2017 erlebte ich vor Weihnachten eine große Überraschung. Eine polnische Freundin schickte mir einen Peperkoken aus Szczecin. Es war ein Schiff, auf dem nicht Stettin sondern Szczecin stand. Dieser Peperkoken war von der Konditorei Filipinka nach einem Rezept aus dem 19. Jahrhundert angefertigt worden. Die Motive hatte die Konditorei von den Bäckern aus der deutschen Zeit übernommen. Auf einem Beipackzettel der Konditorei stand, dass dieses Gebildbrot auch als zierender Hänger den Weihnachtsbaum schmücken könnte. Das tat er ebenfalls in der deutschen Zeit.

Für die alten Stettiner ist es erfreulich, dass eine polnische Konditorei diese Stettiner Tradition wieder aufleben lassen möchte.

Brigitte Klesczewski

Uff’n Stettiner Weihnachtsmarcht

Unsere Linden steh‘n entblättert;
ob’s auch draußen stürmt und wettert,
ob die Nasen und die Ohren
in der Kälte blaugefroren.
Trotzdem lassen kleine Kehlen
es an Kraft und Fleiß nicht fehlen,
hängen sich wie Kletten an:
„Hier der letzte Hampelmann!“

Nach Lungwurst riecht’s und Erbsensuppen.
Kleine Herde, Spielzeug, Puppen
locken bunt auf breiten Tischen,
manch begehrlich Stück dazwischen.
Bei Ladenschluss zieht man von dannen.
Harzig süßer Duft von Tannen,
die auf ihren Käufer warten,
steh’n in manchem Straßengarten.

Hörst im Traum du’s leise klingen?
„Heil’ge Nacht auf Engelsschwingen,“
weht’s adventlich durch die Welt.
Und die Fenster sind erhellt.

(Verfasser unbekannt)





Der diesjährige Städtische Weihnachtsmarkt in Stettin/Szczecin findet vom 14. bis 23. Dezember 2018 statt.

Brot- und Kuchenbacken...

Kindheitserinnerungen aus Pommern

Es gab nur eine einzige Sorte Brot, ein dunkles Feinbrot, das im Hause gebacken wurde. Es waren meist zehn bis 15 Brote, die dann für drei Wochen reichten. Das Backen erfolgte an zwei Tagen. Der erste Tag diente der Vorbereitung. Der Trog wurde gesäubert und dann ein Sauerteig mit Mehl, Wasser und Hefe hergestellt. Nachdem alles gut durchgeknetet war, wurde der Teig zum Säuern und Gären mit Leinentüchern abgedeckt. Am Backtag musste früh aufgestanden werden. Zu dem Sauerteig wurde nun weiter Mehl, Wasser und Salz zugegeben und erneut kräftig durchgeknetet. Aus der größten Teigmenge wurden Brotlaibe geformt, die andere Teigmenge wurde mit Zuckerzugabe zu einem süßen Teig verarbeitet. In der Zwischenzeit war der Backofen mit Tannenreisig angeheizt worden. War die richtige Temperatur erreicht, wurden die glühenden Holzreste mit einer langen Holzstange an die Ofenkammerseitenwände geschoben. Mit einem nassen Tuch, auf einer langen Stange befestigt, dann die Backfläche im Ofen gesäubert. Nun wurden die Brotlaibe in den Ofen geschoben, nachdem sie zuvor oben eingeschnitten und mit kaltem Wasser bestrichen worden sind.

Von dem süßen Teig wurden ein Streuselkuchen und ein mit Marmelade gefüllter Wickelkuchen gemacht, die ebenfalls in den Ofen geschoben wurden. Damit es sich lohnt, wurden noch Topfkuchen mit Schokolade oder Rosinen gebacken. Nach einiger Zeit wurde mit einer langen Stricknadel geprüft, ob Brot und Kuchen fertig gebacken waren. Wir Kinder warteten schon sehnsüchtig die Kuchenentnahme ab, denn nun bekam jedes Kind ein Kuchenstückchen und ein kleines Brot. Der Kuchen wurde natürlich gleich warm gegessen, was dem Magen nicht so sehr bekam. Alle Brote wurden vor dem Anschnitt zum Verzehr symbolisch auf der Brotunterseite mit dem Messer mit drei Kreuzen geritzt und dabei das Gebet gesprochen: „Dem Vater, dem Sohn und dem heiligen Geist – Amen.“

Brote von oben symbolisch mit einem Kreuz zu versehen, wurde auch in vielen anderen Regionen praktiziert.

Wolfgang Noffke

Pommerscher Quarkstollen

Zutaten:
500 g trockener Magerquark
1 Prise Salz
50 g Butter oder Margarine
2 EL abgeriebene Zitronenschale
150 g Zucker
2 EL kleingehackte Mandeln
2 EL Rosinen
4 EL kandierte Früchte (Zitronat, Orangeat, Belegkirschen, alles sehr klein hacken)
1 Vanillezucker
1 Backpulver
Fett fürs Blech, oder Backpapier

Zum Bestreichen:
2 EL zerlassene Butter
6 EL Puderzucker
1 Vanillezucker

Backen: 190° - 60 Minuten

Alle Zutaten zu einem Teig verarbeiten, der sich kneten und ausrollen läßt.

Die Rosinen und kandierten Früchte zuletzt unter den Teig arbeiten, jetzt nicht mehr viel kneten, damit der Teig nicht dunkel wird. Eine längliche Platte ausrollen, die man zu einer Stollenform in der Mitte überschlägt.
Entweder auf einem Blech, besser aber in einer Kastenform backen, damit der Stollen schön hoch bleibt.
Guten Appetit!

Allen Lesern eine
schöne, besinnliche Adventszeit

Fall Maaßen kann für die Etablierten zur Falle werden

Zu: Für immer die Nummer Zwei? (Nr. 45)

Mit dem Fall des in den Ruhestand versetzten Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen ist nicht zu spaßen, denn er führte zu einer Regierungskrise. Hier geht es um Machtmissbrauch und Amtsmissbrauch.

In Chemnitz protestierten 8000 Menschen aus vielen Bereichen von nah und fern. Parteiübergreifend gingen die Bürger zur Demonstration, um gegen die chaotische Einwanderungspolitik unserer Etablierten zu protestieren. Die Antwort der Kritisierten war merkwürdig, und sie erfanden das Wort „Hetzjagd“. Sie bezeichneten die Protestierer einfach als Pöbel, die bei einer Hetzjagd 3000 anständige Regierungsfreunde verjagten. Aber in einem amtlichen Bericht der zuständigen Behörde gab es keinen Hinweis auf eine Hetzjagd. Einfach deshalb nicht, weil es diesen Vorgang überhaupt nicht gab.

Die Kritisierten haben mit ihrer ganzen Monopolmacht, der Presse, den Leiter der Verfassungsschutz-Behörde öffentlich verurteilt und bestraft und auf seiner sofortigen Entlassung bestanden. Aber angebracht wäre es gewesen, einen Strafantrag zu stellen. Denn nur ein Richter kann verurteilen und bestrafen. Einen Strafantrag dazu zu stellen, hat man sich aber nicht getraut. Noch haben wir einen Rechtsstaat.

Unsere Fahne ist schwarz-rot-gelb. Doch gelb war mit Erich Mende am Ende. Und gelb darf man nicht einfach mit grün auswechseln, denn an den Früchten kann man sie erkennen. Die Grünen sind eine vaterlandslose Partei. In ein „Vaterland der Vaterländer“ (Paul Henri Spaak) passen sie sich nicht ein. Mit denen kann man das üble Besatzungsstatut mit den Vorbehaltsrechten der Alliierten nicht beseitigen. Prädestiniert dazu wären zurzeit nur die Ur-Bayern und seit Chemnitz auch die Sachsen.

Seit dem Fall Maaßen sind die Bürger nachdenklich geworden und wünschen sich einen Kanzler, der sein kompetentes Fachwissen erfolgreich im Westen erworben hat. Und der sich als Kanzler mehr an einen Franz Josef Strauß anlehnt als an einen Joschka Fischer. Will man ein „Jammermaika“ vermeiden, muss man das mit einer Neuwahl erreichen. Da ist ein Bundespräsident gefragt, und das muss nicht ein Wulff sein.

Der jetzige Bundespräsident war Wochen nach den Vorfällen in Chemnitz. Dabei brauchte er das Un-Wort „Selbstjustiz“. Das verbriefte Recht eines Bürgers, gegen Missstände zu demonstrieren, darf nicht verboten werden.

Ernst Reiner Langenfeld, Wuppertal

Erdogan-Spesen

Zu: Erdogans Fünfte Kolonne (Nr. 42)

Der türkische Imperator hatte seinen Auftritt in Deutschland, aber hauptsächlich bei seinen Landsleuten, die ihm zujubelten. Unsere Religionsfreiheit erlaubt es, mitten in unserem Land eine Moschee zu errichten, in welcher der Islam verkündet wird, der schon in ganz Europa Fuß gefasst hat. Der Einweihung in Köln sind jedoch einige unserer Politiker ferngeblieben, waren nicht erwünscht oder haben es sich versagt, dort aufzutreten.

Nach Aussagen Erdogans bei seinem Aufenthalt war es ein erfolgreicher Besuch, und die „Freundschaft“ mit Deutschland habe sich weiter gefestigt. Welche Freundschaft nach den Ausfällen auf ein „Nazi-Deutschland“ gemeint war, bleibt offen. Dabei wurden nicht die kritischen Worte zur Politik der Türkei von Bundeskanzlerin und Bundespräsident von ihm erwähnt, mit der das gemeinsame Verhältnis belastet ist. Auch die Meinung von Vertretern der meisten Parteien hierzulande ist: „Außer Spesen, nichts gewesen!“ Ankara aber feiert ein neues Kapitel und Berlin ist ernüchtert, wie eine Zeitung aus der Hauptstadt schreibt. Keine Besserung in Sicht, aber das Fazit, dass ein einfacher Arbeitsbesuch ohne roten Teppich genügt hätte.

Wolfgang Dahle, Rostock



Mungenast lesen!

Zu: Der Republik folgten Vertreibung und Assimilierung (Nr. 45)

Ich glaube, man sollte nicht über Elsass-Lothringen berichten, ohne dem aus dem lothringischen Metz stammenden, großartigen Dichter Ernst Moritz Mungenast (1898–1964) und seinen Büchern Erwähnung zu tun. In seinem besten Buch, dem 1939 erschienenen Roman „Der Zauberer Muzot“, schildert er, was damals seitens der Franzosen abging an Demütigung, Terror und Menschenverachtung.

Während 1870/71 die deutschen Sieger die französischen Denkmäler in treue Obhut genommen hatten, zerschlugen und schleiften die Franzosen nach dem Ersten Weltkrieg alle deutschen Standbilder. Die Vertreibung der Deutschen 1945 durch Polen und Tschechen nahmen sie vorweg. Mungenast nennt sogar die Zahl von 250 000 Vertriebenen. Wie in der Pogromnacht 1938 in Deutschland wurden die Geschäfte von Deutschen – auch deutschen Juden – zerschlagen und geplündert. Und Frauen wurden gequält.

David S. Vischer, Berlin



Soll zu Deutschland gehören, hört aber nur darauf, was Ankara sagt: Die neue Ditib-Zentralmoschee Moschee in Köln ist für den türkischen Staatspräsidenten Erdogan auch ein wichtiger religiöser Außenposten

Bild: pa

Ein UN-frieden

Zu Nomaden degradiert (Nr. 46)

Die UN-Initiative zum globalen Migrationspakt wird einen weltweiten UN-frieden bringen, den wir uns nicht wünschen können.

Dr. Arthur Schanz, Overijse/Belgien

Gerechtigkeit ist besser als eine neue Satzung

Zu: Die Zukunft im Blick (Nr. 45)

Bernd Fabritius möchte dem Bund der Vertriebenen einen neuen Namen und der Satzung „eine Seele geben“. Wie wäre es, wenn Herr Fabritius endlich dafür sorgen würde, dass wir Vertriebene aus Nord-Ostpreußen für verlorenes Eigentum eine Entschädigung bekämen?

Jahrzehnte sind vergangen, der Bundeskanzler Helmut Kohl hat 1990 den Zwei-plus-Vier-Vertrag unterschrieben, ohne uns Vertriebene zu informieren, dass er unser Eigentum den Siegern als Reparation für Deutschland überlassen hat. Alle anderen Landwirte Deutschlands durften ihre Höfe behalten und vererben, ausgenommen – teilweise – in Mittel-Deutschland. Das ist ungerecht den Vertriebenen gegenüber.

Im Oktober 2010 hat ein hochrangiger Referentenkreis zu diesem Thema getagt und ist zu dem Schluss gekommen, das „Völkerrecht kenne die Verantwortlichkeit eines jeden Staates, aktiv für die Beseitigung von Unrechtszuständen zu sorgen“ (*Preußische Allgemeine Zeitung* vom 30. Oktober 2010). Unsere Eltern sind, ohne Gerechtigkeit zu erfahren, verstorben. Wir, die Nachfahren, fordern endlich Gerechtigkeit, Herr Fabritius!

Doris Richter, Berlin

Kein Migrationspakt ohne Volksbefragung

Zu: Ist der GCM wirklich unverbindlich? (Nr. 46)

Jeder europäische Regierungschef, der dieses Machwerk (den Globalen Migrationspakt der Vereinten Nationen, d. Red.) unterschreibt, bekundet damit sein Einverständnis, dass Europa grenzenlos mit Strömen von Wirtschaftsmigranten aus Afrika und Südasien überflutet werden kann, für deren Unterhalt dann die europäischen Völker aufkommen müssen, und zwar ohne jegliche Gegenleistung.

Keinem einzigen europäischen Regierungschef darf das Recht eingeräumt werden, ohne vorherige Volksbefragung diesen Migrationspakt zu unterschreiben.

Barbara Koerber, Gräfenberg

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Blitz aus heiterem Himmel

Seit 1050 Jahren trotz der mächtige Dom von Meißen vielen Naturgewalten – Begehrtes Ausflugsziel in der Adventszeit

Wer keinen Geschmack am Barock-Disneyland und dem Advents-Trubel in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden findet, dem sei vor Weihnachten der Besuch des nahegelegenen Meißen empfohlen. Hier wartet mit dem auf dem Burgberg gelegenen Dom St. Johannis und St. Donatus ein sehenswertes Beispiel hochgotischer Baukunst auf die Besucher. Dessen Geschichte reicht mittlerweile schon 1050 Jahre zurück.

Um das Jahr 929 herum suchte der deutsche König Heinrich I. nach einem Platz für eine neue Burg, von der aus man die unterworfenen Slawenstämme an der Elbe kontrollieren konnte. Er fand diesen auf der Felskuppe oberhalb der Mündung des Baches Misni. Später diente das hier errichtete Bauwerk dann dem Markgrafen von Meißen als Residenz, während südlich davon eine Marktsiedlung entstand, welche um 1332 das Stadtrecht erlangte. Aufgrund der chaotischen Herrschaftsverhältnisse in der Region wechselten die Markgrafen in schneller Folge, bis das Amt schließlich im Jahr 1123 an Konrad I. von Wettin, den Stammvater des späteren sächsischen Königshauses, ging.

Zu diesem Zeitpunkt herrschte auf dem Meißner Burgberg schon ziemliche Enge, denn in unmittelbarer Nachbarschaft zur Behausung des Markgrafen entstand nun auch eine viertürmige romanische Basilika. Die selbige ruhte auf den Fundamenten des kleineren Gotteshauses, dass zwischen 1006 und 1073 als bischöfliche Kathedralkirche errichtet worden war und seinerseits die bescheidene hölzerne Kapelle auf dem Burgberg aus dem Jahr 968, also vor 1050 Jahren, ersetzt hatte.

Die Errichtung dieser Kapelle wiederum resultierte aus der in jenem Jahr vorgenommenen Gründung des Bistums Meißen durch Papst Johannes XIII. Dieser folgte damit einem Vorschlag des römisch-deutschen Kaisers Otto I. sowie dessen Gemahlin Adelheid von Burgund und schuf damit quasi in Meißen die Keimzelle für die Christianisierung des heutigen Sachsen.

Angesichts der repräsentativen gotischen Dombauten, die zum Anfang des 13. Jahrhunderts in Magdeburg, Halberstadt und Naumburg entstanden, wuchs in Meißen das Bedürfnis nach einem Neubau im gleichen Stil. Wahrscheinlich war Bischof Konrad I. die treibende Kraft hinter dem Ganzen – jedenfalls erwirkte er 1249/50 drei Ablässe bei der päpstlichen Kanzlei, die das nötige Geld in die Kassen spülen sollten. Denn die Umgestaltung und Erweiterung versprach teuer zu werden, weil man nun weit über die ursprüngliche Hangkante hinaus bauen musste.

Dennoch war der neue Chor samt Querhaus bereits 1268 liturgisch nutzbar, aber es fehlten noch das geplante große Langhaus einschließlich der Seitenschiffe sowie die Westturmfront. Viel Arbeit also für die hessischen Baumeister, die ab 1270 nach Meißen kamen und sich nun vor allem an der Gestaltung der Elisabethkirche in Marburg und der Kirche in der Zisterzienser-Abtei von Haina orientierten. Außerdem erhielten die unteren Turmblöcke an der Westseite spätgotische Elemente nach Vorbild des Prager Veitsdoms.



Auf die Stadt gespien: Blick vom Dom mit einem seiner steinernen Wasserspeier Bild: Kaufmann

Die Schlussweihe des Meißner Gotteshauses erfolgte 1401 durch Bischof Thimo von Colditz – in etwa zeitgleich mit der Exemtion des Bistums Meißen vom Erzbistum Magdeburg. Nur zwölf Jahre später warf ein schwerer Sturm die beiden hölzernen Glockentürme auf der Westseite hinab, woraufhin der Baumeister Arnold von Westfalen, welcher ab 1470 anstelle der alten Markgrafenburg ein spätgotisches Schloss errichtete, neue Pläne für die Westturmanlage erarbeitete. Diese brachen mit allen bisherigen architektonischen Konventionen: So löste Arnold die Türme in vier Pfeiler auf und verband sie mit frei schwebenden Treppenarmen. Dann ging allerdings das Geld aus, weshalb die kühne Konstruktion 1503 nur mit drei hölzernen Spitzen gekrönt werden konnte. Diesen Anblick bot der Dom bis zum 25. April 1547 – dem Tag, an dem trotz wolkenlosen Himmels ein Blitz in die Westturmanlage einschlug, woraufhin die Holzaufsätze komplett niederbrannten.

Anschließend bemühte sich niemand mehr um deren Wiederherstellung, weil der Dom infolge der Reformation einen Großteil seiner Bedeutung verloren hatte, obzwar in der ab dem Jahr 1425 erbauten Fürstenkapelle am Fuß der Westfront inzwischen mehrere Herzöge und Kurfürsten von Sachsen wie Friedrich der Streitbare ruhten.

Das Interesse an dem Torso blieb solange gering, bis die prominenten Architekten Karl Friedrich Schinkel und Gottfried Semper in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Vollendung des Bauwerkes anregten. Daraufhin beauftragte der Dombauverein den renommierten Karlsruher Architekten Carl Schäfer sowie dessen Meißner Kollegen Joseph Schäffler mit dem Weiterbau der Westturmanlage. Dem folgte heftige Kritik an der „Verschäferung“ des Domes – insbesondere vorgebracht von dem Dresdener Kunsthistoriker und Barockforscher Cornelius Gustav Gurlitt.

Doch die Obergeschosse und Aufsätze der Türme in dem einfühlsamen neugotischen Stil Schäfers, welche 1909 fertiggestellt wurden, harmonieren durchaus mit der innovativen Kreation Arnold von Westfalens. Deshalb ahnen die wenigsten Besucher des Doms, wie viele Jahrhunderte zwischen Grundsteinlegung und Fertigstellung der beiden, nunmehr 81 Meter hohen Westtürme liegen, die heute die Silhouette des gesamten Ensembles auf dem Burgberg prägen.

Dabei drohte den Türmen zwischenzeitlich erneut der Einsturz, weil es die realsozialistische DDR nicht vermochte, die Bauwerke instand zu halten. So brach 1977 die Aufhängung der fast acht Tonnen schweren Johannesglocke, wonach diese sich aber glücklicherweise im Glockenstuhl verklemmte. Ansonsten hätte ihr Absturz wohl das komplette Innere des Nordwestturmes demoliert. Dem folgte in den 1980er Jahren die baupolizeiliche Sperrung der Türme.

Letztlich bedurfte es erst der Vereinigung von West- und Mitteldeutschland von 1990, damit ein großangelegtes Restaurierungsprogramm für den Meißner Dom anlaufen konnte, dass nunmehr zum 1050. Jubiläum im Wesentlichen abgeschlossen ist.

Wolfgang Kaufmann

Ein Frauenlob, der Frauen lobt

Ein reimender und singender Schlagerstar des Mittelalters – Zum 700. Todestag des Minnesängers Heinrich von Meißen

Die Stadt Meißen hat viele bekannte Persönlichkeiten hervorgebracht. Einer trägt sogar ihren Namen. Es handelt sich um den mittelalterlichen Minnesänger Heinrich von Meißen, der unter den Beinamen „Frauenlob“ bekannt ist und der vor genau 700 Jahren starb.

In der kulturgeschichtlich bedeutenden „Manessischen Liederhandschrift“, die wegen ihres Aufbewahrungsorts auch als „Große Heidelberger Liederhandschrift“ bezeichnet wird und die von 140 Dichtern rund 7000 Strophen sowie zahlreiche szenische Abbildungen enthält, ist auch Heinrich von Meißen verewigt. Der Minnesänger und Spruchdichter wurde von den Meistersingern als einer ihrer zwölf Meister angesehen. Für sein Eintreten für den Begriff „vrouwe“ (Frau, Herrin) statt „wip“ (Weib, Frau), für seinen Leich – einer Dichtform des Minnesangs – zu Ehren der Jungfrau Maria und für seine Frauenverehrung erhielt er den Beinamen „Frauenlob“.

In der modernen Literaturwissenschaft gilt er wegen seiner Meisterschaft neben anderen wenigen Größen wie Reinmar von Hagenau, Heinrich von Morungen, Friedrich von Hausen, Heinrich von Veldeke und besonders Walter von der Vogelweide als eine Lichtgestalt der spätmittelalterlichen Lyrik, die über ihren Tod vor 700 Jahren hinaus bis heute nachwirkt. Diese besondere Rolle wird auch durch die überlieferte Abbildung in der „Großen Heidelberger Liederhandschrift“ dokumentiert: Er thront über anderen Gefährten als „Dichterfürst“.

Meister Frauenlob sitzt im linken oberen Bildteil auf einer gelben Kastenbank, blickt auf eine Schar bunt gekleideter Spielleute hinunter und zeigt auf das im rechten oberen Teil befindliche Wappen. Er trägt einen kostbaren Hermelinmantel und scheint die unter ihm versammelten Spielleute mit einem Holzstab zu dirigieren. Die bunt gekleideten Spielleute benutzen sieben damals gebräuchliche Instrumente.

In der Literaturwissenschaft wird vermutet, dass er auf dem Bild als Leiter der von ihm in Mainz begründeten Meistersängerschule mit seinen Jüngern dargestellt ist. Das Wappen beinhaltet einen deutlichen Hinweis auf den Beinamen des Dichters. In einem grünen Feld ist eine gekrönte Frauenbüste mit weißem Halstuch zu sehen. Wer war dieser herausragende Repräsentant des Minnesangs?

Der Dichter wurde um 1250 in Meißen geboren. Seine Dichtersprache und Reime sind vom Meißnischen Dialekt geprägt. Er besuchte wahrscheinlich die Domschule seiner Vaterstadt, erhielt hier eine vielgestaltige Ausbildung bis hin zur Poetik, Komposition und Beherrschung verschiedener Instrumente. In einem Urteil des Zeitgenossen Hermann von Damen wird Heinrichs Frühbegabung schon im Alter von 13 Jahren hervorgehoben. Seine anschließende Karriere als Dichter und Fürstendiener an verschiedenen Orten lässt sich nur aus Anspielungen in seinen Dichtungen erschließen.



Bild: Universitätsbibliothek Heidelberg

Dichterfürst: Frauenlob thront über den Minnesängern

Als erster Nachweis für sein Auftreten an einem Fürstenhof gilt 1278, als er vor dem deutschen König Rudolf I. als Dichter in Erscheinung trat. Seine Dichtungen belegen zudem nachfolgende Beziehungen zu den Höfen von König Wenzel II. von Böhmen um 1286, Herzog Heinrich von Breslau um 1290 und danach am Hof des Herzogs Heinrich von Mecklenburg. Anschließend weilte er nacheinander im Umfeld des Dänenkönigs Erich und des Fürsten Wizlaw III. von Rügen.

Nach seinem Aufenthalt an der Ostsee weilte er als Meistersänger an vielen weiteren Höfen. Überall glänzte Heinrich durch neue Schöpfungen, die seine gelehrte Bildung verraten, einerseits sein Epigonentum erkennen lassen und andererseits aber auch seinen hohen Originalitätsanspruch sowie sein Streben zu neuen künstlerischen Ufern deutlich machen. Er verband dabei die versinkende ritterliche Kultur mit der neuen städtischen Kultur und lässt den Entwicklungszusammenhang zwischen Walter von der Vogelweide und Hans Sachs anklingen.

Dazu kommt die Musik seiner Dichtungen. Er war so etwas wie ein Schlagersänger des Mittelalters, der von der Minne sang, also der Liebe im Sinne von Verehrung einer Herrin. Als Theologe hinterfragte er er die Geheimnisse der Schöpfung. Als Didaktiker widmete er sich neben der Preisung seiner fürstlichen Gastgeber auch der Zeitgeschichte, Sozialkritik und Sozialbelehrung. Als Minnesänger im engeren Sinne steigerte er die Minne zu einem religiös empfundenen Kult der Frau. Heinrich verließ mit seinen Dichtungen mitunter sogar den höfischen Boden, näherte sich einem bürgerlichen Denken an und erhob sich damit über seine spätmittelalterlichen Dichterkollegen hinaus zu einer neuen zukunftsweisenden Qualität.

Als letzte Station seines Wirkens ist Mainz überliefert, wo er ab 1312 in der Gunst von Peter von Aspelt stand, dem Erzbischof von Mainz. Er glänzte in der erzbischöflichen Residenz mit weiteren Dichtungen, gründete der Überlieferung nach eine Singschule und starb hier in hohem Ansehen am 29. November 1318. Vor 700 Jahren fand er seine letzte Ruhestätte im östlichen Kreuzgang des Mainzer Doms, was als Auszeichnung zu werten ist.

Der Sage nach sollen ihn Frauen damals zu Grabe getragen und dabei seine „Gruft mit Rheinwein begossen“ haben. Der 1774 bei Bauarbeiten zerstörte Grabstein für den „Dichterfürsten“ wurde neun Jahre später erneuert. 1840 schuf der Historienmaler Alfred Rethel eine Darstellung, die das Begräbnis zum Inhalt hat. In der Stadt Mainz erinnert am Rheinufer auf der Höhe der Frauenlobstraße eine Plastik an den Meistersänger. *Martin Stolzenau*/tws

Leben mit Honeckers in der DDR und in Chile

Der SED- und Staatsratsvorsitzende der DDR Erich Honecker war in zweiter Ehe mit der späteren Volksbildungsministerin Margot Honecker verheiratet. Beide hatten sich in der Jugendorganisation FDJ kennengelernt. Ihre Tochter Sonja hatte Anfang der 1970er Jahre einen chilenischen Wissenschaftler geheiratet. Dieser war mit zahlreichen anderen Landsleuten, die 1973 vor dem Pinochet-Regime geflüchtet waren, in die DDR gekommen. Am 10. Oktober 1974 wurde deren Sohn Roberto Leonardo Yáñez Betancour y Honekker geboren. Dessen Schicksal als Honecker-Enkel und später als entwurzelter Emigrant in Chile erzählt das Buch, das der Filmemacher Thomas Grimm in Abstimmung mit Yañez-Honecker collageartig zusammengestellt hat.

Als Honecker-Angehörige zählte die Familie zur Nomenklatura der DDR mit all den Vergünstigungen, die diesem Personenkreis zur Verfügung standen. Für den kleinen Jungen und Jugendlichen bedeutete das eine unbeschwerte Kindheit, die er sichtlich genoss, die aber auch geprägt war von der im persönlichen Umgang liebevollen, in Sachen Erziehung und Weltanschauung aber unerbittlich „sozialistisch“ denkenden Großmutter („die böse und weise Oma“). Sehr herzlich war offenbar das Verhältnis zum Großvater, allerdings beobachtete der Junge schon früh eine gewisse Verschlossenheit, wenn das Gespräch, selten genug, auf politische Themen kam.

Nach dem Sturz Honeckers und der Wende in der DDR verließen

DDR-Opfer kritisierten Pfarrer

Robertos Eltern die DDR. Das Pinochet-Regime hatte abgedankt, die geflohenen Chilenen kehrten in großer Zahl in ihre Heimat zurück, auch Robertos Vater. Für den Jungen begann ein neues Leben, das für ihn anfangs fast problemlos war. Dann aber, als die Großeltern Anfang 1993 nach längerer Haft Erich Honeckers überraschend nach Chile ausreisen konnten, holte ihn die deutsche Vergangenheit ein. 22 Jahre lebte er nach dem Tod des Großvaters im Mai 1994 mit seiner Großmutter in Santiago de Chile zusammen. Margot Honecker, man weiß es aus anderen Zeugnissen, blieb bis zu ihrem Tod im Mai 2016 eiserne Sozialistin. Sich von ihr und dem eigenen DDR-Trauma zu lösen, gelang Roberto Yáñez erst allmählich. Heute ist er Maler, Dichter und Liedtexter; der Insel-Verlag, der diese Biografie publiziert hat, hat auch schon den Lyriker Roberto Yáñez vorgestellt.

Es ist die nicht zu stillende, wohl auch verständliche Neugier der Menschen, immer wieder zu erfahren, wie die Mächtigen leben. Diesem Interesse kommt auch dieses Buch, soweit es sich auf den Alltag Robertos in der DDR bezieht, entgegen. Konkrete politische Themen werden allerdings kaum angesprochen, der Junge war ja tatsächlich noch zu jung. Die Honeckers werden als liebevolle Großeltern vorgestellt.

Nicht allen Lesern wird das gefallen. Das Buch schildert eine dramatische Begebenheit, als Anfang 1990 das plötzlich völlig mittellos dastehende Ehepaar Honecker von einem barmherzigen Pfarrer aufgenommen wurde. Wütende Demonstranten attackierten dessen Grundstück, ein ehemaliger Bautzen-Häftling war gar nicht zu beruhigen.

„Dann schaute er (der Pfarrer) dem Mann ins Gesicht und sah seine wirklich verbitterten Züge: ‚Was Ihnen Honecker an Unrecht getan hat, müssen Sie ihm selbst vergeben. Wenn Sie ihm nicht vergeben, frisst die Bitterkeit Ihres Herzens Sie auf. Und da hat der Mann einen Augenblick überlegt und dann gesagt: ‚Ja, Sie haben vielleicht recht, ich muss vergeben und ich will vergeben.‘“ Vielleicht muss man mit dieser Gesinnung auch ein solches Buch lesen.

Dirk Klose



***Roberto Yáñez, Thomas Grimm: „Ich war der letzte Bürger der DDR. Mein Leben als Enkel der Honeckers“**, Insel Verlag, Berlin 2018, gebunden, 256 Seiten, 20 Euro*

Hilfe zum Bibellesen

Im Vorwort schreibt der Generalsekretär des CVJM Deutschlands, Hansjörg Kopp: „Mehr als eine Bibel und meinen persönlichen ‚Termin mit Gott‘ braucht es nicht.“ Er spricht von Spiritualität mit Tiefgang. Und so kann der Leser diese Bibellesehilfestellung als Möglichkeit annehmen, die Bibel Stück für Stück zu erfahren.

Das Buch versteht sich nicht als vollständiger Bibelleseplan, nach dem man innerhalb eines Jahres das Alte und das Neue Testament gelesen haben wird, sondern als tägliche Hilfestellung zum besseren Verständnis von Gottes Wort. Dem gesamten Text steht die Jahreslosung für 2019 vor. Sie lautet „Suche Frieden und jage ihm nach“, Psalm 34,15.

Jeder Monat wird durch den Monatsspruch und jede Woche durch einen Wochenspruch eingeleitet. Jedem Tag ist eine Bibelstelle zugeordnet, die dem Kirchenjahr entspricht. So findet man jeweils eine Bibelstelle pro Tag. Dazu kurze Begleittexte der über 50 aktiven Mitwirkenden am Kalendarium. Sie enthalten einen aktuellen Gedanken zur jeweiligen Bibelstelle. Dazu gibt es Erläuterungen zu ausgewählten Versen. Ein Lesebändchen dient der Orientierung.

Im Anhang werden dem Leser noch sieben Gebete, Meditationstexte und Segenszusprüche vorgeschlagen, die Mitarbeiter samt Adresse aufgeführt, die an der Entstehung des Textes beteiligt gewesen sind, ein Bibelstellenregister sowie ein Abkürzungsverzeichnis angefügt. Die Rückseite des Umschlages zeigt ein Jahreskalendarium für das Jahr 2019. Wer sich ein intensiveres Bibelstudium für das kommende Jahr vornimmt, ist mit diesem Buch gut beraten.

CRS



***Frank Grundmüller und Friedhardt Gutsche: „Termine mit Gott 2019. 365 Tage mit der Bibel“**, Brunnenverlag, Gießen 2018 und CVJM-Gesamtverband in Deutschland e.V., kartoniert, 271 Seiten, 6 Euro*

»Bäume leuchtend«

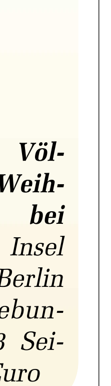
Bäume leuchtend, Bäume blendend“, mit diesen Verszeilen an den Großherzog Carl August zu Weihnachten 1822 beginnt das ansprechend gestaltete Bändchen „Weihnachten bei Goethe“, das der Goethe-Kenner Werner Völker zusammengestellt hat.

Aus Briefen, Gedichten, Geschichten und Bilddokumenten der Goethezeit sowie aus Schilderungen von Zeitgenossen, aber auch Selbstzeugnissen erfährt der Leser, wie der bedeutendste deutsche Klassiker seine Weihnachtszeit verbracht hat. In Momentaufnahmen, etwa das Krippen- und Komödienspiel in Goethes Elternhaus, der junge Goethe als Tausendsassa auf dem Eis und vielen weiteren Lebensphasen, wird ein Bild des Menschen Goethe gezeichnet, als liebenswürdiger, kinderliebender, zuweilen altkluger Schöngeist. Erinnerungen von Zeitgenossen wie Johanna Schopenhauer runden das Panorama ab.

Das Büchlein informiert episodenhaft und unterhaltsam über Weihnachtsbräuche von damals. Eine ideale Lektüre zur Einstimmung auf die Feiertage.

MRK





***Werner Völker: „Weihnachten bei Goethe“**, Insel Verlag, Berlin 2018, gebunden, 113 Seiten, 14 Euro*

Weihnachten anno dazumal

Schon der Einband des „Großen Weihnachtsbuchs“ in sattem Tannengrün mit alter Postkarte in der Mitte lädt zum Schmökern ein. Es ist fast so, als ob die Vorfahren hier ein altes Weihnachtsalbum hinterlassen hätten. Die Autorin Traudl Kupfer entführt die Leser in die Weihnachtszeit zwischen 1800 und 1950.

Da gibt es zunächst ein großes Foto unterm Weihnachtsbaum in Schwarz-Weiß. Ein Vater probiert mit seinen beiden Söhnen am Weihnachtsabend das neue Spielzeug aus. Danach geht es in die Weihnachtszeit im 19. Jahrhundert. Betitelt mit „Zu Hause am Ofen“, kann man es sich an einem alten Berliner Kachelofen gemütlich machen. Aus einem Brief von Theodor Storm, den dieser im Dezember 1856 an seine Eltern schrieb, ist zu erfahren, dass sein Daumennagel schon fast vergoldet sei durch die vielen Bastelarbeiten, die er ununterbrochen verrichte.

Alte Adventskalender sind zu bewundern und Geschichten sowie Gedichte zum Lesen und Vorlesen abgedruckt. Die prächtigen Abbildungen aus vergangenen Zeiten versetzen den Leser unwillkürlich in Weihnachtsstimmung. Auch ein Blick in die damalige Küche darf nicht fehlen. Rezepte von Weihnachtskeksen, Baumkuchen und Winterpunsch regen dazu an, diese auch einmal auszuprobieren. Dazu verführt hauptsächlich auch das zweite Kapitel „Essen und Trinken“, da Anleitungen zu Pfefferkuchentunke, Weihnachtskarpfen, Gebäck und Kaiserschmarrn dem Betrachter den Mund wässrig machen.

Besonders anrührend sind die vielen Zeitzeugen, die zu Wort kommen und über ihre Weihnachtserlebnisse von damals berichten. Wie war es als Kind in den 1920er Jahren oder in der Nachkriegszeit? Welche Bräuche gab es, welche haben sich bis heute erhalten, und woher stammen diese eigentlich? Es gebe wohl kaum eine Region im deutschsprachigen Raum, wo die Weihnachtszeit so lichterreich und intensiv gefeiert werde wie im Erzgebirge, so die Autorin. Die meisten Bräuche stammten aus dem Bergbau, der das Leben vor Ort über Jahrhunderte geprägt hat.

Mit Gedichten von Matthias Claudius und Hoffmann von Fallersleben sowie Bildern von Heinrich Zille geht es nach „Draußen in Eis und Schnee“. Auch das „Bunte Treiben auf den Märkten“ darf nicht fehlen, bis schließlich „Am Weihnachtsabend die Lichter brennen“. Zu erfahren ist außerdem, wie sich die Weihnachtszeit im Nachbarland Österreich gestaltete. Zum Schluss gibt es mittels vieler Fotos, Gedichte und Geschichten noch ein „Prosit auf Silvester!“.

Die Autorin hat eine solche Fülle an Material zusammengestellt, dass es für Jung und Alt unendlich viel zu entdecken gibt. Nicht nur dadurch ist der Weihnachtsstress für eine ganze Weile verbannt. Es ist ein Buch wie eine Meditation, denn es strömt Ruhe und Besinnlichkeit aus. Ein Herz erwärmendes Geschenk zur Weihnachtszeit. Natürlich auch für sich selbst.

Silvia Friedrich



***Traudl Kupfer: „Das große Weihnachtsbuch. Geschichten, Bilder, Lieder und Rezepte aus über 100 Jahren“**, Elsengold Verlag, Berlin 2018, gebunden, 208 Seiten, 24 Euro*

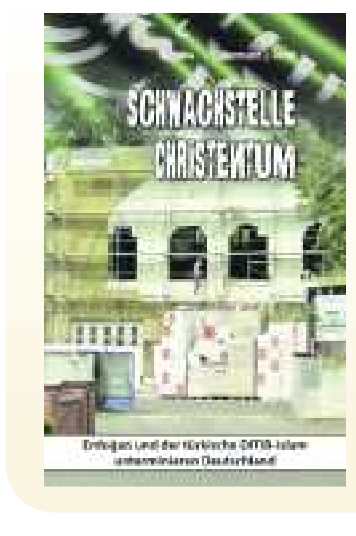
Erdogans Macht in Deutschland

Sämtliche Vereine der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (Diyanet Isleri Türk Islam Birligi, abgekürzt DITIB) in Deutschland gehörten verboten. Denn sie seien nicht gemeinnützig, sondern verfassungsfeindlich und ein Instrument der Erdogan-Regierung in Ankara, um islamistische Strukturen in der Bundesrepublik zu etablieren und die Innenpolitik hierzulande im Sinne der Türkei zu beeinflussen. Das ist das klare Fazit des Buches „Schwachstelle Christentum. Erdogan und der türkische DITIB-Islam unterminieren Deutschland“ von Hermann Redel.

Die Argumentation des Verfassers, welcher der evangelikalen Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen nahesteht, beruht dabei auf der gründlichen Analyse diverser DITIB-Satzungen im hierarchischen System Bund-Land-Gemeinde. Damit sich der Leser selbst ein Bild machen kann, werden einige Satzungen im Detail zitiert und kommentiert. Das betrifft sowohl jene des Bundesverbandes der DITIB mit Sitz in Köln als auch die exemplarisch vorgestellten Satzungen des Landesverbandes Niedersachsen und Bremen sowie der Moschee-Gemeinde Langenhagen.

In allen drei Fällen wird deutlich, wie sehr die Türkei das deutsche Vereinsrecht missbraucht, um „Trojanische Pferde“ zu platzieren. Ebenso kann Redel zeigen, wie die Befehlskette vom islamistischen Staatspräsidenten Erdogan bis hinunter in die kleinste DITIB-Moschee reicht. Dass die Installation eines solchen Systems gelingen konnte, resultiert aus der Naivität oder ideologischen Borniertheit der deutschen Entscheidungsträger, welche blind für die Gefahren sind, die von der DITIB ausgehen, beziehungsweise gar bewusst deutsches Recht beugen.

Wolfgang Kaufmann



***Hermann Redel: „Schwachstelle Christentum. Erdogan und der türkische DITIB-Islam unterminieren Deutschland“**, Lichtzeichen Verlag, Lage 2018, broschiert, 150 Seiten, 9,95 Euro*

Gute Vorsätze als Fabel verpackt

Was wünschst du dir zur Weihnachtszeit“ lautet der Titel eines farbig illustrierten Bilderbuchs von Dorothea Conrad, geeignet für Schulkinder im Alter bis etwa acht Jahre und, wie der Verlag angibt, auch für junggebliebene Erwachsene. Die Autorin wurde 1930 in Königsberg geboren und fand 1956 ihre zweite Heimat in Baden-Württemberg. Ihre beiden autobiografischen Bücher wurden bereits in der *PAZ* vorgestellt. Auch dieses etwas andere Weihnachtsbuch ist eine Empfehlung wert. Eine besinnliche Geschichte wird darin nicht erzählt, jedoch eine, die leise daran erinnern möchte, dass Besinnlichkeit wegen all der vorweihnachtlichen Aktivitäten und kulinarischer Genüsse bei den Menschen oft gar nicht erst aufkommt.

In dieser Fabel verhalten sich Tiere als Hauptakteure genauso wie viele Menschen in der Vorweihnachtszeit. Wie jedes Jahr vor Weihnachten treffen sich verschiedene Tiere aus Feld und Wald bei einer alten Eiche. Vom Bauernhof kommen Ochse, Esel und Schaf hinzu. Zwischen den Tieren entspinnt sich eine angeregte Unterhaltung über ihre Pläne und Wünsche für das Weihnachtsfest. Dabei werden allerlei persönliche Sorgen zum Ausdruck gebracht, doch im Mittelpunkt des Interesses steht das leibliche Wohl, die Vorfreude auf das köstliche Weihnachtsmahl.

Schnell vergeht die Zeit und es wird dunkel. Bevor sie aufbrechen und sich auf den Heimweg machen, fällt den Tieren zuletzt noch ein, dass sie vom Kind in der Krippe, das größer und berühmter wurde als jeder König, gar nicht geredet haben. Darüber sind sie betreten und auch etwas traurig. Nun bleiben ihnen nur gute Vorsätze für ihre Versammlung im nächsten Jahr. Die bezaubernden Illustrationen von Alice Lorcy bringen schillernde Stimmungen und das Mystische in der Natur zum Ausdruck.

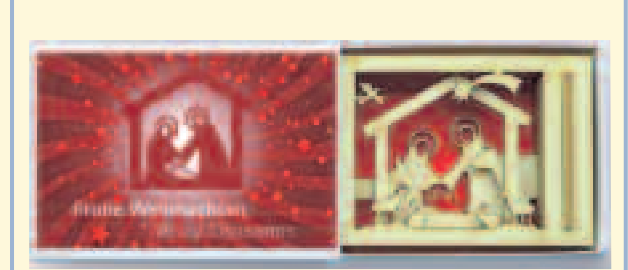
D.J.



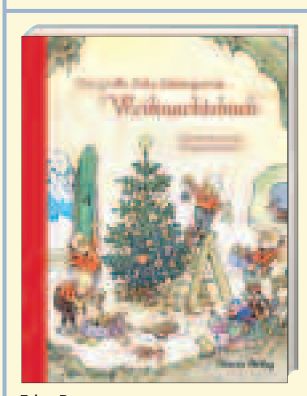
***Dorothea Conrad: „Was wünschst du dir zur Weihnachtszeit?“**, regionalkultur, Ubstadt-Weiher, Heidelberg, Neustadt a.d.W., Basel 2016, gebunden, 48 Seiten mit Illustrationen, 12,90 Euro*



Fröhliche Weihnacht überall
Das allerschönste Weihnachtsbuch
Kein anderes Fest im Jahreskreis ist so abwechslungs- und zauberreich, blickt auf eine so reichhaltige und vielfältige Tradition zurück wie Weihnachten. Lichter und Geheimnisse, Überlieferungen und Bräuche, Gedichte und Geschichten, Rezepte und Lieder – das alles will Hoffnung auf Erlösung und Frieden wecken und ist doch gleichzeitig so menschlich – ja, kindlich – in seinen Freuden und Genüssen. Fröhliche Weihnacht überall ruft althergebrachte Formen des Weihnachtsfestes in Erinnerung, bringt die romantische Stimmung, die Sinnlichkeit der »stillen Zeit« zum Ausdruck. So entsteht ein Weihnachtspanorama, das neben der Bewahrung der alten Kostbarkeiten gerade die heutige Zeit zu inspirieren vermag. Ein Werk nicht nur für Kinder, sondern auch für Erwachsene, die das Kind in sich noch nicht vergessen haben, denen manchmal wehmütige Erinnerungen an unbeschwerte Weihnachtsfeste kommen. In dieser nostalgisch-prächtigen Ausstattung darf es als einmalig bezeichnet werden. 304 Seiten.
Nr. P A1224 Gebunden 24,00 €



Mini Silhouette Weihnachten
Die in erzgebirgischer Tradition hergestellte kleine Weihnachtskrippe in einer Streichholzschachtel findet überall ihren Platz.
(Format: 4,7 x 3 cm)
Nr. P A1207 Weihnachtskrippe in einer Streichholzschachtel 9,90 €



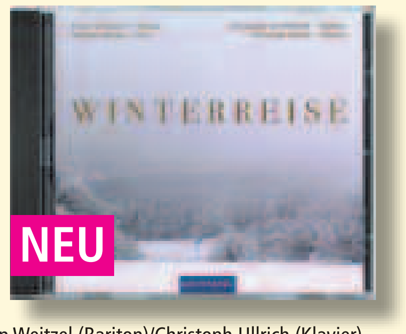
Fritz Baumgarten
Das große Fritz Baumgarten Weihnachtsbuch
Ein Hausbuch für die ganze Familie
64 Seiten. Gebunden mit Halbleineneinband
Dieses Hausbuch für die ganze Familie enthält Backrezepte, Geschichten und Lieder für die schöne Vorweihnachtszeit. Illustriert mit stimmungsvollen Weihnachtsbildern von Fritz Baumgarten, bietet das Buch Lesestoff für gemütliche Winterabende. Friedrich Karl Baumgarten, geboren am 18. August 1883 in Reudnitz und verstorben am 3. November 1966 in Leipzig, war ein deutscher Bilderbuchillustrator, Lithograf, Zeichner und Maler. Er gilt als der Vater der heute noch weit verbreiteten Zwergengeschichten,der mit seinen klaren, stark farbigen Bildern und einfachen Formen einen unverwechselbaren Stil schuf.
Nr. P A0958 7,99 €



Ruth Geede
Die Weihnachtsfamilie
Vom Zauber der ostpreußischen Weihnacht
„O du fröhliche …' sangen wir als Kinder mit besonderer Inbrunst, denn Weihnachten war ja ein fröhliches Fest, jedenfalls bei uns daheim in Ostpreußen". So beginnt Ruth Geedes Vorwort für den Titel „Die Weihnachtsfamilie" in dem, neben eigenen Texten, Lieder, Gedichte und Geschichten ostpreußischer Autorinnen und Autoren versammelt sind. Auch Rezepte mit Leckereien rund um die Weihnachtszeit fehlen nicht, denn was wäre ein Weihnachtsfest in Ostpreußen ohne das unvergleichliche Marzipan, das von der Großmutter höchstpersönlich zu diesem Anlass hergestellt wurde. Ruth Geede führt uns mit „Die Weihnachtsfamilie" zurück in die alte Heimat Ostpreußen, sie erinnert an weiße Weihnacht mit klirrendem Frost und Schlittenfahrten durch tiefverschneite Wälder und immer glaubt man bei der Lektüre den Duft von Honig und Harz zu verspüren und vernimmt das Zischen der Bratäpfel in der Röhre des bullernden Kachelofens. 160 Seiten.
Nr. P 533190 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



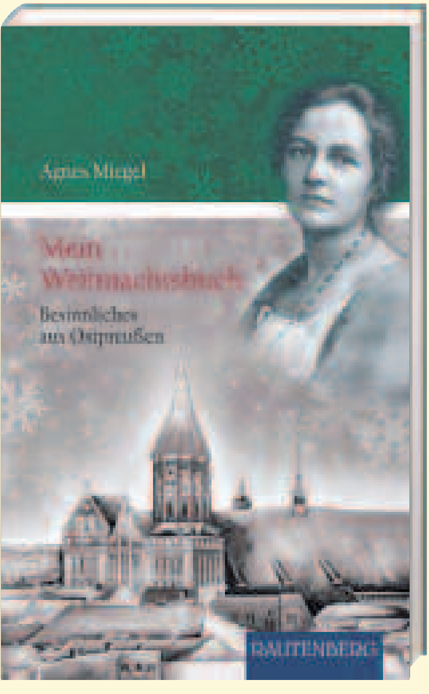
Ulrike Renk
Das Fest der kleinen Wunder
Roman
Ostpreußen, Winter 1925: Während im Reich alles im Umschwung ist, lebt man auf den Gütern in der ostpreußischen Provinz ein Leben mit den Jahreszeiten. Für Frederike ist es das letzte Jahr auf Gut Fennhusen, bevor sie eine höhere Töchterschule besuchen wird. Sie genießt es, mit ihrem Pony über die abgeernteten Felder zu reiten, den ersten Schnee zu riechen und an den Vorbereitungen für die große Jagd teilzuhaben. Nur Caramell, ihr Lieblingspferd, macht ihr Sorgen – es lässt sich plötzlich nicht mehr reiten. Dann taucht der Besitzer des Nachbarguts auf und möchte es kaufen. Jetzt muss schon ein kleines Wunder geschehen, dass es noch ein fröhliches Weihnachtsfest wird … Dieses Buch ist ein abgeschlossener Weihnachtsroman, der in den 20er Jahren auf Fennhusen spielt. Es ist nicht die chronologische Fortsetzung der Serie „Die Ostpreußen Saga". 240 Seiten.
Nr. P A1326 Gebunden 12,00 €



Christoph von Weitzel (Bariton)/Christoph Ullrich (Klavier)
Winterreise – CD
Franz Schubert vertonte im Jahre 1827 die Gedichte aus der Urania. Die CD enthält die Lieder, gesungen von Christoph von Weitzel und am Klavier begleitet von Christoph Ullrich. Lieder: Gute Nacht; Die Wetterfahne; Gefrorene Tränen; Erstarrung; Der Lindenbaum; Wasserflut; Auf dem Flusse; Rückblick; Irrlicht; Rast; Frühlingstraum; Einsamkeit; Die Post; Der greise Kopf; Die Krähe; Letzte Hoffnung u.v.m. Laufzeit: ca. 74 Minuten.
Nr. P 533184 CD 12,95 €



Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Macht hoch die Tür – Die schönsten Deutschen Weihnachtslieder
Lieder: Es kommt ein Schiff geladen; Es ist ein Ros' entsprungen; Maria durch ein' Dornwald ging; Macht hoch die Tür'; Kommet ihr Hirten; Ihr Kinderlein kommet; Ich steh' an deiner Krippe hier; Vom Himmel hoch, o Englein kommt; Alle Jahre wieder; Leise rieselt der Schnee; Stille Nacht; In dulci jubilo; O du fröhliche. Weihnachtslieder von Peter Cornelius: Christbaum; Die Hirten; Die Könige; Simeon u.e.m. Laufzeit: ca. 60 Min.
Nr. P A0801 CD 12,95 €



Agnes Miegel
Mein Weihnachtsbuch
Besinnliches aus Ostpreußen
In Erzählungen, Geschichten und Gedichten lässt Agnes Miegel die Kindheitserinnerungen an den Zauber der Weihnachtszeit in ihrer alten Heimat wach werden. Sie vergleicht ihr Buch mit einer Schachtel voller Weihnachtsschmuck, die das Jahr über auf dem Dachboden verstaubt und erst in der Vorweihnachtszeit wieder geöffnet wird. Dann hängt „an jedem Faden sorgsam gebündelten Engelhaars" ein „weißt – du – noch?" Agnes Miegels Buch birgt einen Schatz voll Erinnerungen und Geschichten aus Ostpreußen, zum Lesen, Vorlesen und Erzählen nicht nur in der Adventszeit. Agnes Miegel wurde 1879 in Königsberg geboren und gilt als die größte Dichterin Ostpreußens im 20. Jahrhundert und als die wichtigste deutsche Balladendichterin ihrer Zeit.
1 S/W-Abbildung. 144 Seiten.
Nr. P 533179 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



Kurenkaffee
Ostpreußischer Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5688 17,95 €



Trakehner Blut
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5697 1 Flasche 21,60 €
Nr. P A0298 3 Flaschen 62,00 €



Heimat deine Sterne
Kriegsweihnacht 1940
Ringsendung des Großdeutschen Rundfunks Heiligabend 1940: Eröffnung und Gruß aus Potsdam, Weihnachtsgeschichten und Grüße von den verschieden Orten der Front in Ost und West mit Liedern gesungen von Herbert E. Groh, Marcel Wittrisch, Alfons Flügel, Wilhelm Strienz, Walther Ludwig, Margarete Slezak, dem Mozartchor Berlin, dem Chor der Staatsoper Berlin. Laufzeit: 79 Minuten.
Nr. P 9256 CD 12,80 €

Die Weihnachts-Geschichte
Die Geschichte von Marias und Josefs Reise nach Bethlehem und der Geburt Jesus bringt schon den Kleinsten den Zauber von Weihnachten nahe. In kindgerechter Sprache und von liebevollen Illustrationen begleitet werden die Ereignisse der Heiligen Nacht erzählt. 18 Seiten
Nr. P A1336 Pappbilderbuch 7,95 €



Bärenjäger
Ostpreußischer Bärenfang
35 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5680 19,90 €



Danziger Goldwasser
Danziger Liqueur
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5811 21,95 €



Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 21,45 €



Tapi
Original Bärenfang
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5695 21,45 €



Pillkaller
Edel-Machandel
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5696 17,95 €



Trakehner Esprit
Edler Reiterschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5703 21,45 €



Schit-Lot-Em
Pommerscher Magenlikör
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5689 21,45 €



Bärenblut
Honig und Holunder
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5694 21,45 €



Bernsteinriegel
Meschkinnes, Bärenblut, Bärenfang, Kurfürstlicher Magenbitter und Danziger Goldwasser. je 0,10 Liter im Tragekarton
Nr. P 5702 Spirituosen (5 x 0,10 Liter im Tragekarton) 21,45 €



5 Ostpreußische Liköre
5 Flaschen je 0,10 Liter ostpreußische Liköre im Tragekarton.
Nr. P 5803 19,95 €



Moosbeere mit Wodka
Baltische Spezialität
20 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5685 17,95 €



Lorbass
Altpreußischer Kartoffelschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5673 16,95 €



Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 17,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

»Wut und Hass« breiten sich aus

Köln – Laut einem zu „Focus online“ durchgesickerten Papier fürchtet das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), dass sich die politische Stimmung in Teilen der Bevölkerung und bestimmten Regionen gefährlich aufheize. Es ist von „Wut und Hass“ auf die etablierte Politik und die sie unterstützenden Medien die Rede. Insbesondere die Wucht der Proteste von Chemnitz im vergangenen Sommer haben die Sicherheitsbehörden offenbar überrascht. *H.H.*

Muezzinruf zum Advent

Linz – Auf dem Linzer OK-Platz ertönt vom 2. bis 23. Dezember einmal täglich der Muezzinruf statt weihnachtlicher Lieder. Es handele sich um eine „Kunst-Installation“, so die Initiatoren. Sie solle ein „harmonisches“ Zusammenspiel der Religionen schaffen. Linzer Christen wollen mit dem Singen christlicher Lieder auf dem Platz gegen die Aktion protestieren. *H.H.*

ZUR PERSON

Preußischer Schlösserherr

Das Berliner Humboldt-Forum sorgt für reichlich Stühlerücken. Nachdem das Gründungstrio um den Briten Neil MacGregor das Feld zugunsten von Hartmut Dorgerloh geräumt hatte, blieb die Frage, wer dessen Posten als Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) übernimmt. Ein halbes Jahr blieb diese Position unbesetzt. Jetzt hat man unter 30 Bewerbern den Kunsthistoriker **Christoph Martin Vogtherr** als Nachfolger auserkoren.

Am 1. Januar übernimmt der 53-Jährige das Amt. Dann endet sein kurzes Gastspiel als Direktor der Hamburger Kunsthalle, die er seit Oktober 2016 leitet. Statt Hamburg nun Berlin und Potsdam, statt Caspar David Friedrich nun also Friedrich der Große – da weiß einer, Prioritäten zu setzen.

Bei Vogtherr wirkt die berufliche Veränderung wie eine Flucht nach vorn. Dass kurz vor ihrem 150. Gründungsjubiläum, welches die Kunsthalle 2019 groß feiert, ausgerechnet ihr Chef geht, stellt der Hamburger Kulturpolitik kein gutes Zeugnis aus. Die Kunsthalle, wo der gebürtige Uelzener erst in diesem Jahr seinen Ausstellungsstand mit einer überragenden Gainsborough-Schau abgeliefert hat, leidet schon seit Längerem unter einem – nicht von Vogtherr – verschuldeten Millionendefizit und sinkenden Besucherzahlen. Bei der SPSG wird der neue Chef jährlich mit einem Bund- und Landeszuschuss von 41 Millionen Euro verwöhnt, ist Herr über 30 Museumsschlösser, 550 Mitarbeiter, 800 Hektar Parkanlagen und 100 000 Einzelkunstwerken.


Bild: HH Kunsthalle/Oliver Mark

Die SPSG kennt der über die Gründungsgeschichte der Berliner Museen promovierte Vogtherr bereits aus seiner Zeit als Kurator von 1997 bis 2007. Danach leitete der in Cambridge ausgebildete Experte für Kunst des 18. Jahrhunderts die renommierte Londoner Wallace Collection. Die SPSG hat mit ihm groß eingekauft. *H. Tews*



Quatsch mit Wonne

Was wir besser können als die Gallier, warum wir der Welt so sympathisch sind, und woher wir Sachen wissen, die es nicht gibt / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Sie sind ja ganz nett, unsere französischen Nachbarn, aber auch ein bisschen schlampig. Wie es scheint, hat die französische Regierung gedungene Schläger ausgesandt, die auf der Gelbwesten-Demo in Paris gezielt randalieren sollten, um so die Proteste zu vergiften. An sich keine schlechte Idee, doch laut Zeugen haben sie das Manöver derart dilettantisch ausgeführt, dass umstehende „echte“ Demonstranten den Kniff beobachtet haben und davon anschließend der Öffentlichkeit berichten konnten (siehe Seite 1).

Was für Stümper! Sowas passiert unseren deutschen Verantwortungsträgern selbstverständlich nicht. Die machen das geschickter: Im Rahmen von Programmen „gegen Rechts“ haben sie sich ein weitverzweigtes Netz staatlich bezuschusster „Antifa“-Kommandos herbeisubventioniert, die Tag und Nacht Knüppel bei Fuß stehen, um jede Zusammenrottung unbotmäßiger Untertanen im Keim zu ersticken. Das klappt ganz wunderbar, denn keiner merkt, wer dahinter steht. Wieso nicht? Erstens, weil die Qualitätsmedien nicht danach fragen, und zweitens, weil der deutsche Michel niemals glauben könnte, dass so etwas möglich wäre. Und sogar wenn er es könnte: Er würde sich solch schmutzige Gedanken selbst verbieten, ohne dass ein Zuchtmeister mahnend „Du, Du, Du!“ zu ihm sagen müsste.

Wir Deutsche sind einfach besser erzogen. Außerdem bereitet es uns seit jeher große Wonne, jeden noch so abseitigen Quatsch unserer Führung bis zum bitteren Ende eisern durchzuziehen, selbst wenn es uns am Schluss Kopf und Kragen kostet.

Wir schlucken allen erdenklichen Blödsinn, sofern man ihn uns nur oft genug erzählt. Die „Wahrheit“ entsteht dann aus der Wiederholung. So glauben wir unbesehen, dass wir alle „reich“ sind, weil wir jeden Tag unbestechliche Berichterstatter davon reden hören, dass „Deutschland ein reiches Land“ sei. Daher lassen wir uns im Unterschied zu den biestigen Galliern voller Hingabe ausplündern und sind ganz stolz darauf, dass unsere Regierung beim Gipfel in Kattowitz weitere anderthalb Milliarden Euro von unseren Steuergeldern für den UN-„Klimatopf“ bereitgestellt hat. Dafür hat uns das Ausland ausgiebig gefeiert. Na ja, jedenfalls haben sie herzlich gelacht, unsere „Partner in der globalisierten Welt“. Was machen die anderen derweil? Die USA sind ganz ausgestiegen aus dem Klimapakt, Australien, die Türkei und Polen planen eifrig neue Braunkohleprojekte, die Chinesen wollen bis 2030 an ihrem CO_2-Ausstoß gar nichts machen und die kanadische Provinz Ontario hat gerade einen Baustopp für Windräder verhängt. Sie sehen: Die Welt zieht an einem Strang, und wir, ja, WIR sind die Vorreiter ... Vorreiter beim Wettrennen in den energiepolitischen Totalschaden.

> Industrie? Wozu noch? Wir sind so reich, dass wir gar kein Geld mehr verdienen müssen

Da wundert es nicht, dass unsere Wettbewerber auf dem Weltmarkt so glücklich sind über Berlins zukunftsweisende Entscheidung und uns heftig zujubeln für unseren beispielhaften Kurs ins Chaos: Die deutsche Industriekonkurrenz sind wir bald los, werden die sich sagen.

Aber was soll's. Immerhin haben wir Deutsche dann die Welt gerettet und außerdem sind wir ja reich, so reich, dass wir gar kein Geld mehr verdienen müssen, weil wir schon viel zu viel davon haben. Alles andere ist Fake News, so wie die Nachricht, dass die Deutschen in Westeuropa tatsächlich die armen Kirchenmäuse sind, nur portugiesische Haushalte haben noch weniger Vermögen als die deutschen. Und unsere Steuer- und Abgabenlast ist noch höher als die der protestierenden Franzosen.

Es kommt eben immer auf den Blickwinkel an, ob man sich für reich oder arm hält. Um unseren Blick zu festigen, zeigt man uns Serien wie „Hartz aber herzlich“. Das ist eine RTL-Produktion, die nicht nur unsere Gaffsucht befriedigt, sondern den deutschen Zuschauern zudem zweierlei erzieherisch wertvolle Lektionen erteilt.

Erstens sehen wir dort, wie schlecht es den Menschen in den Mannheimer Benz-Baracken geht. Vor allem: wie viel schlechter als uns! Da fühlt man sich doch gleich ganz fabelhaft, wie ein Krösus, und giert geradezu nach der nächsten Steuererhöhung für den UN-„Klimatopf“ oder andere edle Projekte.

Zweitens lernen wir bei „Hartz aber herzlich“ etwas, wie man in der Schule sagte, „fürs Leben“, also für später. Dort können wir nämlich hautnah miterleben, wie reizend die armen Schlucker da alle miteinander umgehen und wie glücklich sie sind, trotz ständig beißender Geldnot.

Das ist doch ungemein tröstlich, denn es sagt uns: Auch wenn wir unsere Autoindustrie zerstört oder außer Landes getrieben, unsere Energieversorgung plattgemacht und das Vermögen der Deutschen im Euro-Orkus versenkt haben, wartet ein heiteres Leben auf uns, voller Zufriedenheit und Glück.

Für die Zerstörung der Autoindustrie sind wir zu allem fähig, selbst zu Sachen, die wir uns eben selbst noch nicht zugetraut hätten. Zwar gelten die Stickoxid-Grenzwerte EU-weit, aber natürlich setzt sie niemand so fanatisch durch wie wir. Da macht es gar nichts, dass führende Lungenfachärzte beteuern, dass diese vermeintlich giftigen Gase in Wahrheit vollkommen ungefährlich sind. Ein Arzt nimmt im „Stern“ die Behauptung auseinander, dass pro Jahr Tausende Deutsche vorzeitig stürben wegen der Stickoxide. Es werde in diesen Statistiken nicht gesagt, was mit „vorzeitig“ gemeint sei: 20 Jahre oder zehn Sekunden?

40 Mikrogramm pro Kubikmeter in der Außenluft im Jahresmittel lautet der Grenzwert. Jede Wachskerze stoße mehr aus, sagt Dieter Köhler, von 2002 bis 2007 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie, der die Gesundheitsbelastung durch Stickoxide ebenfalls nahe Null sieht. Außerdem sind bei der Raumluft in Büros und Fabriken 950 Mikrogramm erlaubt. Wo weilt der deutsche Durchschnittsverdiener eigentlich länger: An seinem Arbeitsplatz oder auf dem Bürgersteig? Vergangenen Sommer konnten wir das Wunder von Oldenburg bestaunen: Da wurden an einer Hauptstraße fast 60 Mikrogramm gemessen. Müsste man die Trasse nicht sperren? Ein Fahrverbot verhängen?

Ja, und peinlicherweise hatte man das auch: Als der Wert gemessen wurde, war die Gegend wegen eines Stadtmarathons für den Autoverkehr gesperrt. Sie sehen: Wir können gesundheitsgefährdende Autoabgase auch dort messen, wo es gar keine Autos gibt.

Das ist das sensationell Neue: Bei früheren Umweltgefahren wurde höchstens ein wenig übertrieben. 1983 hieß es, dass wir bis 1990 keinen deutschen Wald mehr haben würden wegen des grassierenden Waldsterbens. Ich war 1990 im Wald spazieren, er war noch da. 2011 hat man uns erklärt, dass unsere Kernkraftwerke nicht mehr sicher seien, weil es im Pazifik, also gleich hinter Borkum um die Ecke, einen Tsunami gegeben habe.

Ob übertrieben oder nicht: In beiden Fällen standen tatsächliche Gefahren wie Bodenübersäuerung (Waldsterben) oder „Restrisiko“ (bei Kernkraftnutzung) zumindest im Hintergrund. Mit den Stickoxiden haben wir dagegen angefangen, Umweltgefahren zu erfinden, die es in der messbaren Wirklichkeit gar nicht gibt. Da sind wir wirklich über uns selbst hinausgewachsen.

Köhler vergleicht die neue Art der Wissenschaftlichkeit mit den Anleitungen des legendären „Hexenhammers“ aus dem 15. Jahrhundert. Da habe man sehr „wissenschaftlich“ ausgeführt, wie man Hexen erkenne. Der Fehler sei nur gewesen, dass man unterstellt habe, dass es die vom Teufel Besessenen wirklich gibt. Wir heute „wissen“ mit gleicher Sicherheit, dass die Stickoxide gefährlich sind, keine Diskussion! Nun gilt es nur noch, zu messen und zu verbieten.

Es ist bezaubernd mit anzusehen, wie der „Fortschritt“ im Kreise herumläuft. Nun sind wir also wieder im Mittelalter, geißeln die Autofahrer und verbrennen die Fundamente unseres Wohlstands.

MEINUNGEN

***Hamed Abdel-Samad** zieht nach zwölf Jahren „Islamkonferenz“ auf seiner Facebook-Seite (1. Dezember) ein verheerendes Resümee, in dem er unter anderem die **Verlogenheit der Islamverbände** anprangert:*

„Die gleichen Leute, die sich beschweren, wenn man sagt, der Islam gehört nicht zu Deutschland, wollen ihre Imame selbst in der Türkei ausbilden lassen, lehnen Absolventen der deutschen Universitäten als Imame ab. Sie lassen sich von der Türkei und den Golfstaaten politisch, theologisch und finanziell lenken, haben aber auf deutsche Schulbildung, Gesundheitswesen und in den Medien immer mehr Einfluss. Selbst bei den theologischen Instituten, deren Imame sie selbst ablehnen, haben sie Mitspracherecht. Wer regt sich eigentlich darüber auf?“

*Bekleidungsfabrikant **Wolfgang Grupp** äußerte kurz vor dem CDU-Parteitag auf „Welt online“ (3. Dezember), warum er sich von **Annegret Kramp-Karrenbauer** als CDU-Chefin nichts Gutes erhofft:*

„Die CDU hat seit der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel konstant Stimmen verloren und immer mehr abgewirtschaftet. Deshalb braucht die Partei eine Erneuerung. Annegret Kramp-Karrenbauer ist dafür jedoch die Falsche. Sie ist nichts anderes als ein Double der amtierenden Vorsitzenden. Sie würde deren Politik in Stil und Inhalt fortsetzen.“

*Der Völkerrechtler **Frank Schorkopf** nennt den **UN-Migrationspakt** im „Spiegel“ (30. November) ein „**beunruhigendes** Dokument“:*

„Das ist ein Manifest der Willkommenskultur. Das ganze Dokument atmet den progressiv-moralischen Geist, der keinen Widerspruch duldet ... Ständig werden, zu Recht, die Menschenrechte der Migranten betont. Daraus werden Handlungsverpflichtungen für die Staaten abgeleitet, ohne zu sehen, dass hinter diesen auch deren Bürger stehen, mit eigenen Menschenrechten. Wer in Duisburg wohnt oder Berlin-Neukölln, hat auch Rechte.“

*Berlin-Neuköllns Ex-Bürgermeister **Heinz Buschkowsky** gibt in der „Bild“-Zeitung (4. Dezember) Schorkopf Recht:*

„Dieser Migrationspakt ist einäugig. Er verspricht den Migranten vieles und lockt sie. Er schaut aber nicht darauf, was am Zielort geschieht ... Wo Menschen das Gefühl haben, dass man ihnen was wegnimmt, entsteht Hass ... Unsere Regierenden haben aus dem Untergang der DDR nichts gelernt.“

*In der Züricher „Weltwoche“ (28. November) vermutet **Wolfgang Koydl** unlautere Motive in den **Attacken** gegen AfD-Fraktionschefin **Alice Weidel** wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit (zurückgezahlten) Parteispenden:*

„Die Kampagne gegen Alice Weidel trägt hysterische Züge. Die Spendenvorwürfe sind ein Vorwand: Die AfD-Politikerin wird bekämpft, weil sie attraktiv für bürgerliche Wähler ist ... Von Anfang an hat sie Anhänger wie Gegner der Partei verwirrt. Weidel ist intelligent und redegewandt, eine frühere FDP-Wählerin und erfolgreiche Wirtschaftsexpertin.“